

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 17 vom 25. April 1980

14. Jahrgang

1 DM

Gegen US-Boykottpolitik

Sportler für Olympia

Warendorfer Olympiatreffen: mehrheitlich pro-Olympia

DORTMUND/WARENDORF. — „Olympia lebt!“ — Unter diesem Motto fand am Montagabend eine Massenveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle statt: Organisiert von Spitzensportlern als Protest gegen die Boykottpolitik der Politiker und Sportfunktionäre. Indem die Sportler zum Ausdruck brachten, daß sie nicht bereit sind, sich und den Sport zum Spielball von Großmachtinteressen machen zu lassen, verurteilten sie gleichzeitig die sowjetische Intervention in Afghanistan.

Auf der Veranstaltung (siehe auch Seite 6) wurde unter anderem eine Erklärung verlesen, die von den Teilnehmern des Olympiatreffens in Warendorf zur Vorbereitung der olympischen Spiele in Moskau verabschiedet worden war. In der Resolution stellen die Sportler mit Nachdruck fest, daß die überwältigende Mehrheit der Olympiaaktivisten für die Reise zu den Spielen eintritt. Die offizielle Boykottpolitik hat in einem hieszulande bisher unbekannten Maße die Sportler aufgerüttelt und aktiviert.

Das Warendorfer Treffen, ursprünglich zum gegenseitigen Kennenlernen der möglichen Mitreisenden und zur Diskussion der technischen Einzelheiten geplant, stand ganz im Zeichen der Boykott-Debatte. Während sich die überwältigende Mehrheit der Sportler und NOK-Präsident Daume für die Teilnahme an den Spielen aussprachen, plädierten der Sportbundpräsident Weyer und andere Funktionäre für den Boykott. Die Entscheidung wird am 15. Mai fallen. — Die



„Olympia lebt!“. Unter diesem Motto organisierten deutsche Olympia-Kandidaten eine Großveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle.

Bundesregierung blieb indes bei ihrer Ankündigung, dem NOK einstimmig den Boykott zu empfehlen.

Während das NATO-Land Norwegen am Wochenende als erstes europäisches Land auf die amerikanische Boykott-Front einschwenkte, hat der

Präsident des italienischen NOK, Franco Carraro, noch einmal bekräftigt, daß die italienische Mannschaft an den Spielen teilnehmen wird. Dies, obwohl Ministerpräsident Cossiga kurz vorher ein „Nein“ zu Moskau empfohlen hatte.

(Weitere Berichte auf Seite 6.)

Neuer US-Flottenverband im Golf

Carter droht mit Krieg

US-Presse enthüllt Putschpläne

Präsident Carter hat die amerikanischen Boykottmaßnahmen gegen den Iran verschärft und zugleich unverhüllt mit einer militärischen Aggression gegen das Land gedroht. Unterdessen ist ein neuer US-Flottenverband in Richtung auf die iranischen Gewässer ausgelassen.

Es handelt sich dabei um den Flugzeugträger Eisenhower und zwei Kreuzer. Schon jetzt bedroht eine Kriegsflotte von 25 Einheiten, die im Indischen Ozean und im Persischen Golf liegt, den Iran. Trotz der von Carter verursachten dramatischen Verschärfung der Iran-Krise hat die Bonner Regierung deutlich als je zuvor zu verstehen gegeben, daß sie auch weiter im Kielwasser der amerikanischen Kriegstreiber schwimmen werden.

Die amerikanische Presse hat am Wochendende enthüllt, daß Washington nach der Ver-

treibung des Schahs durch das iranische Volk einen Putsch in Teheran geplant hat. Wie die „New York Times“ berichtete, wurde zu diesem Zweck der Luftwaffengeneral Robert Huyser in die iranische Hauptstadt entsandt. Das von ihm in Gang gesetzte Komplott scheiterte jedoch daran, daß sich die große Mehrheit der iranischen Armee hinter Khomeiny stellte. Diese Enthüllungen beweisen einmal mehr, daß die amerikanische Supermacht schon vor der Botschaftsbesetzung Verschwörungen gegen den Iran geschmiedet hat. (Siehe auch Artikel auf Seite 11).

Carter will uns vom iranischen Öl abschneiden

Zu Recht haben Vertreter der iranischen Regierung in der letzten Zeit immer wieder darauf hingewiesen, daß Carters Boykottmaßnahmen nicht nur den Iran selbst, sondern vor allem auch Westeuropa schwer treffen würden. Denn sie sind eine ernste Gefährdung der Ölversorgung Westeuropas.

Was die Bundesrepublik betrifft, so bezieht sie gegenwärtig nicht weniger als 15 Prozent ihres Öls aus iranischen Quellen. Und schon vor zwei Wochen erklärte Horsting Carter, der Sprecher des US-Außenministeriums ganz offen, die USA würden den Zufluß von Rohöl aus dem Iran nach Westeuropa und Japan stören. Wenn jetzt die amerikanische Supermacht ihren Blockade um den Iran legt, dann will sie damit nicht nur die Wirtschaft des Landes erdrosseln.

Dann ergeben sich als erwünschter Nebeneffekt auch schwere Versorgungsstörungen in Westeuropa und Japan. Wem wäre damit gedient? Nur den — vor allem amerikanischen — Ölmultis, die solche Störungen

unweigerlich ausnützen würden, um ihr Preisdiktat noch weiter zu verschärfen. Sie würden auf neuen Milliardenprofiten schwimmen, während in der Bundesrepublik und den anderen westlichen Ländern die Werktätigen mit neuen Preisteigerungen belastet würden. Und nicht nur das. Ein Ausfall der iranischen Öllieferungen würde früher oder später auch zu Rationalisierungsmaßnahmen bei Benzin, Diesel und Heizöl führen. Die Bezugs-scheine dafür sind schon vorbereitet.

Aber Carter hat es ja selbst gesagt: „Unsere Verbündeten müssen Opfer bringen.“ — Opfer für die amerikanischen Multis!



Iranische Ölförderung. Die Bundesrepublik bezieht gegenwärtig 15 Prozent ihres Öls aus iranischen Quellen. Carters Politik kann zu schweren Versorgungsschwierigkeiten in der Bundesrepublik führen.

Ananasfarmer in Alaska

— das gestehen die Krefelder Demokraten und Antifaschisten Franz Josef Strauß zu. Aber Bundeskanzler? Niemals! Als der Kandidat in der vergangenen Woche auf Wahlkampftournee in die rheinische Stadt kam, demonstrierten über 1200 Menschen gegen ihn — mit Transparenten und mit der Ananasfarmer-Figur, die unser Bild zeigt. Am gleichen Tag gab es auch in Aachen und Euskirchen Protestaktionen gegen Strauß-Auftritte. In Euskirchen waren die Behörden so besorgt um den Kandidaten, daß sie zwei Schulen „aus Sicherheitsgründen“ schließen ließen und die Schüler nach Hause schickten.

Erfolg der innergewerkschaftlichen Proteste

Treffen Vetter/Strauß verschoben

DÜSSELDORF. — Das für den 21. April vorgesehene Gespräch zwischen dem DGB-Vorsitzenden H.O. Vetter und dem Kanzlerkandidaten F.J. Strauß wurde verschoben. Als Grund für die Verschiebung werden nach außen hin Terminschwierigkeiten angegeben.

Man kann jedoch davon ausgehen, daß die DGB-Führung sich durch die massiven innergewerkschaftlichen Proteste genötigt sah, das Treffen vorerst platzen zu lassen. Schon das erste Treffen des DGB-Chefs mit dem Kanzlerkandidaten der Unionsparteien war auf massiven Protest in allen DGB-Gewerkschaften gestoßen.

Dieses zweite, in die Vorbereitungszeit zum 1. Mai gelegte Treffen, wurde von den Gewerkschaftern mit Recht als gewerkschaftspolitischer Skandal aufgefaßt. Haben nicht Strauß und Komplizen einen Schriftsteller und angesehenen Gewerkschafter wie Bernt Engelmann im Nazijargon mit Ratte und Schmeißfliege titulierte? Zudem wurde Bernt Engel-

mann vor kurzem im Monatsbericht des bayerischen Innenministeriums über „Die Sicherheitslage in Bayern“ als „Sicherheitsrisiko“ erwähnt und wegen seines politischen und gewerkschaftlichen gegen Strauß gerichteten Engagements in die Ecke der Verfassungsfeindlichkeit gestellt.

In unverfrorener Manier hatte der bayerische Innenminister Tandler die IG Druck und Papier angegriffen und von deren Vorsitzenden Leonhard Mahlein verlangt, er solle seinen Mitgliedern verbieten, sich an der „Stoppt-Strauß-Bewegung“ zu beteiligen.

Jetzt gilt es, nicht locker zu lassen und jedem weiteren Treffen der DGB-Spitze mit Strauß einen Riegel vorzuschieben.

IG Metall ruft Monteure zu Warnstreiks auf

FRANKFURT. — Für die rund 200 000 Monteure auf betrieblichen Außenstellen verhandelt die IG Metall nunmehr bereits seit drei Jahren ohne Erfolg über einen neuen Manteltarifvertrag.

Das provokative Verhalten der Unternehmer kann nicht länger hingenommen werden. Jetzt hat die IG Metall anlässlich der 22. Verhandlung in den Verwaltungsstellen Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg und Bayern zu organisierten Warnstreiks aufgerufen. Die IG Metall fordert unter anderem eine Erhöhung des Montagezuschlags von 12 auf 15 Prozent des Tariflohns und Gehaltes, die Einbeziehung der Angestellten, die Erhöhung des Kilometergeldes auf 36 Pfennig sowie eine Vollkaskoversicherung und Entschädigung für Material- und Werkzeugtransport beim Einsatz privater Wagen!

Kommentar

Gegenwärtig zitieren Regierungspolitiker gerne den CSU-Chef Strauß mit dem Satz „Pacta sunt servanda“. In der ihm eigenen volkstümlichen Ausdrucksweise wollte der Kanzlerkandidat damit sagen: „Verträge müssen eingehalten werden“. Das Strauß-Zitat ist deshalb zu so großen Ehren gekommen, weil mit der Diskussion über Schmidts Moskaureise und den Besuch des DDR-Wirtschaftspolitikers Mittag für einige Tage die Ostpolitik in den Mittelpunkt des Bonner Interesses gerückt war.

Olympia und die Ostgeschäfte

Und die Regierungspolitiker, die jetzt Strauß zitieren, wollen damit sagen, daß man sich auf dem Feld des Osthandels mit den Unionsparteien einig weiß. Es werde — so verlautete am Wochenende aus dem Kanzleramt — „keine wirtschaftlichen Strafexpeditionen gegen Moskau“ geben. Die Sache ist klar: „Die Verträge müssen eingehalten werden.“ Aber gibt es nicht auch einen Vertrag mit den Olympischen Komitees über die Durchführung der Sommerspiele in Moskau?

In bezug auf die Olympiade hat noch niemand Strauß seinen lateinischen Spruch anwenden hören. Und auch die Regierung ist da nicht zimperlich. Sie ist gerade dabei, das Nationale Olympische Komitee zum Vertragsbruch zu erpressen. Denn, daß zum Beispiel Annegret Richter in Moskau zum Start antritt — das darf nicht sein! Es wäre doch moralisch unerträglich, daß eine westdeutsche Sportlerin über die Aschenbahn läuft, während in Afghanistan sowjetische Truppen das Volk unterjochen. Sprüche dieser Art hören wir ja jetzt schon seit Monaten.

Als aber die Herren Beitz und Buddenberg vor einiger Zeit nach Moskau reisten, da war Schweigen im Blätterwald der reaktionären Presse. Da spürte niemand ein moralisches Zipperlein. So wie es zweierlei Verträge gibt, solche, die eingehalten und solche, die zerrissen werden, so gibt es offenbar auch zweierlei Moskaureisende. Und was ist nun das Geheimnis dieser merkwürdigen Geschichte?

Die Herren Beitz und Buddenberg, Vertreter der Konzerne Krupp und Deutsche BP, haben in Moskau über ein gigantisches Geschäft in Höhe von 20 Milliarden Mark verhandelt. Und sie waren nicht die einzigen. Gerade in den letzten Monaten traten sich die westdeutschen Konzernchefs in Moskau fast gegenseitig auf die Füße. Salzgitter hat einen Vertrag über den Bau einer Erztransportanlage und einer Eisenschwammfabrik im Hüttenkombinat Kursk schon in der Tasche; die Demag möchte dort gern ein Walzwerk bauen; Mannesmann verhandelt über Anschlußverträge im Rohrengeschäft; Klockner will ein Aluminiumwerk verkaufen usw.

Hier geht es um Geschäfte; und solange sie Profit bringen, sind die Verträge geheiligt. Gewiß, Bonn marschiert in den Fußtapfen Carters, macht sogar seinen Einpeitscher in Westeuropa. Man will die Sowjetunion bestrafen — aber sich selbst dabei nicht weh tun. Schließlich hat man ja die Olympischen Spiele, die man als Knüttel schwingen kann. Und so wird denn keine wirtschaftliche, sondern eine olympische Strafexpedition gegen Moskau gestartet.

Und der Boykott der Olympiade läßt sich trefflich für chauvinistische Hetze ausnutzen. Die olympischen Spiele mit ihrem Geist der Völkerfreundschaft und Verständigung sollen zerstört werden; stattdessen wird zum Völkerhaß gehetzt, werden von uns immer und immer wieder Opfer verlangt. Heute sind es die Sportler, die auf die Spiele verzichten sollen. Und morgen können es schon wieder einmal Blutopfer sein, die man von uns verlangt.

Die Krupp und Mannesmann aber — sie machen ihre Geschäfte; sie verdienen immer dabei, so oder so.

Aus dem Inhalt

Strauß und die Gewerkschaften	4	Nach Carstens-Besuch Festnahmen von demonstrierenden Studenten	8
DGB-Kreisvorstand Kiel boykottiert Maidemonstration ..	5	Länder der Welt — USA	9/10
Zum Rücktritt von Herbert Knapp	5	Stellungnahme des iranischen Geschäftsträger in Bonn	11
Kurzarbeit bei Opel	5	Carters aggressive Iranpolitik	11
VW expandiert in USA	5	PLO-Vertreter in Bonn	12
Gegen den Olympia-Boykott ..	6	110 Jahre W.I. Lenin	13
Gefängnissskandal in Main ..	7	Hortens Kampf mit dem D-Esslingen	15
Polizei-Todesschuß in Neuss ..	7		
Auschwitz-Ausstellung in ..	7		

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bonn — Vorreiter der Boykottpolitik

„Notfalls auch im Alleingang“

BONN. — Zu Beginn der Woche tagten in Brüssel die Außen- und Wirtschaftsminister der EG, um eine Antwort auf die ultimativen Forderungen aus Washington

Das Ergebnis der Verhandlungen war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Im Vorfeld der Beratungen hatte sich schon gezeigt, daß es innerhalb der EG erhebliche Widersprüche gibt. So sprach sich etwa Frankreich dagegen aus, das Thema Sanktionen gegen den Iran formell auf die Tagesordnung für Brüssel zu setzen. Außenminister François-Poncet erklärte zudem vor dem französischen Parlament, daß seine Regierung „sich nicht an der Eskalation der Konfrontation beteiligt.“ Ebenso wie Frankreich zeigten auch einige andere EG-Länder Bedenken gegen ein blindes Hertrotten hinter den amerikanischen Kriegstreibern.

In dieser Situation profilierte sich die Bonner Regierung wieder einmal als treuester Bündnispartner der amerikanischen Supermacht und als deren Einpeitscher in Westeuropa. Schon die Außenministerkonferenz in Lissabon am 10. April war auf Initiative Genschers zustande gekommen. Und Genscher hatte auch den Beschluß ausgeheckt, der dort gefaßt und inzwischen durchgeführt wurde: Alle EG-Länder haben ihre Botschafter in Teheran „zur Berichterstattung“ zurückgerufen, wobei die Botschafter vorläufig

nicht zurückkehren sollen. Ein diplomatisches Manöver, das dem Abbruch der Beziehungen schon sehr nahe kommt.

Nach der Lissaboner Konferenz gab Genscher seinem amerikanischen Amtskollegen Vance zu verstehen, daß Bonn sich in jedem Fall an den von Washington geforderten Maßnahmen gegen den Iran wie auch am Olympiaboykott beteiligen wird — „notfalls auch im Alleingang“. Vance hat daraufhin die Haltung der treuen Carter-Mitläufer in Bonn „ausdrücklich gewürdigt“. Man muß diese gefährlichen pro-amerikanischen Treuebekenntnisse einmal mit dem vergleichen, was noch vor zwei Wochen in der Bundeshauptstadt gesagt wurde. Da hatte etwa die stärkste Regierungspartei, die SPD, Boykottmaßnahmen gegen den Iran als „äußerst fragwürdig“ verurteilt und versichert, daß die bestehenden Verträge mit dem Iran eingehalten würden. Es ist auch noch nicht lange her, daß Willy Brandt erklärte: „Die Amerikaner bestimmen nicht für uns mit.“ Jetzt wirbt der gleiche Brandt „um Verständnis“ für Carters Kriegspolitik und zeigt sich stolz darüber, daß die SPD

nach einer Beteiligung der EG am amerikanischen Kriegskurs gegen den Iran zu beraten.

über Jahrzehnte hinweg jeglichem „dummen Anti-Amerikanismus“ widerstanden hat.

All die schönen Worte aus Bonn über die Notwendigkeit von Besonnenheit und Zurückhaltung angesichts der von Carter dramatisch verschärften Iran-Krise entlarven sich jetzt endgültig als Täuschungsmanöver. Das offene Eingeständnis, daß Bonn sich innerhalb der EG für Carter in die Bresche werfen will, die Tatsache, daß es den anderen EG-Ländern mit einem amerikanisch-westdeutschen Alleingang droht, wenn die sich nicht verfügbar zeigen sollten — all das macht deutlich, wie tief die Bonner Regierung unser Land schon in die amerikanischen Kriegsabenteuer hineingezogen hat.

Und um diesen für die Menschen in der Bundesrepublik gefährlichen Kurs zu rechtfertigen, haben sie sich schon ein neues Täuschungsmanöver ausgedacht. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff zum Beispiel versuchte die uneingeschränkte Unterstützung Bonns für die amerikanische Boykottpolitik gegen den Iran so zu begründen: „Wir müssen sonst befürchten, daß die Amerikaner sonst zu weiteren Schritten übergehen.“ Aber kann man etwa eine militärische Aggression der USA dadurch verhindern, daß man sich zum Einpeitscher

des Boykotts macht? Der Boykott ist ja selbst von Carter nur als Vorstufe für einen militärischen Angriff bezeichnet worden, er dient dazu, den Iran für die bewaffnete Intervention sturmreif zu machen. Man kann eine Aggression nicht dadurch verhindern, daß man ihre Vorbereitung massiv unterstützt und auch sonst den Aggressor in jeder nur denkbaren Weise ermutigt.

Carter ist bei der Durchsetzung seiner imperialistischen Politik gegen den Iran auf die „Verbündeten“ in Westeuropa angewiesen. Sein Kriegsabenteuer im Persischen Golf kann gestoppt werden, wenn ihm hier jede politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung entzogen wird. Natürlich weiß man das auch in Bonn. Aber den westdeutschen Imperialisten geht es eben nicht um die Verhinderung einer militärischen Auseinandersetzung, wie ihre Politiker vom Schlage Lambsdorffs jetzt behaupten. Ihnen geht es wie ihren amerikanischen Freunden darum, den antiimperialistischen Iran in die Knie zu zwingen und die Herrschaft der internationalen Monopole über dieses reiche Land wieder herzustellen.

**Hände weg vom Iran!
Keine Bonner Unterstützung für die amerikanischen Kriegstreiber!**

Schriftsteller gegen „atlantische Solidarität“

„Nicht in US-Kriegspolitik hineinziehen lassen!“

In der letzten Woche wandten sich die Schriftsteller Thomas Brasch, Gunter Grass, Sarah Kirsch und Peter Schneider in einem Brief an den Bundeskanzler Schmidt gegen die Unterstützung der US-amerikanischen Kriegspolitik durch die Bundesregierung. Der Brief, der großen Widerhall fand, gibt die Sorge großer Teile der westdeutschen Bevölkerung über die wachsende Kriegsgefahr wieder. Von der Bundesregierung wurde der Brief als „anti-amerikanisch“ und „einseitig“ zurückgewiesen.

In dem Brief hieß es unter anderem: „Lassen Sie sich von der amerikanischen Regierung, die spätestens seit Vietnam jedes Recht auf moralische Appelle verloren hat, nicht in eine Politik hineinziehen, die die Zerstörung alles Lebens auf diesem Planeten zur Folge haben könnte.“ (Vollständiger Text des Briefes auf Seite 15)

Mit dem Schreiben solidarisierten sich bis zum letzten Wochenende über 100 Schriftsteller, Künstler, Professoren und Journalisten, unter anderem die Schriftsteller Tankret Dorst und Wolf Wondraschek, die Schauspielerinnen Ingrid Andree und Katharina Thalbach und der Komponist Maurice Kagel. Claus Peymann als Regisseur und 50 Mitglieder des Bochumer Schauspielhauses unterstützen den Schriftstellerbrief, indem sie ihn bis auf weiteres jeden Abend nach der Vorstellung dem Publikum vorlesen.

In der Fernsehsendung „Momente“ (WDR III) hat Grass am letzten Wochenende den Brief noch einmal gerechtfertigt und bekräftigt. Er betonte, daß beide Großmächte — die USA spätestens seit Vietnam und die UdSSR seit der Tschechoslowakei und Afghanistan — jeden moralischen Anspruch verloren haben: „Wenn die Vereinigten Staaten den Persischen Golf zu ihrem Interessengebiet erklären, ma-

chen sie ja nichts anderes als das, was heute die Russen in Afghanistan tun.“

Wörtlich Grass: „Was ist überhaupt passiert? Da findet eine Okkupation statt in Afghanistan, die ist zu verurteilen, da gibt es eine Geiselnahme, die ist erst einmal von den Ursachen her zu erklären. Über ein Jahrzehnt lang und länger haben die Vereinigten Staaten und auch die westeuropäischen Staaten den Schah gestützt und die SAVAK, also eine wirkliche terroristische Geheimpolizei in Kauf genommen, unsere Studenten sind vor zehn oder mehr Jahren in Berlin verprügelt worden von Jubelpersern, als sie gegen den Besuch des Schahs... protestierten. Dieses Volk in Iran ist beleidigt worden, ist gekränkt worden.“

Allerdings wurden in der Sendung auch die Grenzen des Protests von Grass deutlich, wenn er erklärte: „Wir sind Verbündete mit den Vereinigten Staaten, wir sollen es auch bleiben. Aber wir sollen kritische Partner sein, denn wir sind keine Satelliten-Staaten.“ — Auch eine kritische Partnerschaft ist eine Partnerschaft mit Kriegstreibern. Kritik alleine genügt nicht. Vollständige Abkoppelung Westdeutschlands vom amerikanischen Kriegskarren (und Ostdeutschlands vom russischen) — das wäre ein wirklicher Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa und in der ganzen Welt!

NATO beteiligt sich an US-Aggression

In Brüssel wurde in der letzten Woche erstmals über die konkrete militärische Koordinierung der NATO-Staaten für die amerikanische Aggression gegen den Iran beraten.

Zum einen trug der stellvertretende US-Kriegsminister Komer die seit langem von Washington erhobenen Forderungen nach einer Verstärkung der Ausrüstung in den einzelnen Mitgliedsländern vor. Bonn hat sich diesen Forderungen schon

in der Iran-Krise, wie sie schon seit Monaten von Bonn vertreten wird. Die Bundesregierung hat bis jetzt — im Gegensatz zur Strauß-Partei — die Entsendung von westdeutschen Kampfverbänden zum Persischen Golf abgelehnt. Statt-



Bonner Kurs — im Kielwasser Carters

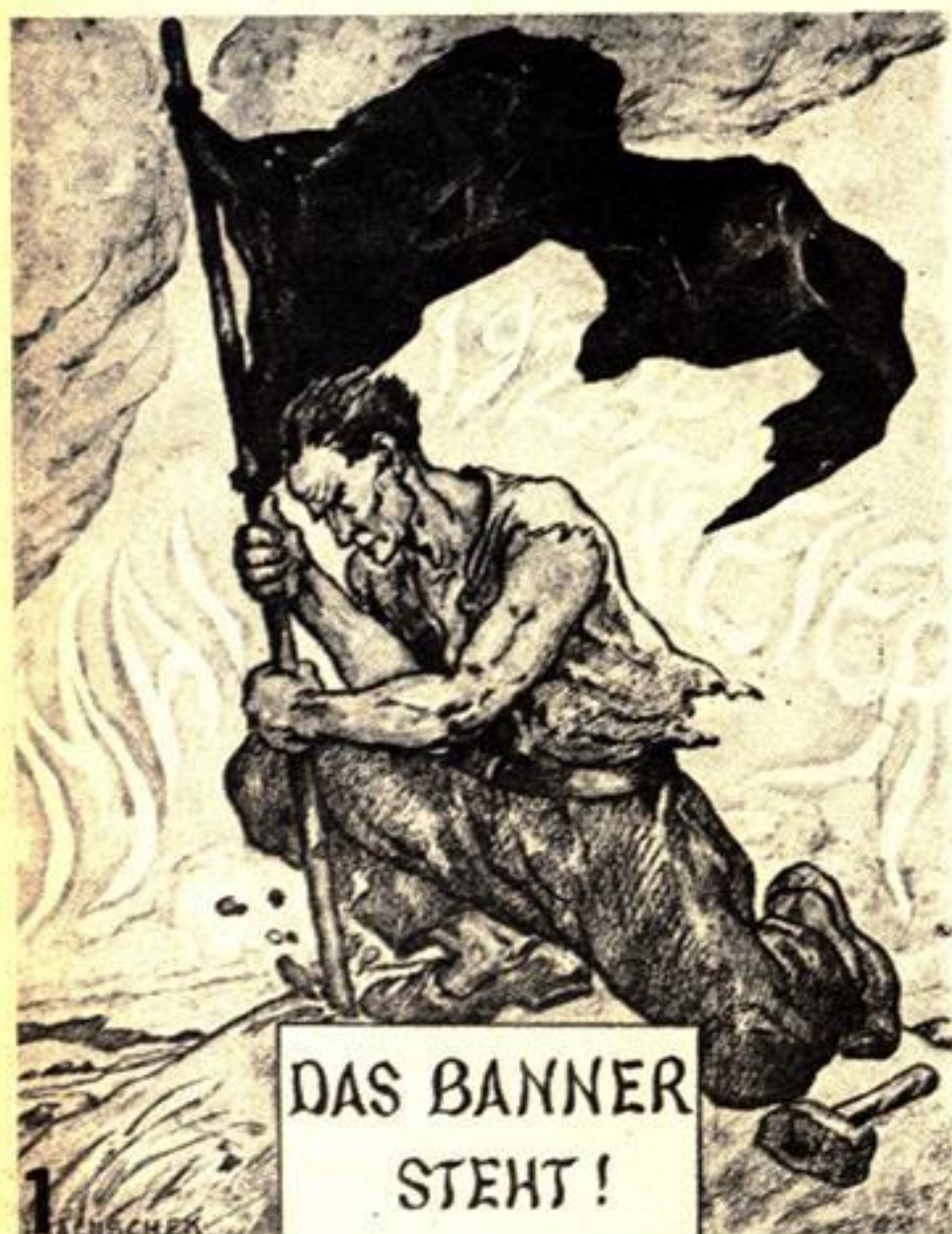
durch eine nachträgliche Erhöhung des Militärhaushalts unterworfen. Die Carter-Regierung will jedoch noch mehr. Sie drängt auf eine direkte Beteiligung der NATO-Staaten an der amerikanischen Aggression gegen den Iran.

So wurde jetzt in Brüssel eine neue Forderung Carters präsentiert: Er will in Westeuropa zusätzliche Waffen- und Munitionsdepots für die US-Armee anlegen — die Finanzierung soll von den „Verbündeten“ übernommen werden. Auch gegen diese Forderung gab es in Brüssel keine Einwände. Sie entspringt zudem der „militärischen Arbeitstei-

dessen soll unser Land zur Nachschubbasis für die amerikanischen Aggressionstruppen und ihre Waffen gemacht werden.

Aber auch das ist eine direkte militärische Beteiligung an der amerikanischen Aggression. Wir dürfen nicht zulassen, daß Carters Kriegsmaschine vom Boden unseres Landes aus zum Schlag gegen das freiheitsliebende iranische Volk ausholt. Gerade jetzt ist es an der Zeit, sich der großen Vietnambewegung vor einem Jahrzehnt zu erinnern, die mit dazu beigetragen hat, den amerikanischen Aggressor in seine Schranken zu verweisen.

Aus der Geschichte des 1. Mai 1890 - 1980



Am 1. Mai 1890 demonstrierten zum ersten Mal in der ganzen Welt die Arbeiter für ihre Forderungen und Ziele, für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Seither wird jährlich der 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse begangen.

Die Vorgeschichte: Als im Juni 1889 400 Delegierte auf dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris tagten, faßten sie einstimmig den Beschluß: „eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzulegen ...“. Der Anlaß zu diesem Beschluß war ein Blutbad, das die Polizei am 1. Mai 1886 in Chicago (USA) unter streikenden Arbeitern anrichteten, die mehr Lohn und den Achtstundentag forderten. Die Polizei hatte das Feuer auf die Arbeiter eröffnet, als sie eine Kundgebung abhielten. Vier Arbeiter starben im Kugelhagel. Vier weitere wurden verhaftet, des Mordes angeklagt und im November 1887 hingerichtet. Dieser Justizmord löste unter den Arbeitern der ganzen Welt Empörung aus. So entstand die Forderung nach einem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse.

Die nunmehr 90jährige Geschichte des 1. Mai ist reich an herausragenden Ereignissen des Klassenkampfes. Betrachten wir nur die Geschichte des 1. Mai in Deutschland.

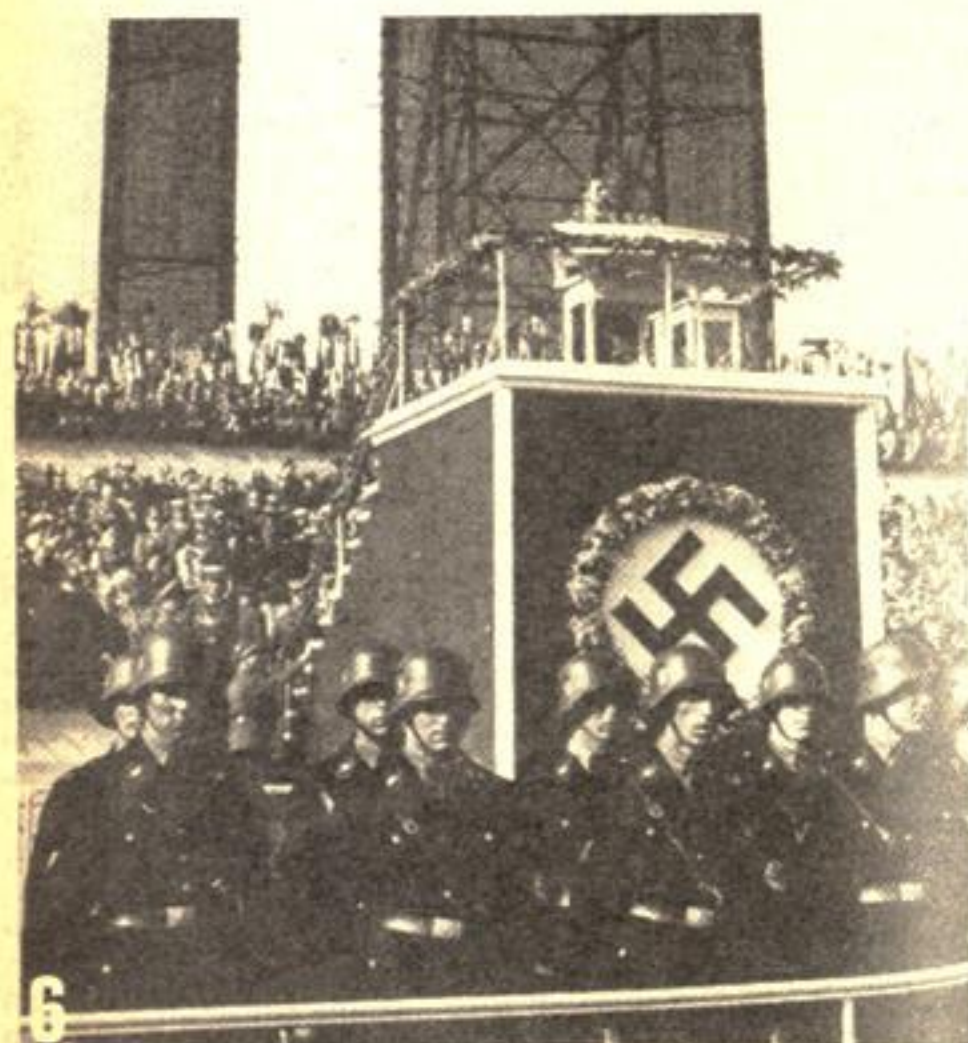
1916: Der 1. Mai 1916 stand unter dem Zeichen des fortwährenden imperialistischen Weltkriegs, des Gemetzels und Massenmordes in den Schützengräben und auf den Schlachtfeldern Europas. In Berlin demonstrierten unter Führung Karl Liebknechts 10 000 revolutionäre Arbeiter gegen den Krieg. „Schluß mit dem Krieg, hoch der Sozialismus, Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ waren ihre Losungen. Karl Liebknecht wurde verhaftet und zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Aus Protest streikten in Deutschland 55 000 Arbeiter.

1929: Der Mai 1929 ist als „Blutmai“ in die Geschichte eingegangen. Angesichts der revolutionären Stimmung in der Berliner Arbeiterschaft verbot der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel die Maikundgebungen. Die Arbeiter unter Führung der KPD ließen sich jedoch nicht die Straße verbieten und demonstrierten trotzdem. Da ließ Zörgiebel seine Polizei auf die Arbeiter schießen. Über 30 Arbeiter starben unter den Kugeln. In Neukölln und Wedding verteidigten die Arbeiter ihre Wohnviertel mit Barrikaden.

1933: Den 1. Mai 1933 kann man auch als den Tag des völligen politischen, organisatorischen und moralischen Bankrotts des Reformismus in Deutschland bezeichnen. Um sich den an die Macht gelangten Faschisten anzubiedern, riefen die Führungen der SPD und des ADGB ihr Mitglieder auf, sich in die faschistischen Maifeiern einzureihen und sich den Nazis unterzuordnen. Die Quittung wurde prompt präsentiert: Am folgenden Tag besetzten die braunen Horden der SA die Gewerkschaftshäuser und verschleppten Tausende und Abertausende klassenkämpferischer Gewerkschafter in die Gefängnisse, die Folterhöhlen der Gestapo, in die KZs. Viele Gewerkschafter überlebten die Gefangenschaft nicht. Die Gewerkschaften hörten auf zu existieren.

„Der 1. Mai bedeutet eine eindeutige und klare Situation, zwei sich deutlich unterscheidende und einander scharf entgegengesetzte Lager: Auf der einen Seite das internationale Proletariat, das unter den roten Fahnen der universellen Befreiung dem Sieg entgegenschreitet, auf der anderen Seite die besitzenden und reaktionären Klassen aller Länder, die sich zur Verteidigung ihrer Ausbeuterprivilegien vereinigt haben. Der Kampf ist entbrannt, die rote Fahne ist entfaltet, der Sieg ist gewiß — vorwärts!“

Diese Worte schrieb Friedrich Engels im Jahre 1889. Sie sind heute so aktuell wie damals.



1 „Das Banner steht“. Aus einer Maizeitung im Jahre 1924.

2 Ernst Thälmann spricht auf einer Maikundgebung im Berliner Lustgarten im Jahre 1930.

3 Auf der Maidemonstration des DGB im letzten Jahr in Dortmund.

4 1. Mai 1979 in Tirana, der Hauptstadt der Sozialistischen Volksrepublik Albanien.

5 Berlin, 1. Mai 1929. Zörgiebels Polizei überfällt die Teilnehmer der verbotenen Maidemonstration.

6 1. Mai 1933 in Berlin: „Tag der nationalen Arbeit“. Auf dem Rednerpult: Goebbels. Einen Tag später, am 2. Mai 1933, lassen die Nazis die Gewerkschaftshäuser besetzen.

7 Maidemonstration des DGB im letzten Jahr in Hamburg.

Strauß und die Gewerkschaften

Endlösung der Gewerkschaftsfrage

Im Vorfeld der Durchsetzung von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der Unionsparteien hat die CSU eine bis dahin beispiellose Kampagne gegen die Gewerkschaften begonnen, die bis heute unvermindert anhält. Wir wollen in einigen Artikeln des „Roten Morgens“ die strategischen Linien dieser Kampagne untersuchen und die Frage erörtern, mit welchen Mitteln sie von den Gewerkschaftern und Demokraten in unserem Land zurückgeschlagen werden kann.

„Die Gewerkschaftsfrage kann gelöst werden.“ So steht es in einem als „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion“ bezeichneten internen Papier der CSU, das vom Generalsekretär Stoiber für seinen Chef Strauß erarbeitet wurde. Dieser Satz allein spricht Bände über den Charakter der Strauß-Partei und ihre Absichten. Der überdeutliche Anklang an das, was die Nazis als „Endlösung der Judenfrage“ bezeichneten — ist er gewollt? Oder fließt den Strauß und Stoiber („Ratten und Schmeißfliegen“) der Nazi-Jargon nur ganz selbstverständlich in die Feder?

Gleichviel — was in den „Rohmaterialien“ in aller Offenheit ausgebreitet wird, ist tatsächlich eine Strategie der „Endlösung“. Denn es geht den Strauß-Leuten um nicht weniger als um die endgültige Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft, um die Vernichtung jeder gewerkschaftlichen Organisation, die den Namen eines Kampfverbands für die Interessen der Werktätigen verdient. Doch bevor wir uns näher mit diesen „Rohmaterialien“ beschäftigen, soll kurz auf ihre Vorgeschichte eingegangen werden.

Ein Kandidat stellt sich vor

Seine Neujahrsansprache zur Jahreswende 78/79 benutzte der bayrische Ministerpräsident Strauß zu einigen bemerkenswerten Ausführungen über eines der grundlegendsten demokratischen Rechte der Werktätigen — das Streikrecht. Da konnte man vernehmen: „Der bayrische Ministerpräsident hat keine verfassungsmäßigen Mittel, auf einen Streik einzuwirken (was er offensichtlich bedauert, RM) ... aber in einer mitbestimmten Wirtschaft haben Streik und Aussperrung nach meiner Überzeugung keinen Platz mehr.“

Läßt man einmal die demagogische Erwähnung der Aussperrung beiseite — mit der eine nicht bestehende Gleichheit dieser beiden Kampfmittel behauptet werden soll —, dann bleibt das Bekenntnis des CSU-Chefs, daß Streiks abgeschafft gehören. Das bestätigte er an anderer Stelle seiner Ansprache noch einmal, als er sich zu der Behauptung verstieg: „... machen also die Gewerkschaften Streik gegen sich selbst.“ Wenn man aber dieses schädliche und völlig überflüssige Ding, den Streik, aus der Welt schaffen will, dann muß man — logische Schlußfolgerung — erst einmal das Streikrecht abschaffen, was der bayrische Ministerpräsident bedauerlicherweise nicht kann. Und man muß natürlich überlegen, wie man denn die Gewerkschaften in den Griff bekommen kann, die da idiotischerweise „gegen sich selbst streiken.“ Mit einem Wort: Man muß die „Gewerkschaftsfrage“ lösen.

Die Neujahrsansprache von

Strauß war also in diesem Punkt sehr deutlich. Und auch in anderen Fragen hielt der CSU-Boß in dieser und ähnlichen Reden mit seinen Plänen nicht hinter dem Berg — sei es nun der Abbau von Sozialleistungen oder die verstärkte Aufrüstung. Eben zu dieser



Zeit, daran sei hier erinnert, begann ja in den Unionsparteien der Kampf um die Nominierung des Kanzlerkandidaten. Die Fäden in diesem Streit wurden in den Chefetagen der Monopole gezogen. Das Großkapital suchte einen geeigneten Vertreter für die achtziger Jahre, für eine Periode sich zuspitzender internationaler Krisen und eines Anschwellens des Klassenkampfes. Und Strauß, der sich unter anderem als Streikgegner und Gewerkschaftsfeind profiliert hatte, bekam den Zuschlag.

In die Zeit des Kampfes um die Kanzlerkandidatur fällt auch der Beginn einer breiten und ungehemmten Kampagne gegen die Gewerkschaften. Schon im Januar stellte ein ungenannter CSU-Funktionär gegenüber der Springerschen „Welt“ fest: „Wenn der DGB nicht einsichtig wird ... muß auch über eine Gewerkschaft nachgedacht werden, die wieder ernsthaft die Interessen der Arbeitnehmer vertritt.“ Das war schon eine deutliche Drohung mit der Gründung einer spalterischen Strauß-Gewerkschaft. Die Kampagne verschärfte sich dann noch anläßlich der Europawahlen.

Stoiber: Einheitsgewerkschaft ist Diktatur

Strauß, Stoiber und Co. schossen sich auf einige hohe Gewerkschaftsfunktionäre (Vetter, Loderer, Hauenschild) ein, die für die SPD zum Europaparlament kandidierten. Diese Tatsache — so stand es dann im Parteiblatt „Bayernkurier“ — würde endgültig beweisen, daß „der DGB heute nichts anderes als eine sozialistische Rich-

tungsgewerkschaft geworden ist.“ Tatsächlich hatten andere hohe Funktionäre des DGB bei diesen Wahlen auch für die CSU kandidiert: So zum Beispiel der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Karl Heinz Hoffmann. Aber bezeichnend für den ultrareaktionären Standpunkt der

Strauß-Leute ist es, daß aus ihrer Sicht der CDU-Mann im ÖTV-Vorstand ein „Rosenkranz-Marxist“ ist.

Überhaupt war die Frage der Europawahlen nur ein allzu offensichtlich vorgeschobener Vorwand. Es ging den Strauß und Co. nicht darum, wieviele Bonzen auf der Kandidatenliste der SPD und wieviele auf der Liste der Union stehen — es ging ihnen um den DGB selbst. Stoiber persönlich schaffte da ungewollt Klarheit, als er erklärte: Das Parlament sei handlungsunfähig, weil es „von einem mächtigen Verband wie dem DGB von außen bedrängt“ und darüber hinaus auch noch von innen her durch gewerkschaftlich organisierte Parlamentarier unter Druck gesetzt werde. „Hier läuft unsere Demokratie Gefahr, daß das Gruppeninteresse zum Allgemeininteresse erhoben wird, und dies zu Lasten anderer Gesellschaftsgruppen.“

Und weiter Stoiber: „Wenn man sich dabei vor Augen hält, daß die SPD aufgrund ihrer inneren Schwierigkeiten sich immer mehr und bereitwilliger an die Organisation des Gewerkschaftsbundes anlehnt und damit letztlich auch zum Instrument des DGB wird, dann muß jeder, der unsere Gesellschafts- und Staatsform als ein Ziel betrachtet, das höchsten persönlichen Einsatz wert ist, erschreckt und alarmiert sein.“

Hier ist also nicht mehr die Rede vom beherrschenden Einfluß der SPD auf die Gewerkschaften, den Unionspolitiker sonst beklagten. Umgekehrt — für Stoiber ist die SPD selbst nur das Werkzeug eines übermächtigen DGB, und die Gewerkschaften haben darüber hinaus das Parlament unter ihre Kontrolle bekommen. Sie sind zu einer Gefahr für unsere Demokratie geworden. Und all das heißt ja nichts anderes, als

daß sie von den Strauß und Stoiber schon außerhalb der Verfassung angesiedelt werden. Konsequenterweise hat der „Bayernkurier“ nicht nur schon im vergangenen Februar die Lösung ausgegeben: „Die Einheitsgewerkschaft ist tot.“ Generalsekretär Stoiber — der dann später mit der „Erkenntnis“ haushieren ging, daß die Nazis im Grunde Sozialisten gewesen wären — hat dann auch noch sein Verständnis von der Einheitsgewerkschaft so formuliert: „Einheitsparteien und Einheitsgewerkschaften — sind üblicherweise in Diktaturen anzutreffen.“

Ma muß sich diese wahnwitzigen Anwürfe aus dem Hauptquartier der CSU einmal in all ihrer Bedeutung klarmachen. Gewiß, das Gerede vom „Gewerkschaftsstaat“, das Klagen über die Verfilzung von SPD und DGB oder auch die Hetze gegen „radikale Tendenzen“ in den Gewerkschaften sind alter als die politische Karriere des Herrn Stoiber. Wenn jedoch früher solche Töne aus dem Lager der Kapitalistenverbände und der Union kamen, dann waren sie stets mit einem Lippenbekenntnis zur Einheitsgewerkschaft verbunden. (Und die Taktik der CDU ist es ja auch heute noch, ihren Einfluß im DGB dadurch zu sichern, daß sie sich dort hohe Funktionen zuschanzen läßt.) Hinter dem erwähnten Lippenbekenntnis steht die Erkenntnis der Bourgeoisie, daß der DGB unter der Kontrolle bürgerlicher Gewerkschaftsführer steht, die einen Kurs der Sozialpartnerschaft steuern und stets bereit sind, Unternehmerforderungen gegen die gewerkschaftliche Basis durchzusetzen.

In einer Zeit, da sich die wirtschaftliche und politische Krise immer weiter verschärft, wo große Klassenauseinandersetzungen vor der Tür stehen, rechnen natürlich auch die Monopolherren auf eine Radikalisierung der Gewerkschaften, die unweigerlich zu einer stärkeren Isolierung der reaktionären Bonzen führen wird. Und genau in diesem Sinne stellt das CSU-Hauptquartier seine Überlegungen an. **Natürlich weiß auch ein Stoiber, daß der DGB keine „sozialistische Richtungsgewerkschaft“ ist — angesichts der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen kommunistische und andere klassenkämpferische Kollegen eine ebenso lächerliche wie infame Behauptung. Wenn er und seine Parteifreunde heute mit Verleumdungen wie „Einheitsgewerkschaft gleich Diktatur“ den DGB faktisch zur staatsfeindlichen Organisation machen, dann wollen sie damit nur Stimmung für einen noch härteren Kampf gegen den DGB machen. Sie wollen damit die Führung des DGB noch weiter unter Druck setzen und gleichzeitig auch die „Endlösung der Gewerkschaftsfrage“ propagandistisch vorbereiten. In diesem Rahmen gehört auch die Hetzkampagne gegen eine angebliche kommunistische Unterwanderung des DGB. Davon wird noch die Rede sein.**

„Mit allen Mitteln den Klassenkampf verhindern“

Mit den eingangs erwähnten „Rohmaterialien“ ist die Strauß-Partei dazu übergegangen, die hier dargestellte anti-gewerkschaftliche Kampagne um massive Versuche zur realen Zerstörung der gewerkschaftlichen Bewegung zu erweitern. In aller Deutlichkeit nennen die



„Rohmaterialien“ das Ziel der CSU-„Gewerkschaftspolitik“: „Es muß mit allen verfügbaren Mitteln verhindert werden, daß der Klassenkampf in die Tarifaussinandersetzungen und in die Betriebe hineingetragen werden kann.“ Natürlich wird der Klassenkampf da nicht erst hineingetragen. Was gemeint ist **mit allen Mitteln** soll — sowohl an der Lohnfront, wie auch im einzelnen Betrieb — der **Klassenkampf der Werktätigen** gegen ihre Ausbeuter unterdrückt werden. Und in diesem Zusammenhang sollte man auch an die oben angeführten Überlegungen des Herrn Strauß zum Streik denken.

Wie soll nun dieses Ziel im Hinblick auf die „Gewerkschaftsstrategie“ verwirklicht werden? Mittelfristig setzen Strauß und seine Leute dabei auf eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. Folgende Möglichkeiten werden in den „Rohmaterialien“ als „Alternative zum DGB“ angeführt und diskutiert:

• **Die Bildung von Arbeitnehmerkammern** ... mit Zwangsmitgliedschaft für alle unselbstständigen Erwerbstätigen. Das Papier führt den Charakter solcher Kammern, die ja sehr stark an faschistische „Gewerkschaften“ — etwa vom Typ der spanischen zur Zeit Francos — erinnern, nicht weiter aus. Diesem Vorschlag wird auch, zumindest mittelfristig, keine Chance gegeben, weil der DGB diese Kammern in die Hand bekommen würde.

• **„Masseneintritt in den DGB“** — in einem Vorentwurf zu den „Rohmaterialien“ war an dieser Stelle noch der passendere Ausdruck **„Unterwanderung des DGB“** zu finden. Passender deshalb, weil die Strauß-Leute damit nur ein Ziel verbinden, nämlich den DGB vollständig in die Hand zu bekommen. Und sie sind natürlich klug genug, um eine solche Perspektive als eine „unrealistische“ zu verwerfen.

• **„Fraktionierung des DGB“** — hier wird das „osterreichische Modell“ herangezogen, nach dem die bürgerlichen Parteien offene Fraktionen im Gewerkschaftsbund bilden. Aber auch diese Möglichkeit wird beiseite geschoben, weil sie sich innerhalb des DGB nicht durchsetzen läßt. Trotz dem — so heißt es in den „Rohmaterialien“ — müsse die Forderung nach Fraktionierung immer wieder öffentlich erhoben werden. Wenn man auch nicht von ihrer Verwirklichung ausgeht, so will man sie doch als Hammer gebrauchen, wenn es gilt, Druck auf den DGB auszuüben.

• **„Gründung einer neuen Konkurrenzgewerkschaft“** — auch das sehen Stoiber und seine Mitautoren wenig Chancen. Zu Recht fragen sie sich: „ob für eine neue Konkurrenzgewerk-

schaft aus der Retorte genügend organisationswillige konservative Arbeitnehmer zu gewinnen sind.“ Es ist immer wieder das gleiche Problem, auf das die Gewerkschaftsstrategen der CSU stoßen: die mangelnde Basis unter den Werktätigen. Weder für eine Wühratigkeit innerhalb des DGB noch für eine eigene Strauß-„Gewerkschaft“ rechnen sie auf Unterstützung bei den Werktätigen. Immerhin klares Bekenntnis für eine Partei, die sich im Vorfeld der Bundestagswahl wieder einmal als Partei des kleinen Mannes profilieren möchte. So bleibt denn für die mittelfristige „Lösung der Gewerkschaftsfrage“ nur noch:

• **„Aktive Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes“** — eine Lösung, die „erheblich billiger und möglicherweise auch effektiver als die Gründung einer neuen Konkurrenzgewerkschaft“ sei. Probleme mit dem CGB erwarten Stoiber und seine Mitautoren nicht. Denn, so stellen sie fest, der sei eine Richtungsgewerkschaft und habe das gleiche Programm wie die Strauß-Partei selbst. So kommen sie zu dem Schluß, daß „es zu den DGB-Gewerkschaften keine andere Alternative gibt als die aktive Unterstützung der christlichen Gewerkschaften.“ Der reaktionäre Gleichklang zwischen CSU und CGB ist also gegeben — das oben angesprochene Problem einer Basis unter den Werktätigen jedoch auch damit nicht gelöst. Denn diese sich christlich nennende Scheingewerkschaft hat nach eigenen — wahrscheinlich weit übertriebenen — Angaben gerade 200.000 Leute in ihren Mitgliedslisten stehen.

Es ist eben nicht einfach, stellen die „Rohmaterialien“ fest, das „Gewerkschaftsmonopol des DGB ... zu brechen.“ Eine notwendige Konsequenz aus ihren gewerkschaftlichen Überlegungen sehen sie deshalb darin, daß beide Unionsparteien auf CGB-Kurs gehen. Und das würde bedeuten: CDU wie CSU verstärken ihren Druck und ihre Hetze gegen die DGB-Gewerkschaften; sie versuchen gleichzeitig ihre Anhänger auf breiter Front aus dem DGB herauszubringen, den CGB personell aufzufüllen und ihn somit zu einem effektiven reaktionären Kampfverband zu machen. Sollte das gelingen, heißt es in den „Rohmaterialien“, „würde die Gewerkschaftsstrategie in der Bundesrepublik eine grundlegende Veränderung erfahren.“

Im nächsten RM: Was ist der „Christliche Gewerkschaftsbund“? Die letzte Stufe bei der „Endlösung der Gewerkschaftsfrage“ — die faschistische Arbeitsfront.

Skandalöses Verhalten
des DGB-Kreisvorstandes in Kiel

Maidemonstration erneut abgelehnt

Kieler Gewerkschafter:
„Der 1. Mai gehört auf die Straße!“

KIEL. — Auch in diesem Jahr hat es der Kreisvorstand des DGB in Kiel abgelehnt, eine Demonstration zum 1. Mai zu organisieren. Unter den aktiven Gewerkschaftlern Kiels herrscht Empörung über dieses gewerkschaftsschädigende Verhalten. So hat sich das Maikomitee „Kieler Gewerkschafter“ gebildet, um sicherzustellen, daß auch in Kiel der Kampf der Arbeiterklasse mit einer Demonstration begangen wird.

Bereits seit zehn Jahren hat es wegen der reaktionären Haltung der örtlichen DGB-Führung in Kiel keine vom DGB offiziell durchgeführte Maidemonstration mehr gegeben. Dagegen entwickelte sich eine zunehmende Opposition unter den Kollegen. Im November forderte die Kreisjugendkonferenz des DGB einstimmig eine Maidemonstration des DGB für 1980. Diese Forderung wurde auch vom Ortsvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) unterstützt. Am 17. März jedoch lehnte der DGB-Kreisvorstand einstimmig (!) die Durchführung einer Demonstration zum 1. Mai ab.

Kämpferische Gewerkschafter gründeten daraufhin das Maikomitee „Kieler Gewerkschafter“. Die Kollegen, die sich aus fast allen Einzelgewerkschaften des DGB zusammengetan haben, sagen: „Der 1. Mai gehört auf die Straße!“ In einer Presseerklärung schreiben sie unter anderem über ihre Initiative:

„Ziel ist es, in Kiel eine Demonstration zum 1. Mai, dem Kampf der Arbeiter, durchzuführen, so wie es in anderen Städten schon seit langem Tradition ist. Im Vordergrund stehen die gewerkschaftlichen Hauptlosungen:

- Für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!

- Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Gegen Jugendarbeitslosigkeit, für qualifizierte Berufsausbildung
- Stoppt Strauß, Gewerkschaftsfeind Nr. 1“

Das Maikomitee hat einen leitenden Ausschuss gewählt, der die Vorbereitung der Maidemonstration in die Hand genommen hat. Der leitende Ausschuss erklärt, durch die empörende Haltung des DGB-Kreisvorstandes sei das Maikomitee gezwungen worden, selbständig zu einer Maidemonstration aufzurufen. Die Haltung des DGB-Kreisvorstandes füge „der Arbeiterbewegung in Kiel großen Schaden zu“.



Seit zehn Wochen im Streik: die Kollegen von Spinner.

„Vielen Dank für Eure Solidarität“

Nach dem Ende des großen Streiks der britischen Stahlarbeiter erreichte uns das folgende Schreiben vom Streikkomitee in Stocksbridge:

Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Bitte nehmt unseren Dank für Eure freundliche Spende an, mit der Ihr einen Beitrag für die Finanzierung unseres Streiks geleistet habt. Wir sind Euch sehr dankbar für Eure Solidarität mit unserem Kampf, der sich gegen die niederträchtige Politik der Thatcher-Regierung zur Verschlechterung unserer Lohnbedingungen und zur Vernichtung unserer Arbeitsplätze und Gewerkschaftsrechte gerichtet hat.

Mit solidarischem Gruß
Jim Lambert
Stocksbridge Streikkomitee

Maschinenfabrik Spinner:

„Die Streikfront steht wie am ersten Tag“

MÜNCHEN. — Der Streik der 24 Mann starken Belegschaft in der Maschinenfabrik Adolf Spinner GmbH in Sauerlach bei München dauert jetzt schon seit zehn Wochen an.

Die Kollegen kämpfen mit Unterstützung der IG Metall gegen die frühkapitalistische Unternehmervillkür des Kapitalisten Adolf Spinner. Spinner ist keinem Unternehmerverband beigetreten, und er widersetzt sich der Anerkennung von Tarifabschlüssen der IG Metall in seinem Unternehmen.

Zu dem Streik kam es, als Spinner sich weigerte, einen Werkstarifvertrag mit der IG Metall abzuschließen, durch den gewährleistet wird, daß die Belegschaft automatisch Anspruch auf die Tarifierhöhungen und sonstigen Leistungen hätte, die alljährlich in den Tarifverhandlungen zwischen der IG Metall und den Unternehmerverbänden ausgehandelt werden.

Inzwischen scheiterte ein zweiter Einigungsversuch zwischen Spinner und IG-Metall-Funktionären. Spinner hatte sich erdreistet, eine Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen ab 1. Januar 1981 von 26 auf 52 Mark und die Rücknahme der von ihm ausgesprochenen Maßregelung von drei streikenden Kollegen als „Angebot“ vorzulegen. Die berechnete Forderung der IG Metall nach einem Werkstarifvertrag bezeichnete er als „ultimativ“.

Über das sogenannte „Angebot“ stimmte die Belegschaft ab. Einmütig stimmten alle 24 Kollegen für die Fortsetzung ihres Streiks. Der Betriebsratsvorsitzende Häusler erklärte zum Verhalten des Unternehmens: „Das ist eine Frechheit, uns dieses Angebot zu unterbreiten“. Zu dem Abstimmungsergebnis meinte der Streikfrontvorsitzende: „Die Streikfront steht auch weiter wie am ersten Tag.“

Interview

Wie auch in der bürgerlichen Presse berichtet wurde, ist der Betriebsratsvorsitzende der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg aus der IG Metall ausgetreten und gleichzeitig hat er sein Arbeitsverhältnis bei Mannesmann gelöst, nachdem der Vorstand der IG Metall gegen Knapp wegen seiner kritischen Haltung ein Ausschlußverfahren eingeleitet hatte. Wir sprachen darüber mit einem Mitglied der RGO-Betriebsgruppe und Vertrauensmann der IG Metall von den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg.

„Roter Morgen“ sprach mit
IGM-Vertrauensmann

Zum Rücktritt von Herbert Knapp

Roter Morgen: wie beurteilt du die Rolle, die Herbert Knapp als Gewerkschafter gespielt hat?

Kollege: Herbert Knapp hat in den letzten Jahren eine positive Rolle für die klassenkämpferische Opposition innerhalb der IG Metall gespielt. Er unterstützte eine Reihe von Forderungen, die darauf abzielten, die IG Metall und den DGB auf einen konsequenten klassenkämpferischen Weg zu bringen, damit unsere Gewerkschaft ein echter Kampfverband der Arbeiter wird. Allerdings meine ich, daß Herbert Knapp nicht konsequent versucht hat, die Kollegen an der Basis zu mobilisieren und sie in den Kampf mit einzubeziehen. Dadurch lag bei ihm der Schwerpunkt zu sehr im Taktieren innerhalb der gewerkschaftlichen Gremien.

Roter Morgen: Was ist der reale Beweggrund für das Ausschlußverfahren, das der IG-Metall-Vorstand gegen Herbert Knapp eingeleitet hat?

Kollege: Die vorläufige Niederlage der Stahlarbeiter im Kampf für die 35-Stunden-Woche gab den Stahlbaronen die Möglichkeit, mit einer massiven Rationalisierungswelle zu beginnen. Bei uns auf der Hütte droht beispielsweise durch den Bau des neuen Großhochofens und einer neuen Stranggußanlage die Schließung des Profilwalzwerkes und des Blasstahlwerkes II. Auch im Handwerksbereich sind Hunderte von Arbeitsplätzen bedroht. In

dieser Situation will das Management unbequeme Leute im Betriebsrat ausschalten. Man denke zum Beispiel an die Entlassung der beiden RGO-Betriebsräte bei Hoesch in Dortmund. Und natürlich will auch die IG-Metall-Führung Herbert Knapp loswerden. Sie macht ihn für das starke Anwachsen der linken Opposition mitverantwortlich. Bekanntlich findet in diesem Jahr wieder ein Gewerkschaftstag statt. Offensichtlich wollte man einen einflußreichen Linken, der Herbert Knapp ja ist, noch rechtzeitig ausschalten.

Roter Morgen: Was denkst Du über den Rücktritt von Herbert Knapp?

Kollege: Wir können diesen Schritt nicht gutheißen. Dadurch wird die klassenkämpferische Opposition ja nicht gerade gestärkt. Herbert Knapp hat diesen Schritt wohl deshalb getan, weil er sich dem Druck der Mächtigen nicht mehr gewachsen fühlte. Wir von der RGO sind der Meinung, daß aus diesem Fall Lehren gezogen werden müssen. Auf die Dauer kommt man nicht weiter, wenn man sich im innergewerkschaftlichen Kampf nicht auf eine ständige Mobilisierung der Kollegen stützt und wenn man diesen Kampf nicht auf organisierte Weise führt. Hier zeigt sich auch sehr deutlich, daß die klassenkämpferischen Kollegen sich in der Gewerkschaft zu einer organisierten Kraft zusammenschließen müssen.

Bei Opel weiterhin Kurzarbeit

Heute Zwangspausen — morgen Massenentlassungen?

Die IG Metall muß handeln!

RUSSELSHEIM. — Auch in der vergangenen Woche mußten in den Opel-Werken Russelsheim und Kaiserslautern rund 20 000 Beschäftigte wieder eine Zwangspause einlegen. Und die nächste Kurzarbeitsperiode ist für die Zeit vom 28. April bis zum 2. Mai geplant.

Damit ist aber ein Ende nicht in Sicht. Die nächste Zwangspause ist beim Betriebsrat auch schon beantragt worden: sechs weitere Tage im Mai. Regelmäßige Kurzarbeit in Russelsheim und Kaiserslautern verfahren die Opel-Bosse nun schon seit November letzten Jahres. Es wird geschätzt, daß die Opel-Werke in dieser Zeit rund 50 Millionen Mark vom Arbeitsamt kassiert haben. Natürlich denken sie im Traum nicht daran, das Kurzarbeitergeld aus den Milliardenprofiten zu finanzieren, die sie jedes Jahr aus ihren Werken in der Bundesrepublik herausgeholt haben.

Und während auf der einen Seite mit Kurzarbeit Lohngehalter „eingespart“ (das heißt aus den Versicherungsbeiträgen der Arbeiterklasse finanziert) werden, wird auf der anderen Seite die Arbeitshetze immer

mehr verschärft, wird die Rationalisierung vorangetrieben. In Österreich und Spanien sind neue Montagewerke für Opel-Autos im Bau. Auch in Südkorea plant der Mutterkonzern, General Motors, eine Opel-Produktion.

Schon jetzt wird befürchtet, daß noch in diesem Jahr allein bei Opel in Russelsheim mindestens 3 000 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen. Man kann sicher sein, daß die Herren von General Motors ihre Strategien für die „Bewältigung“ der weltweiten Krise in der Autoindustrie zu ihren Gunsten sehr genau und umfassend ausgearbeitet haben. General Motors will den Konkurrenzkrieg der Autogiganten untereinander um Kostenvorteile, größere Marktanteile und Höchstprofite als erster Sieger bestehen. Das ist klar. Und da es immer

die Arbeiter und Angestellten sind, die die Suppe auszulöffeln haben, müssen sich die Kollegen auf schwere Angriffe gefaßt machen.

Das Schlimme ist dabei, daß die IG-Metall-Führung so tut, als sei sie gar nicht zuständig. Dabei hat doch nur ein planmäßiger, massiver und einheitlicher Widerstand aller Kollegen in der Autoindustrie eine Chance, den zu erwartenden Vernichtungsfeldzug gegen Zigttausende von Arbeitsplätzen zu stoppen. Ein offensives Vorgehen der IG Metall würde vor allem erfordern, daß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn umgehend konsequent auf die Tagesordnung gesetzt wird. Die Zeit drängt. Spätestens seit einem Jahr hat sich klar abgezeichnet, daß die Automobilindustrie in eine schwere Krise schlittert.

VW expandiert in den USA

Zweites Montagewerk an der amerikanischen Ostküste

Aktionäre sollen 20 Prozent Dividende erhalten

WOLFSBURG. — Bekanntlich hat die Volkswagenwerke AG seit mehreren Jahren märchenhafte Profite gemacht. Es waren allein im letzten Jahr schätzungsweise 3 Milliarden Mark. Jetzt hat der Aufsichtsrat des Konzerns zur Frage „Wohin mit dem vielen Geld?“ zweierlei beschlossen. Erstens sollen die Aktionäre pro 50-DM-Aktie 10 Mark Dividende erhalten. Zweitens sollen in den USA 1,5 Milliarden Mark investiert werden.

Damit sind jedoch die Profitmassen, die VW in den letzten Jahren aufgehäuft hat, längst noch nicht ausgeschöpft. Aber immerhin: Ein Teil der Frage, wohin mit den Milliarden, ist beantwortet. Eine andere Möglichkeit, das angesammelte „Moos“ an den Mann zu bringen, bot sich vor wenigen Wochen. Aber die VW-Bosse (zu denen auch Eugen Loderer als Stellvertretender Aufsichts-

ratsvorsitzender zu rechnen ist) haben sie in keiner Weise ausgenutzt: die Lohnrunde. Die VW-Arbeiter wurden mit jämmerlichen 6,8 Prozent abgespeist, womit sie noch nicht einmal die steigenden Preise auffangen können.

Die Investitionen in den USA dienen einem zweiten Montagewerk an der amerikanischen Ostküste und der Vergrößerung der „Fertigungstiefe“ in den USA. Letzteres ist eine vornehme Umschreibung dafür, daß der Anteil der bislang aus der Bundesrepublik gelieferten Teile für in den USA fertiggestellte VW-Modelle gesenkt und diese Teile stattdessen direkt in den USA hergestellt werden. So soll zum Beispiel der Anteil der US-Fertigung an der Fertigung des Rabbit (Golf) von knapp 50 Prozent im Jahr 1979 auf 75 Prozent im Jahr 1981 ansteigen.

Von daher gesehen sind Befürchtungen, daß die amerikanische Expansion von VW Arbeitsplätze in den deutschen VW-Werken in Gefahr bringt, nicht unbegründet. Gegenwärtig arbeiten in der Bundesrepublik immerhin noch rund 8 000 Beschäftigte des VW-Konzerns für die US-Tochter, die außer fertigen Wagen auch Motoren aus dem Werk Salzgitter und Getriebe aus Kassel bezieht.

Die Rekordprofite, die aus den VW-Arbeitern herausgepreßt wurden, verbessern keineswegs ihre Lage und erst recht machen sie nicht die Arbeitsplätze sicherer. Die Überproduktionskrise erreicht VW gegenüber anderen Autokonzernen mit zeitlicher Verzögerung. Ist sie jedoch erst akut, dann werden die VW-Herren nicht zögern, mit brutalen Rationalisierungsfeldzügen und Massenentlassungen aus dem Schneider zu kommen.

Bundesregierung klar auf Boykottkurs

Vereinigung der NOKs verurteilt Boykottpolitik

Bei Redaktionsschluß war die für Mittwoch dieser Woche angekündigte Entschließung des Bundeskabinetts zur Frage des Boykotts der Olympischen Spiele noch nicht gefallen, über ihren Inhalt aber gab es schon in der letzten Woche nach entsprechenden Erklärungen von Koalitionspolitikern keinen Zweifel mehr. Die Bundesregierung wird dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) der BRD den Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau empfehlen.

Nach dem am vorletzten Wochenende unter dem Druck der Carter-Regierung zustande gekommenen Boykottbeschuß des NOK der USA gab es für die westdeutschen Gehilfen der amerikanischen Politik der Krisenverschärfung und Kriegshetze kein Halten mehr. Die Spitzenpolitiker der Regierungskoalition einigten sich in einem Koalitionsgespräch am vorletzten Wochenende, dem NOK der Bundesrepublik den Boykott zu empfehlen. Außenminister Genscher kündigte sogar an, auf der EG-Außenministerkonferenz am Montag in Luxemburg auch die übrigen Staaten auf die „sehr klaren Vorstellungen“ der Bundesrepublik verpflichten zu wollen. Also nicht nur treue Gefolgsleute, sondern sogar Einpeitscher der den Frieden der Welt bedrohenden amerikanischen Politik!

Am 17. April, anläßlich eines Empfangs der westdeutschen Olympiamannschaft zu den Winterspielen in Lake Placid, ließen Kanzler Schmidt und Außenminister Genscher dann die Katze vollends aus dem Sack. Schmidt wiederholte vor 49 Aktiven die Auffassung der Bundesregierung, daß die Sowjetunion immer noch nicht die Voraussetzungen geschaffen habe, daß alle Länder in Moskau starten könnten. Mit anderen Worten: Boykott.

Schmidt hatte auch die Stirn, die Solidarität der Sportler ins Feld zu führen. Wörtlich sagte er: „Unabhängig vom persönlichen Betroffensein möchte ich die Sportler bitten, ob für sie nicht auch eine Solidaritätsbewegung gegenüber den amerikanischen Sportlern, die nicht an den Spielen in Moskau teilnehmen, angebracht ist.“

Am Mittwoch vergangener Woche kam es zu einem neuen Gespräch zwischen Kanzler Schmidt und dem Präsidenten des NOK der BRD, Daume. Daume erklärte nach dem Gespräch, daß gegebenenfalls auch entgegen den Empfehlungen der Bundesregierung ein Olympiateam nach Moskau entsandt werden könnte; jedoch räumte er ein, daß der Rat der Bundesregierung schwer wiege. Das NOK und die Sportler der BRD sehen sich einem wach-

senden Druck seitens der US-hörigen Bonner Politiker ausgesetzt. Seinen endgültigen Beschluß wird das NOK der Bundesrepublik am 15. Mai fällen.

Mittlerweile sind auch die führenden SPD-Politiker voll auf den Boykottkurs eingeschwenkt. Herbert Wehner erklärte auf einer Pressekonferenz in Westberlin: Ein Boykottbeschuß und die Teilnahme an Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Iran sei aus „Respekt vor der Schutzmacht“ USA unvermeidlich — genauso wie eine daraus resultierende Verschlechterung der innerdeutschen Beziehungen. Man müsse sich, so ergänzte Brandt nach einer SPD-Fraktionssitzung, zukünftig darum bemühen, die Folgen dieser Verschlechterung so glimpflich wie möglich zu halten. — Auf Antrag der CDU wird sich in der nächsten Woche auch der Bundestag zum Boykott äußern. Dabei scheint eine für die Abgeordneten schmerzliche Entscheidung bereits gefällt: Bundestagspräsident Stücklen hält es für selbstverständlich, keine Dienstreise von Bundestagsangehörigen nach Moskau zu genehmigen.

Indessen hat die Vereinigung der 143 vom IOC anerkannten Nationalen Olympischen Komitees (ANOC) am Donnerstag letzter Woche in Mexiko City das IOC aufgefordert, mit geeigneten Maßnahmen auf den Boykottbeschuß des NOK der USA zu reagieren. Der Präsident der NOK-Vereinigung, Mario Vazquez Rana, teilte mit: „Unsere Vereinigung erklärt durch mich die Absicht, das Internationale Olympische Komitee bei seinen Maßnahmen gegen jedes NOK zu unterstützen, das diesem fatalen Boykott folgt.“ Nach Auffassung der ANOCs könnten die Sanktionen bis zum Ausschuß aus dem IOC gehen, was im Falle der USA gleichbedeutend wäre mit dem Verlust der Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles.

In der Erklärung heißt es weiter: „Ich bitte die Präsidenten aller Nationalen Olympischen Komitees dringend, ihre Pflicht zu tun und ihre Regierung um die Freiheit zu bitten, über ihre Olympiateilnahme selbst zu entscheiden.“

Volksfront gegen Olympiaboykott

Die Volksfront verteilte in der letzten Woche bei Sportveranstaltungen ein Flugblatt, in dem sie die Olympia-Boykott-Politik verurteilte und zu der Großveranstaltung am Montag in der Westfalenhalle in Dortmund aufrief. In dem Flugblatt heißt es unter anderem: „Trotz der Boykottpolitik, die den Sportlern von Carter und anderen Politikern aufgezwungen werden soll, hat sich eine breite Bewegung gegen den Boykott gebildet. Die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg begrüßt diese Aktivitäten der Sportler sehr. Wir verurteilen die russische Aggression in Afghanistan. Wir verurteilen aber auch den Olympiaboykott. Denn er dient nicht der Völkerverständigung.“

Mit ihm soll der kalte Krieg geschürt werden.

Klar, die Olympischen Spiele sind nicht ohne Mängel. Aber trotz allem sind die großen internationalen Sporttreffen, bedeuten die Spiele unabhängig von internationalen Spannungen friedlichen Wettkampf, bieten sie die Möglichkeit für Völkerverständigung und Völkerverständigung. Und damit soll es jetzt aus sein, nur weil Carter es so befiehlt? (...)



Gegen den Olympiaboykott wandte sich in einer bundesweiten Flugblattaktion die westdeutsche Nationalmannschaft der Ruderer (siehe „Roter Morgen“ 15/80). Den Anfang machten in der Innenstadt von Hannover (von links) Vizeweltmeister Frank Schütze (23), die deutsche Meisterin Doris Kuhlmann (20), der deutsche Meister Hermann Gresse (26) sowie Vizemeister Wolfram Thiem (23).

Sportler gegen Olympiaboykott

Die westdeutschen Sportler wehren sich zusehends dagegen, sich in dem kriegstreiberischen Spiel der Großmächte als politische Trumpfkarte mißbrauchen zu lassen. Vor allem auch die Mitglieder der betroffenen Olympiamannschaft sind in der letzten Woche wieder mit Stellungnahmen und Aktionen an die Öffentlichkeit getreten. Sie verlangen, endlich Klarheit zu schaffen, und Klarheit kann nach Meinung des überwiegenden Teils der Sportler nur darin bestehen, daß das NOK eine Entscheidung für Moskau trifft.

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Ruderverbandes (DRV) entschied sich in der letzten Woche bei einer Sondersitzung in Westberlin einstimmig gegen den Boykott. Der Turner Eberhard Gienger informierte den Präsidenten des Turnverbandes, Greite, darüber, daß elf der dreizehn dem Olympiakader angehörenden Turner für die Moskau-Teilnahme sind.

Wie wenig die Sportler bereit sind, die Boykottpolitik der kalten Krieger aus Sport und Politik hinzunehmen, zeigt die Äußerung der Sprint-Olympiasiegerin Annegret Richter bezüglich der Möglichkeit, daß das IOC auch Einzelstarts von Sportlern in Moskau genehmigt: „Wenn die Statuten noch rechtzeitig geändert werden, bin ich sicher, daß wir fast eine komplette Mannschaft zusammenbekommen.“ Am vergangenen Wochenende trafen sich die Olympiasportler in Warendorf (Westfalen), um unter anderem eine Stellungnahme gegen den Boykott zu erarbeiten.

Bisheriger Höhepunkt des Sportlerprotestes war die Pro-Olympia-Veranstaltung „Olympia lebt“ am Montag in der Westfalenhalle in Dortmund (siehe Kasten). Rund 60 westdeutsche Spitzensportler der verschiedensten Disziplinen hatten dazu aufgerufen. Die Initiatoren der Veranstaltung — Gerald Mörken, Jürgen Bruhn (Schwimmen), Annegret Richter, Willi Wülbeck (Leichtathletik) und Gabriel Konertz (Ru-

Nicht zufällig sind die „kalten Krieger“ bei uns, mit Strauß an der Spitze, die eifrigsten Befürworter des Boykotts. Aber auch das Bundeskabinett wird sich am 23. April für den Boykott aussprechen. „Bündnistreu“ und „solidarisch“ mit Amerika im weltweiten Kampf ums Öl, im Machtkampf der beiden Supermächte um Einflußsphären und Rohstoffquellen. Heute wollen die internationalen Scharfmacher die Sportler für ihre psychologische Kriegsvorbereitung mißbrauchen.“

der) — gaben am Mittwoch letzter Woche in Dortmund eine Pressekonferenz. Sie wehrten sich dabei gegen einen „politischen Mißbrauch der Sportler“ und gaben der Hoffnung Ausdruck, trotz des amerikanischen Boykotts in der UdSSR an den Start gehen zu können.

Hetze gegen die Sportler

Die Aktivitäten der Sportler zur Verhinderung eines bundes-



Die Initiatoren der Pro-Olympia-Veranstaltung gaben am Mittwoch, den 16. April in Dortmund eine Pressekonferenz. Das Bild zeigt (von links): Gerald Mörken, Jürgen Bruhn, Willi Wülbeck und Annegret Richter.

deutschen Olympiaboykotts geraten indes zunehmend unter den Beschuß der kalten Krieger und Kriegsfreunde. So trommelte „Bild“ unter Überschriften wie „Olympia-Meuterei“ und „Wer nach Moskau geht, akzeptiert den sowjetischen Angriff“ gegen die Sportler. —

In den Augen dieser Herren sind die Sportler wohl schon Soldaten, die nicht zu „meutern“ und sich keine eigenen Gedanken zu machen haben.

Das Gebot der Stunde heißt: **Solidarität mit den Sportlern! Keinen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau!**

Olympia lebt!



„Olympia lebt!“ Unter diesem Motto hatten die Olympia-Kandidaten der Bundesrepublik zu einer Veranstaltung gegen den Olympia-Boykott in der Dortmunder Westfalenhalle aufgerufen. Rund 4000 Menschen kamen am Montagabend in die Westfalenhalle, um ihre Solidarität mit dem Kampf der Sportler für die Beteiligung des westdeutschen Nationalen Olympischen Komitees (NOK) an den olympischen Sommerspielen in Moskau zu bekunden.

Die Besucher drückten ihre Solidarität mit den Sportlern und ihren Protest gegen Carters Boykottpolitik auch mit einer Reihe von Transparenten aus. Man konnte in der Westfalenhalle folgende Parolen sehen: „Trotz Carter — Olympia lebt!“ — „Die Carters kommen und gehen, Olympia bleibt bestehen!“ — „Sportler und Sportfans sind keine kalten Krieger“. Auch ein Transparent der VOLKSFRONT war zu se-

hen mit der Parole: „Russen raus aus Afghanistan! Olympia ja! Boykott nein!“

Ungefähr 80 Sportler, Olympiakandidaten und auch ehemalige Olympia-Teilnehmer waren in der Westfalenhalle mit dabei.

Die Begrüßungsworte sprach der Schwimmer Jürgen Bruhn, einer der Organisatoren der Veranstaltung.

Außer Jürgen Bruhn, sprachen die Olympia-Kandidaten Manfred Steinbach, Eberhard Gienger und Annegret Richter. Sie äußerten die Befürchtung, daß durch einen Olympia-Boykott der Sport in eine völlige Abhängigkeit von der Politik gerät und, daß ein solcher Boykott die internationalen Sportbeziehungen, insbesondere zwischen Ost und West, zerstören würde.

Nach einem schönen sportlichen und unterhaltsamen Programm, das zum Teil mit großer

Begeisterung aufgenommen wurde, verlas am Ende der Veranstaltung der Aktivistensprecher Fechtweltmeister Thomas Bach die Resolution des Olympiatreffens von Warendorf. In der Resolution wird festgestellt, daß die überwältigende Mehrheit der Sportler für die Teilnahme an den Spielen in Moskau eintritt. Die Resolution verurteilt zugleich scharf den russischen Einmarsch in Afghanistan. „Wir Sportler befürchten“ — so heißt es in der Resolution — „daß mit einer Nichtteilnahme die olympische Idee zu Grabe getragen wird.“

Die Veranstaltung in der Westfalenhalle muß man als große Leistung der westdeutschen Spitzensportler werten. Auf eindrucksvolle Weise hat sie gezeigt, daß die Sportler für die olympische Idee, für Frieden und Völkerverständigung eintreten und den Mißbrauch des Sports für die Politik der Großmächte verurteilen.

Polizei-Todesschuß in Neuss

„Die eigentlich Verantwortlichen bleiben im Schatten“

Westberlin: Freispruch für Polizeikiller

ESSEN. — In der vergangenen Woche wurde auf dem Friedhof von Essen-Burgaltendorf der Akustiker Manfred Perder zu Grabe getragen. Er war am Grundonnerstag vom Polizeiobermeister Peter Umlauf, dem Angehörigen eines Sonderkommandos, mit einem gezielten Kopfschuß getötet worden (der RM berichtete darüber).

200 Menschen gaben Manfred Perder das letzte Geleit. Seine Witwe kündigte an, daß sie auf jeden Fall Strafanzeige gegen den Todesschützen stellen werde. Die Tat dürfe nicht verwischt werden. Zu dieser Zeit allerdings beschäftigten sich die Spitzenpolitiker des Landes Nordrhein-Westfalen genau damit: die Tat zu verwischen.

Zwar hatten es weder Angehörige der Polizei noch des Innenministeriums für nötig gehalten, Frau Perder zum Tod ihres durch die Staatsmacht getöteten Mannes zu kondolieren. Der Regierungspräsident Rohde jedoch sandte der Witwe ein Telegramm, das die beiden folgenden bemerkenswerten Sätze enthält: „Der Terrorismus hat in unserem Land wieder ein unschuldiges Opfer gefunden. Die eigentlich Verantwortlichen bleiben im Schatten.“

Sie verwischen die Bluttat nicht nur, sie schieben sie auch noch anderen in die Schuhe. Manfred Perder — ein Opfer des Terrorismus? Jawohl, er ist der Letzte in der langen Reihe derer, die durch den staatlichen Terrorismus in diesem Land ihr Leben lassen mußten. Und wenn wir den Herrn Regierungspräsidenten schon wörtlich nehmen, dann gilt vor allem auch sein zweiter Satz: „Die eigentlich Verantwortlichen bleiben im Schatten.“ Und man muß gerade sie ans Licht der Öffentlichkeit zerren.

Denn vor dem tödlichen Schuß auf Manfred Perder in der Stresemannallee in Neuss standen Gesetze und Dienstanweisungen, die es überhaupt erst möglich gemacht haben, daß ein polizeiliches Sonderkommando mit entscherten Maschinenpistolen Autofahrern auflauern kann. Der Todesschütze Umlauf und das Sonderkommando, dem er angehörte, sind Bestandteil eines gewaltig aufgeblähten und bis an die Zähne bewaffneten Polizeiapparats, dessen Aufgabe alles andere als der Schutz der Bürger ist. Dieser Apparat überwacht und bespitzelt jede oppositionelle Regung in unserem Land. Und wenn aus solchen Regungen Aktionen erwachsen — Kundgebungen oder Demonstrationen —, dann wird dieser Apparat unter dem Kommando „Knüppel frei!“ in Bewegung gesetzt.

Und auch das ist erst die halbe Wahrheit über den Polizeiapparat des Bonner Staates. Die Herrschenden und ihre Regierungen in Bund und Ländern stellen sich schon heute auf die zu erwartenden großen Klassenschlachten ein, die eine Verschärfung der kapitalistischen Krise im Verlauf der achtziger Jahre unweigerlich hervorbringen wird. Aus diesem Grund ist vor Jahren das sogenannte einheitliche Polizeigesetz erarbeitet worden, das den gezielten Todesschuß endgültig legalisieren, das der Polizei den Einsatz auch von Maschinengewehren und Handgranaten gegen Menschenmengen gestatten soll.

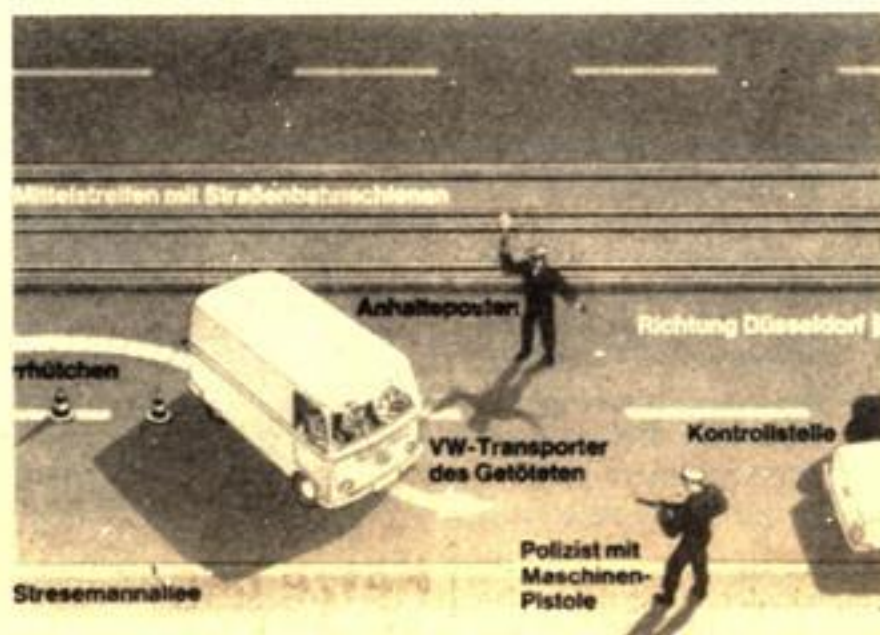
In Nordrhein-Westfalen ist es den demokratischen Kräften in diesem Jahr gelungen, die Verankerung dieses Polizeigesetzes als Landesgesetz zu verhindern. Aber Manfred Perder,

wie vor ihm schon viele Bürger des Landes, ist durch einen gezielten Todesschuß umgebracht worden. Es gilt also, mit aller Kraft darum zu kämpfen, daß der berüchtigte Todesschußparagraph nicht einfach durch die alltägliche Praxis einer schießwütigen Polizei in die Tat umgesetzt wird. Und dazu gehört auch die Forderung nach der Bestrafung der Todesschützen.

Wie der „Fall Perder“ ausgehen könnte, das wurde dieser Tage in Westberlin demonstriert. Hier hatte im Februar in einem Bordell ein Polizeikiller gleich zwei Gäste erschossen. Das Verfahren gegen ihn wurde

aber das darf man ihnen nicht durchgehen lassen. Der Polizeiobermeister Peter Umlauf, der Manfred Perder umgebracht hat, muß bestraft werden. Alle Sonderkommandos der Polizei müssen aufgelöst werden!

Die Rekonstruktion des Todesschusses von Neuss: Manfred Perder sitzt am Steuer des VW-Busses, neben ihm zwei Arbeitskollegen. Er reagiert auf das Stop-Zeichen, fährt rechts an den Straßenrand und läßt den Wagen ausrollen. In diesem Augenblick reißt Umlauf seine entscherte (!) Maschinenpistole hoch und schießt Perder in den Kopf.



Die Rekonstruktion des Todesschusses von Neuss: Manfred Perder sitzt am Steuer des VW-Busses, neben ihm zwei Arbeitskollegen. Er reagiert auf das Stop-Zeichen, fährt rechts an den Straßenrand und läßt den Wagen ausrollen. In diesem Augenblick reißt Umlauf seine entscherte (!) Maschinenpistole hoch und schießt Perder in den Kopf.

jetzt eingestellt. Die Begründung des Gerichts: Der Beamte sei angegriffen worden, und wegen der „räumlichen Enge“ habe er sich nicht mit den ihm antrainierten Kampfmethoden wie Judo oder Karate wehren können. Ein unglaublicher Freibrief für jeden weiteren Todesschuß — aber er ist in diesem Land keine Ausnahme, sondern die Regel. Und warum? Den Polizisten — vor allem den Angehörigen der Sonderkommandos — soll jede Hemmung vor dem Töten genommen werden. Gerade die MEKs und SEKs sind Spezialeinheiten für kommende Bürgerkriegseinsätze. Nicht umsonst trainieren sie beispielsweise auf Fabrikeinrichtungen und in stillgelegten Zechen. Und die Angehörigen dieser Einheiten sollen auch jetzt schon wissen, daß der Polizei- und Justizapparat hinter ihnen steht, sie deckt, wann immer sie töten.

Aber das darf man ihnen nicht durchgehen lassen. Der Polizeiobermeister Peter Umlauf, der Manfred Perder umgebracht hat, muß bestraft werden. Alle Sonderkommandos der Polizei müssen aufgelöst werden!



Auschwitz-Ausstellung Esslingen

Schon wieder faschistischer Bombenanschlag

ESSLINGEN. — Auf das Haus des Esslinger Landrats Braun wurde am Wochenende ein Bombenanschlag verübt. Braun und seine Frau wurden nicht verletzt, es entstand jedoch Sachschaden in Höhe von 20000 Mark.

In einem Anruf bei der „Esslinger Zeitung“ bekannte sich die faschistische Bande „Deutsche Aktionsgruppe“ zu dem Anschlag. Diese Bande hatte schon im Februar durch eine Bombe das Esslinger Landratsamt erheblich beschädigt (unser Bild). Der Haß der Nazi-Terroristen richtet sich gegen eine Ausstellung über das KZ Auschwitz, die in den Räumen des Amtes untergebracht ist.

Braun, dem das Attentat vom Wochenende galt, ist

Schirmherr dieser Ausstellung und der gegenwärtig in Esslingen stattfindenden Deutsch-Polnischen Wochen. In ihrem Anruf bei der Zeitung haben die braunen Bombenleger weitere Aktionen angekündigt. Ihr Attentat auf Braun sei nur eine „Warnung“ gewesen. Diese faschistischen Terrorakte, die nur durch Zufall bislang keine Menschenleben gekostet haben, stellen erneut die dringende Notwendigkeit unter Beweis, daß den braunen Banden das Handwerk gelegt werden muß.

Hamburger Stahlwerke

Bespitzelung der Arbeiter zugegeben

Vor dem Hamburger Verwaltungsgericht klagt gegenwärtig der Maschinenschlosser Rainer Grimm gegen die Hamburger Stahlwerke (HSW). Grimm war vor zwei Jahren als Arbeiter bei HSW entlassen worden. Von Anfang an hatte er den Verdacht, daß bei diesem Rausschmiß der Hamburger Verfassungsschutz seine schmierigen Finger mit im Spiel hatte.

Ein Verdacht, der im Verlauf der Verhandlungen vor dem Verwaltungsgericht vollumfänglich bestätigt wurde. Entgegen allen früheren Dementis der HSW-Bosse gab der ehemalige Personalchef Kappeler jetzt zu, daß seit 1972 in Einzelfällen und seit 1975 bei allen Neueinstellungen eine Anfrage der Personalabteilung beim Verfassungsschutz erfolgte. Als Gründe dafür gab er „kommunistische Aktivitäten“ im Betrieb sowie den „Verdacht auf Ausspähung spezifischer Fertigungsverfahren“ an.

Was den letzten Punkt betrifft, so hatten früher schon SPD-Spitzenpolitiker die illegale Tätigkeit des Verfassungsschutzes in den Betrieben und namentlich bei HSW mit dem Verdacht auf „Ost-Spionage“ zu rechtfertigen versucht. Rainer Grimms Anwalt wies in dem Verfahren jedoch auf die intensiven Wirtschaftsbeziehungen zwischen HSW und der Sowjetunion hin. So waren unter anderem die „spezifischen Fertigungsverfahren“ schon 1972 nach Moskau verkauft worden. Ein weiterer Beweis für die Unhaltbarkeit der Spionage-Geschichten, mit denen die Staatsschutzaktivitäten gegen klassenbewußte Arbeiter bemantelt werden sollen. Es bleiben im Fall von HSW also die „kommunistischen Aktivitäten“ — wobei dieser Begriff von den Bossen und den Schnüfflern

natürlich sehr weit gefaßt wurde.

Und auf diesem Feld war von beiden Seiten aus eine sehr rege Tätigkeit zu verzeichnen. Nach Aussagen Kappelers gab es neben einem ständigen telefonischen Kontakt auch „Dienstbesuche“ der Schnüffler im Betrieb. Und auch umgekehrt war der ehemalige Personalchef des öfteren Gast in den Räumen des Verfassungsschutzes. Kappeler versuchte sich zwar noch dahingehend herauszureden, daß er nur „allgemeine Informationen“ von der Behörde bekommen hätte. Ein früherer stellvertretender Personalchef der HSW allerdings wurde da präziser. Er ist bereit, unter Eid auszusagen, daß in mindestens 25 Fällen auch Einzelangaben über bestimmte Personen an die HSW-Zentrale geliefert wurden.

Dabei ging es unter anderem um Mitgliedschaften in „kommunistischen Organisationen“, um Vorstrafen und um die Teilnahme an Demonstrationen. Aufgrund solcher Angaben sind dann die Kündigungen fabriziert worden, wobei „arbeitsrechtlich relevante Gründe“ vorgeschoben wurden. All diese Aktivitäten waren wie gesagt illegal — sie stellen einen brutalen Verstoß gegen die Gesetze dieses Staates dar. Der dafür verantwortliche Politiker, SPD-Innenminister Staak, ist jedoch immer noch im Amt.

Gefängnissskandal in Mainz

Erst nach einem Jahr Anklage erhoben

Aufseher erschlugen Häftling

MAINZ. — Ein ganzes Jahr dauerte es, bis gegen vier Aufseher der Justizvollzugsanstalt Mainz Anklage erhoben wurde. Im vergangenen Mai hatten sie den Untersuchungshäftling Hermann-Karl Becker zu Tode geprügelt. Und ein Jahr lang wurden bis in die Spitze des pfälzischen Justizministeriums hinein massive Versuche unternommen, den Totschlag zu vertuschen.

Die Staatsanwaltschaft wirft jetzt dreien der vier Aufseher vor, den Gefangenen mißhandelt und „durch Fahrlässigkeit“ den Tod des Häftlings verursacht zu haben. Der vierte Wärter hätte sich nicht an den Mißhandlungen beteiligt, aber auch nichts unternommen, um Becker zu retten.

Nach allem, was man heute weiß, muß sich der Vorfall folgendermaßen abgespielt haben: In der Nacht vom 22. auf den 23. Mai drangen die Wärter in die Zelle von Hermann-Karl Becker ein. Sie müssen ihn so brutal zusammengeschlagen haben, daß er das Bewußtsein verlor. Denn dreißig Minuten später erstirbte der Gefangene an seinem Erbrochenen.

Nun sollte man meinen, daß Beckers gewaltsamer Tod sofort die Polizei- und Justizmaschinerie in Alarm versetzt hätte. Aber nichts geschah. Erst Mitte Juni wurden die Totschläger von der Polizei zu einem Verhör gebeten. Und da konnten sie

frech erklären: „Wir haben nichts Verdächtiges gesehen, nichts Verdächtiges gehört. Eine ganz ruhige Nacht.“ Eine ruhige Nacht — bis auf die Tatsache, daß ein Mensch umgebracht wurde. Und auch nach diesen Verhören wurden die Totschläger nicht vom Dienst suspendiert; sie wurden nicht einmal in eine andere Strafanstalt versetzt.

Auch die Staatsanwaltschaft, die dann eingeschaltet werden mußte, sah ihre Aufgabe nicht etwa in der Aufklärung des Falls, sondern nur in dessen weiterer Vertuschung. In voller Kenntnis der schweren Verletzungen Beckers, die für jeden Laien auf den ersten Blick zu erkennen waren, erklärte sie, es lägen keine Anzeichen für ein Fremdverschulden vor. Monatlang gelang es der Staatsanwaltschaft und dem Justizministerium von Rheinland-Pfalz, den Totschlag in der Zelle zu vertuschen. Und wahrscheinlich wäre es nicht einmal zu ei-

ner Anklage gegen die Totschläger gekommen, wenn nicht Einzelheiten über den Fall aus dem Gefängnis nach außen gesickert wären.

Ein Zellennachbar Hermann-Karl Beckers, der gegenüber Außenstehenden davon gesprochen hatte, daß er Kampfgeräusche in der fraglichen Zeit gehört hätte, wurde kurz darauf in seiner Zelle erhängt aufgefunden — und zwar zu einer Zeit, wo die Totschläger noch Dienst im Gefängnis taten.

Aber auch nachdem im vergangenen November alle Versuche, den Fall zu vertuschen, gescheitert waren — im Zusammenhang mit diesem Skandal mußte Justizminister Theisen seinen Hut nehmen — schleppten sich die Ermittlungen nur langsam hin. Jeweils zwei der Aufseher wurden zwar festgenommen, dann jedoch wieder entlassen und erst auf den Druck der Öffentlichkeit erneut in Haft genommen. Es stellte

sich dann sehr schnell heraus, daß auch jetzt noch die allgemeine Kumpanei im Justizapparat funktionierte. Denn obwohl die Totschläger in verschiedenen Gefängnissen in Untersuchungshaft saßen, gelang es ihnen, Verbindungen miteinander aufzunehmen und ihre Aussagen abzustimmen.

Und was die Gefangenen in der Mainzer Vollzugsanstalt angeht — mögliche Zeugen für die Ereignisse in der Tatnacht —, sagten die Staatsanwälte selbst, sie würden bei ihnen auf eine „Mauer des Schweigens“ stoßen. Angesichts des gewaltsamen Todes von Hermann-Karl Becker und des Schicksals seines Zellennachbarn — von den Behörden als Selbstmord deklariert — herrscht die nackte Angst unter den Gefangenen. Die Täter haben sich abgesprochen, mögliche Zeugen sind eingeschuchtert — so sieht die Situation jetzt zur Zeit der Anklageerhebung aus. Gerade angesichts dieser Situation darf die demokratische Öffentlichkeit nicht nachlassen, die vollständige Aufklärung der Vorfälle in der Mainzer Vollzugsanstalt und die unnachgiebige Bestrafung der Totschläger zu fordern.



Rechts: Der Oberspielleiter des Dortmunder Schauspielhauses, Andreas Weißert, rezitiert Gedichte von Bert Brecht. Links: Rund 300 Besucher, darunter viele aktive Gewerkschafter, waren zu der Solidaritätsveranstaltung gekommen.

Solidaritätsveranstaltung für die entlassenen Hoesch-Betriebsräte

Ein Abend der Solidarität und der Gewerkschaftseinheit

Volkskorrespondenz aus Dortmund

Am Vorabend der Woche, da der Kampf vor den Arbeitsgerichten in die entscheidende Phase tritt, hat das Solidaritätskomitee zu einer Veranstaltung aufgerufen. Und viele kamen, um die Forderung nach sofortiger Wiedereinstellung der entlassenen Hoesch-Betriebsräte Norbert Bömer und Hartmut Siemon zu unterstützen. Meiner Schätzung nach versammelten sich im großen Saal des Stadtwaldrestaurants Grävlingholz im Bergarbeitervorort Dortmund-Eving mindestens 300 Kolleginnen und Kollegen. Keineswegs nur RGO-Mitglieder.

Das Publikum war erfreu-

lich gemischt. Es waren auch viele aktive Gewerkschafter gekommen, die der RGO durchaus kritisch gegenüberstehen. Erfreulich deshalb, weil die letzten Monate eindringlich die Notwendigkeit der Gewerkschaftseinheit und überhaupt des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte gegen die Angriffe der Konzernherren und der politischen Reaktion gezeigt haben.

Und das war nach meiner Meinung der Haupterfolg dieses Abends im Stadtwaldrestaurant: daß die Einheit gefördert wurde, daß sich hier aktive Gewerkschafter über

ihre zum Teil konträren Vorstellungen zu Fragen der Taktik des Kampfes innerhalb der Gewerkschaft hinweg geschlossen haben gegen die Unternehmer und gegen gewisse unternehmerhörige Gewerkschaftsfunktionäre, die unsere Rechte und unsere gewerkschaftlichen Aktivitäten angreifen und zunichtemachen wollen.

Der einführende Beitrag von Norbert Bömer machte noch einmal sehr deutlich, daß diese Maßregelungen nicht nur gegen zwei unbequeme Belegschaftsvertreter bei Hoesch gerichtet sind, sondern daß — wenn das juristisch abgesegnet

wird — die Meinungsfreiheit und die gewerkschaftliche Betätigung in den Betrieben um ein erhebliches Stück weiter eingeschränkt würden. Es wurde sehr klar durch Norberts Beitrag, daß wir, das heißt die Gewerkschaften und Arbeiterbewegung, es uns nicht leisten können, solche Angriffe als Privatsache des jeweils Betroffenen zu betrachten.

Empörung und Bestürzung wurden spürbar, als der RGO-Betriebsrat erläuterte, wie die Betriebsratsmehrheit von Hoesch-Union mit ihrem skandalösen Verhalten die Angriffe der Hoesch-Bosse gegen Gewerkschaftsrechte, zur Knebe-

lung der Belegschaft, aktiv unterstützte, und wie diese traurigen „Belegschaftsvertreter“ langjährige gewerkschaftliche Forderungen (zum Beispiel, daß gemäßregelte Gewerkschafter mindestens so lange im Betrieb bleiben müssen, bis ein rechtskräftiges Urteil über ihren Fall vorliegt) bedenkenlos mit Füßen getreten haben.

Auf der anderen Seite appellierte Hartmut Siemon an die Versammelten, in einer Reihe von Fällen, die er im einzelnen schilderte, Solidarität mit anderen gemäßregelten und von Unternehmern und Justiz angegriffenen Gewerkschaftern zu üben. Besonders rief Hartmut Siemon zur Solidarität mit der IG Druck und Papier und den drei Angeklagten IG-Druck-Funktionären auf, die wegen Verhinderung einer Streikbruchaussage der „Times“ durch eine Solidaritätsaktion der IG Druck mit Gefängnisstrafen bedroht werden.

Zwei ÖTV-Gewerkschafter, die in ähnlicher Weise wie die beiden Hoesch-Betriebsräte gemäßregelt worden sind, sprachen selbst auf der Veranstaltung und schilderten ihren Fall. Im einen Fall war es eine Betriebsratsvorsitzende aus Essen. Sie wurde fristlos entlassen, weil sie an einer antifaschistischen Veranstaltung teilgenommen hatte. Ferner sprach ein Kollege, der als Vertrauensleutensprecher der ÖTV bei der

Kreisverwaltung Recklinghausen entlassen wurde, weil er sehr aktive Gewerkschaftsarbeit im Betrieb geleistet hat. Zu den treibenden Kräften bei seiner Maßregelung zählt übrigens Horst Niggemeier, Mitglied des Hauptvorstands der IG Bergbau und Energie und gleichzeitig Bürgermeister von Datteln.

Die Veranstaltung bot auch ausgezeichnete künstlerische Beiträge. Andreas Weißert, Oberspielleiter beim Schauspielhaus Dortmund, rezitierte Gedichte und Lieder von Bert Brecht. Werner Worschech brachte neben seinem Solidaritätslied für die beiden entlassenen Betriebsräte eine größere Auswahl aus seinem reichhaltigen Repertoire, darunter auch ein Kampflied mit dem Motto: Stoppt Strauß! Und auch die Dortmunder Polit-Rock-Gruppe Ruhrwerk steuerte Hörenswertes und musikalisch Interessantes zum kulturellen Rahmen bei, darunter auch zwei von Ruhrwerk vertonte Gedichte von Tucholsky.

Schade, daß Günther Wallraff wegen Krankheit verhindert war. Auf sein Auftreten waren die Versammelten natürlich besonders gespannt. Vielleicht klappt es aber das nächste Mal!

Fazit: Ein schöner und kämpferischer Abend im Geist der Solidarität und des Kampfes für die Gewerkschaftseinheit.

Nach dem Carstens-Besuch

Festnahmen von demonstrierenden Studenten

Volkskorrespondenz aus Münster

Bei seinem Auftritt anlässlich der Feierlichkeiten zum 200jährigen Jubiläum der Universitätsgründung in Münster unterstrich der Ex-SA-Mann und jetzige Bundespräsident Carstens die Notwendigkeit des „Dialogs mit der Jugend“. Der Dialog wurde wenig später von der Staatsgewalt in die

Die Festnahmen erfolgten, obwohl die Teilnahme an der Demonstration in den Uniformen ausdrücklich von der Polizei genehmigt worden war. Auch der Demonstrationzug, der von dem AstA der Universität und der Projektgruppe „Unijubiläum“ organisiert worden war, war entsprechend den Bestimmungen angemeldet und genehmigt worden.

Der Demonstrationzug sollte als eine Art Anti-Veranstaltung zum offiziellen Festprogramm — in dessen Rahmen auch Carstens auftrat — die ungeschminkte 200jährige Geschichte der Universität Münster demonstrieren. Er sollte aufzeigen, daß reaktionäre Gesinnung die Universität von ihrer Geburtsstunde bis in die heutige Zeit beseelt.

Um die Zustände an der Universität zur Zeit des Faschismus („Rassenhygiene an der medizinischen Fakultät“) zu dokumentieren, trugen mehrere Studenten Reichswehr- und SA-Uniformen. Die Uniformen stammten aus dem Fundus des westfälischen Landestheaters in Castrop-Rauxel. — Das Tragen nazistischer Embleme und Uniformen ist zwar vom Grundgesetz her strafbar; Uniformen dürfen aber zu dokumentarischen Darstellungen der jeweiligen geschichtlichen Epoche getragen werden. — Die Studenten folgten bei ihrer

Aktion dem Beispiel des „Anachronistischen Zuges“, mit dem im letzten Jahr gegen die Amtseinführung von Bundespräsident Carstens demonstriert worden war.

In Münster nun hatte der Demonstrationzug schon fast seinen Ausgangspunkt wieder erreicht, da nahm die Polizei auf — wie es hieß — Weisung des Generalbundesanwalts, des Justizministeriums und des leitenden Oberstaatsanwalts die fünf Studenten aus dem Zug heraus vorläufig fest und beförderte sie zur Polizeidirektion. Zwei weitere Demonstrationsteilnehmer, die Reichswehruniform trugen, wurden zwar auch festgenommen; sie erhielten jedoch ihre Uniformen zurück. Die SA-Uniformen dagegen wurden sichergestellt.

Der AstA-Vorsitzende Martin Nissen erklärte zu den Festnahmen: „Das ist ein unglaublicher Vorfall. Wir erwarten vollständige Aufklärung über die Hintergründe, Entschuldigungen bei den vorläufig Festgenommenen und bei den Zugveranstaltern sowie Vernichtung aller über die Fünf angefertigten Unterlagen.“

Am Morgen des Tages, an dem die fünf Studenten festgenommen wurden, war Bundespräsident Carstens bereits gegen 8.40 Uhr mit dem Hubschrauber auf dem Gelände der Höheren Landespolizeischule

Tat umgesetzt. Fünf Studenten, die durch das Tragen von SA-Uniformen auf die reaktionäre Vergangenheit der Münsterschen Universität hinweisen und gegen den Carstens-Besuch demonstrieren wollten, wurden aus einem Demonstrationzug vorläufig festgenommen.

gelandet. Gegen die Demonstranten, die ihn immer wieder bei seinen Auftritten zu stören versuchten, wurde er von insgesamt 440 Polizisten geschützt.

Der Bundespräsident trug im Gegensatz zu den festgenommenen Studenten keine SA-Uniform.



Mit einer Demonstration anlässlich des 200jährigen Bestehens der Universität wiesen die Studenten auf die reaktionäre Vergangenheit dieser Ausbildungsstätte hin und protestierten gleichzeitig gegen den Besuch Carstens' in Münster. Fünf in SA-Uniformen demonstrierende Studenten (zwei davon im Bild rechts) wurden festgenommen.

KPD / ML — Mai-Veranstaltungen:

Kiel: 26.4. um 20 Uhr, Gaststätte „Waidmanns Hof“

Eckernförder Str./Kopperpähler Allee

Stuttgart: 26.4. um 15 Uhr, Gaststätte „Friedenau“, Rotenbergstr. 127

Hamburg: 27.4. um 16 Uhr, Gaststätte „Jarrestadt“, Jarrestr.

Westberlin: 28.4. um 19 Uhr, „Amerika Gedenkbibliothek“, Blücherplatz, Kreuzberg

RGO — Mai-Veranstaltungen:

Nürnberg: 26.4. um 15 Uhr, „Adam-Scharrer-Raum“, Humboldtstr. 103

Witten: 30.4. um 19 Uhr, „Engelsburg“, Röhrchenstr.

Dortmund: 30.4. um 19 Uhr 30, „Haus Göbbeln“, Schützenstr./Ecke Feldherrnstr.

Westberlin: 1.5. um 16 Uhr bis 22 Uhr, Gaststätte „Lindenhof“, Eythstr. 45, Berlin 42, Eintritt 5 Mark

Frankfurt: 30.4. um 20 Uhr, „Bürgertreff“, Ffm./Westend, Ulmenstr. 20, Eingang Keltenhofweg

Veranstaltung der KPD / ML zur Kriegsgefahr:

Duisburg: 25.4. um 20 Uhr „Neudorfer Hof“, Thema: Kommt es bald zum III. Weltkrieg?

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich DM 60.-

☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD/ML

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

☐ Ich möchte Mitglied der KPD/ML werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30

Wer treibt zum Krieg?

UNTER DEM DIKTAT DER WALL STREET



Die Metropole des Kapitalismus in einer tiefen Krise.

Wer herrscht in den Vereinigten Staaten? Wer hat den „amerikanischen Traum“ verwirklicht, mit dem die Ideologen der Superreichen schon seit Jahrzehnten hausieren gehen? Wer treibt Carters Kriegsmaschine?

Jeden Tag kann man hier bei uns sehr viel über die USA hören. Daß man dort als Tellerwäscher Milliardär, als Erdnußfarmer immerhin noch Präsident und als Großkapitalist zum Wohltäter der Menschheit werden kann. Aber auch: daß es den Negern doch nicht so gut geht. Und: daß nur jeder zweite Amerikaner zur Wahl geht, jeder zehnte ohne Arbeit ist. Nicht mehr der unumschränkte Lobgesang auf Amerika ist heute Mode, sondern die Kritik, die zum Schluß kommt: Trotzdem ist alles immer noch am besten dort.

Gerade heute, wo von Amerika aus Jimmy Carter zum Krieg trommelt, stellen sich Fragen um so dringender, über die seit langem in der Öffentlichkeit zwar geredet, aber selten genug Tatsachen verbreitet werden. Etwa: Wer beherrscht Amerika? Was machen eigentlich die Arbeiter in den USA? Wer ist da arm und wer reich?

Deshalb untersucht der „Rote Morgen“ in seiner Serie „Länder der Welt“ die USA, und wir tun dies ausführlicher als bei anderen Staaten, weil ja gerade in diesen Tagen wieder deutlich wird, daß die Ereignisse, die dort stattfinden, uns nicht unberührt lassen...

Banker, Ölmagnaten und ein Kaiser

In einer Studie der amerikanischen Regierung von 1979 wird festgestellt, daß 18 Prozent der Bevölkerung des Landes 48 Prozent allen Eigentums besitzen. Mag dies in einigen Ohren vielleicht gar kritisch klingen, so ist es doch nichts anderes als pure Beschönigung.

Denn in Wirklichkeit werden die Reichtümer des reichsten Landes der Welt von der kleinsten Gruppe von Finanzgewaltigen kontrolliert, die in einem kapitalistischen Land des Westens die Herrschaft innehat. Nirgendwo sonst ist der Prozeß der Konzentration der Wirtschaftsmacht in wenigen Händen so weit fortgeschritten wie in den USA, nirgendwo sind so ungeheure Summen Kapitals so stark monopolisiert wie dort.

Gab es in der Zeit unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg noch 26 Gruppen von Finanzkapitalisten, die die Wirtschaft und Politik des Landes im wesentlichen kontrollierten und dabei miteinander konkurrierten, so ist ihre Zahl seitdem immer mehr dahingeschmolzen, sie wurden von anderen Gruppen aufgesogen oder gar vernichtet.

Untergegangen ist das Imperium der Eisenbahnkönige von Kuhn & Loeb.

Aufgesogen wurde die berühmteste Bank von New York des Gründerpräsidenten Hamilton, mit der die Astor-Sippe Milliarden verdiente.

Klein beigegeben mußten die ersten Superreichen der USA, die Bostoner „Grand Families“ der Cabots, Lodges, Vanderbilts und Kennedys. Noch

haben sie viel Geld — aber zu sagen haben sie nicht mehr viel. Selbst ihre United Fruits Company wird heute von jemand anderem kommandiert, von jemandem, der viel mehr Kapital kommandiert, der viel mehr Macht hat: vom Bankhaus Morgan, Stanley & Co.

Morgan kommt! Das war der Ruf, der in den ersten dreißig Jahren dieses Jahrhunderts alle Kapitalisten erzittern ließ. Morgan kommt! Das war der Ruf, auf den hin in den dreißiger Jahren Hunderttausende von amerikanischen Werktätigen auf die Straße gingen, um ihren Haß gegen diese Gruppe von Finanzmagnaten zu demonstrieren, die so viel Unglück über sie gebracht hatte.

Im Jahre 1933 kontrollierte die Morgan-Gruppe ein Kapital, das viermal so groß war, wie das der nächstgrößeren Finanzgruppe: der Rockefellers.

Morgan & Co., Morgan Guaranty Trust, Manufacturers Hanover Trust, First National Bank — das waren die Säulen des Imperiums Morgan, das den Stahl zu 80 Prozent, die Eisenbahnen zu 50 Prozent, die Banken zu 50 Prozent beherrschte. Morgan hieß der Präsidentenmacher von Theodore Roosevelt und von Wilson, Morgan hieß der Organisator des Young-Plans für Deutschlands Reparationen an die USA.

Heute hat sich dies gewandelt. Immer noch ist Morgan ein Riese: 20 Großbanken und Versicherungen, alle mit Sitz Wall Street, werden von den Nachfahren des John Pierpont Morgan kontrolliert, ein Aktienkapital von mehr als 190 Milliarden Mark!

Und doch, die Morgans haben verloren. So riesige Kapitalgesellschaften wie die International Harvester Company (an die Chicagogruppe), das zweitgrößte Versandhaus der Welt, Montgomery Ward (ebenfalls an Chicago), die Pullman-Werke (an die Mellons), die New York Penncentral Eisenbahn (an die Eaton-&Young-Gruppe) und, vor allem: die First National Bank, die heute First National City Bank heißt und von Bankern begonnen und sich in die damals profitabelste Industrie, den Stahl, einkaufte, wuchsen Macht und Reichtum der Rockefellers mit jenem Produkt, das stellvertretend für ihren Namen stehen kann: Öl.

Bereits im Jahre 1954 waren 13 der 50 größten USA-Gesellschaften Ölfirmen, von denen

die Rockefellers 10 mit einem Kapital von 21 Milliarden Dollar befehligten. Alles in allem verfügen sie über 36 Ölkonzerne, darunter sechs der zehn größten der Welt. Chase Manhattan Bank, First National City Bank, Bank of New York und Chemical Trust sind Rockefellers Wall-Street-Banken, deren Macht dazu führt, daß diese Gruppe von 84 Leuten heute über mehr als 300 Milliarden Mark Kapital verfügt.

Der erste Rockefeller-Präsident war Dwight D. Eisenhower. In seiner achtjährigen Regierungszeit von 1952 bis 1960 wurde nicht nur zum ersten Mal die halbamtliche Nebenregierung aktiv, die 1947 organisiert worden war, der Nationale Sicherheitsrat. Dieser hatte die öffentlich eingestandene Aufgabe, wichtige Regierungsbeschlüsse vorzubereiten. Damals wurde auch der Proporz geregelt: fünf der dreizehn Mitglieder dieser Überregierung waren Rockefeller-Leute, drei sandte Morgan dorthin.

In diesen Jahren errichteten die Rockefellers 15 jener 18 gesellschaftlichen Vereinigungen, in denen Sozial- und Außenpolitik gemacht wird, in denen Wissenschaftler und Politiker gefördert werden. Diese Vereinigungen haben heute mehr als 20 000 Angestellte, bezahlen 15 000 Wissenschaftler, darunter 4 000 Gesellschaftswissenschaftler. Auf ihren Gehaltslisten stehen unzählige Journalisten; sie betreiben 23 Universitäten in den USA und 50 Einrichtungen in aller Welt. So umfassend ist das Rockefeller-Foundation-Syndikat.

Unter ihnen sei besonders der Rat für Auslandsbeziehungen erwähnt. Vorsitzender ist David Rockefeller, der so bekannte Politiker förderte wie Henry Kissinger, Cyrus Vance, Zbigniew Brzezinski und Walter Mondale, die alle zeitweise von der Rockefeller Foundation bezahlt wurden, sei es für Bücher, Vorträge oder Lehraufträge.

Neben diesen beiden größten Finanzgruppen müssen heute vor allem noch vier weitere genannt werden, die entscheidend an der wahren Machtausübung in den USA beteiligt sind. Die Gruppe Du Pont de Nemours, Schießpulverhersteller und — neben Morgan — Kriegsgewinnler Nummer eins im Jahre 1918. Sie beherrscht die US-Chemieindustrie zu 70 Prozent und kommandiert die General Motors. Mit ihren

Großbanken Wilmington und Delaware Trust kommandiert sie über mehr als 30 große Kapitalgesellschaften mit mehr als 60 Milliarden Mark Kapital.

Neben den Rockefellers größte Aufsteiger unter den supermächtigen Finanzmagnaten sind die Mellons aus Pittsburgh, die im zweiten Weltkrieg aus der eigenen Familie drei Generale und zwei Obristen stellten. Sie kommandieren zehn Ölgesellschaften, darunter die Gulf Oil Corporation, und sie verfügen über 50 Prozent der Aluminiumerzeugung der westlichen kapitalistischen Staaten, vor allem über die Alcoa. Sowohl in der Ölindustrie als auch im Flugzeugbau, der ihre Aluminiumwerke groß machte und sie zu den großen Kriegsgewinnlern des Jahres 1945 machte, sind sie mit den Rockefellers (die unter anderem McDonnell-Douglas und Boeing beherrschen) eng verbunden. Fast 50 Milliarden Mark Kapital stehen ihnen zur Verfügung.

Während die Bostoner, Cleveland und Houstoner Finanzzentralen heute faktisch nur noch Unterabteilungen der Rockefellers und Morgans sind, hat sich die zusammengeschlossene Chicagogruppe der Hanna, Eaton, Young, Armour, Fields und McCormick zur drittgrößten Gruppe des US-Finanzkapitals entwickelt. Sie sind es, die Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie, Konservenindustrie und Versandhandel beherrschen, die im Stahl den Morgans Konkurrenz machen. Firmen wie John Deere, International Harvester, Swift, Peabody Coal, Sears Roebuck und Montgomery Ward, Bethlehem Steel sowie die große Continental Illinois Bank gehören zu diesem Imperium. Die Chicagogruppe, die stets eine Art Isolation des Mittelwestens predigte, und dort fünf Bundesstaaten kontrolliert, war stets Hauptaktivist beim Kampf gegen die Gewerkschaften und förderte den berühmten Senator McCarthy, den Kommunistenjäger der 50er Jahre.

Fest etabliert hat sich schließlich die aus Los Angeles stammende Gruppe der Gianini & Kaiser um die Bank of America und die Transamerica Corporation, sowie Kaiser Steel, Kaiser Aluminium und Kaiser Chemical. Diese Gruppe war die einzige, die es schaffte, die New Yorker Gruppen Rockefeller und Morgan herauszufordern, ohne geschlagen zu werden — heute verfügt sie über Kapitalien etwa in der Höhe der Du Ponts. Sie beherrscht vor allem das wirtschaftliche und politische Leben Kaliforniens, aus dem sie die alten San-Francisco-Banken verdrängte sowie der südlichen Nachbarn wie Arizona, Nevada, Utah, Oregon, in denen die monopolkapitalistische Entwicklung erst relativ spät einsetzte, wobei sie ihr Grundkapital aus Einwanderervolkbanken zusammenraffte.

Die Kombination von Rockefeller und Morgan aber, die heute in vielen Bereichen, vor allem auf dem Rohstoffsektor, eng zusammenarbeiten, sowie der Mellons und Du Ponts, die ihre Geschäfte hauptsächlich in New York führen, diese vier riesigen finanzkapitalistischen Gruppen, die zusammen mehr als 230 multinationale Gesellschaften kontrollieren und mehr als 45 Millionen amerikanische Werktätige beschäftigen: das ist die Wall Street!

Die Herren der (halben) Welt

Nach dem zweiten Weltkrieg

LÄNDER DER WELT (VI)



USA

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind mit 215 Millionen Einwohnern und einer Fläche von 9,3 Millionen Quadratkilometern bezogen auf Bevölkerungszahl und Fläche da viertgrößte Land der Erde.

Rund 23 Millionen Neger, etwa 2,5 Millionen Menschen asiatischer Abstammung und rund eine Million Ureinwohner, Indianer, stellen die nationalen Minderheiten dar. Außerdem leben ungefähr vier Millionen Mexikaner sowie Bürger karibischer Staaten als Ausländer im Lande.

28 Prozent der Bevölkerung leben in Großstädten mit über 100 000 Einwohnern, die größten Siedlungszentren sind die Ballungsräume um New York mit etwa 16 und Chicago mit rund sieben Millionen Einwohnern.

Nach Angaben der Gewerkschaften sind durchschnittlich mehr als neun Millionen Menschen seit vier Jahren arbeitslos; das sind ungefähr 10 Prozent der arbeitenden Bevölkerung — bei den Negern macht diese Rate etwa 15 Prozent aus. Von den fünf Millionen unter 25 Jahren sind 40 Prozent ohne Arbeit.

Insgesamt gibt es im Lande etwa fünf Millionen Menschen ohne Schulbildung.

Der bundesstaatliche Charakter des Landes ist wesentlich stärker ausgeprägt als etwa in der Bundesrepublik. Es gibt sehr starke Unterschiede — auch in der Gesetzgebung — als Ergebnis der allmählichen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, die das Land ausgehend von der Ostküste nahm.

Die amerikanische Bourgeoisie hat zwei politische Parteien organisiert: die Republikanische Partei und die Demokratische Partei. In der letzteren gibt es einen reformistischen Gewerkschaftsflügel, der ohne größere Bedeutung blieb.

Die USA sind das größte Industrieland der Welt, dessen Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1977 die Summe von 1 800 Milliarden Dollar, damals umgerechnet fast 3 700 Milliarden Mark, betrug. 6 Prozent dieses Produkts werden in der Landwirtschaft erzielt, die nur 4 Prozent der Arbeitskräfte beschäftigt. Rund 33 Prozent der etwa 90 Millionen werktätigen Menschen arbeiten direkt in der Industrie, 30 Prozent im Dienstleistungs- und öffentlichen Sektor, 24 Prozent in Handel, Banken und Versicherungen.

Im letzten Jahr betrug die Teuerungsrate über 13 Prozent, in diesem Jahr werden 18 Prozent erwartet.

waren die ausländischen Investitionen in den USA von 8 Prozent auf 1,8 Prozent des US-Aktienkapitals gesunken, die US-Investitionen im Ausland hatten sich auf rund 15 Milliarden Dollar verdreifacht. Die USA verfügten über das Öl, und mit der militärischen Stärke hatten die Magnaten der Wall Street alle Trümpfe in der Hand, sich zum Herren der Welt aufzuschwingen — hätte es da nicht die sozialistischen Länder gegeben, die man eindämmen mußte.

Jetzt kommandierten nur noch Rockefeller und Morgan die Außenpolitik der USA. Unter der Regierung Truman entsandten die acht größten Banken dieser beiden Finanzgruppen mehr als 250 Spitzenfunktionäre als Beamte in das Außenministerium, mehr als 100 ihrer Manager wurden Pentagon-Generalstabsler, über 1 000 ihrer Experten wurden Offiziere des CIA.

Ausgehend von Lateinamerika, das sie seit langem im Würgegriff hatten, wurde jetzt auch der Nahe Osten mit seinem Öl „konsolidiert“, etwa mit dem Putsch gegen die iranische Regierung. Asien wurde durchdrungen (so war der Chefberater des Außenministers Dulles beim US-japanischen Friedensvertrag John D. Rockefeller III. selbst, während Dulles vorher in der Bank of New York sein Angestellter gewesen war), der Einfluß in Europa wurde mächtig ausgedehnt.

In diesen Jahren büßte die traditionelle Bostongruppe ihren Einfluß weitgehend ein. Für den Putsch in Guatemala, um die Interessen der United Fruits

gegen die nationalrevolutionäre Regierung Arbenz zu retten, mußten sie fast die Hälfte der Aktien ihrer Renommiergesellschaft an Morgan abgeben, der das CIA-Abenteuer finanzierte. Gerade sie waren es auch gewesen, die in den östlichen Ländern Europas relativ große Interessen gehabt hatten, die nun verloren waren.

Bis zum Jahr 1975 waren die Investitionen von US-Kapital im Ausland auf mehr als 270 Milliarden Mark angewachsen. 190 Milliarden davon waren in den zehn entwickelten kapitalistischen Ländern West- und Nordeuropas sowie in Kanada und Japan angelegt, davon 58 Prozent in der verarbeitenden Industrie. 80 Milliarden waren in den ehemaligen Kolonialländern angelegt, 52 Milliarden Mark allein in Lateinamerika.

Ganze 11 Milliarden Mark an Kapital hatten die Wall-Street-Banken investiert, um die mächtigen Ölförderung aus den Ländern des Nahen Ostens zu holen: Die Profitsumme war oft jährlich höher als das angelegte Kapital!

1975 produzierten 7980 US-Firmen im Ausland Waren im Werte von 920 Milliarden Mark, während der US-Export 220 Milliarden betrug.

Angesichts des sich immer mehr verstärkenden Kampfes der Völker der ehemaligen Kolonialländer waren die imperialistischen Dollarkönige gezwungen, immer wieder neue Taktiken anzuwenden, um die Empörung zu dämpfen. So haben sie bei rund 2 500 ihrer Auslandsfirmen einheimisches Ka-

Fortsetzung auf Seite 10

UNTER DEM DIKTAT DER WALL STREET

Fortsetzung von Seite 9

pital in Höhe von rund 20 Milliarden Mark zugelassen, um den Anschein „nationaler Souveränität“ zu wahren. So verstecken sie ihre Investitionen zunehmend unter der Tarnung internationaler Gremien.

Der erste Präsident der Weltbank war Eugene R. Black, vorher erster Direktor von Rockefellers Chase Manhattan Bank. Sein Stellvertreter war Robert L. Garner, vorher Präsident des Morgan Guaranty Trust. Auch der heutige Präsident der Weltbank, Robert S. McNamara, früher Konzernchefjurist bei Ford und Pentagonminister, nahm seinen Karriereweg über Rockefeller Foundation und eine jener etwa 40 prominenten Anwaltsfirmen, die an der Wall Street residieren und das Kaderreservoir der Banker sind. 1975 beschloß die Weltbank einen Fünfjahr-Investitionsplan bis 1980 von mehr als 85 Milliarden Mark — 60 Prozent davon bringen die US-Banken ins Geschäft ein.

300 jener Truste, die heute gemeinhin als Multis bezeichnet werden (und von denen 230 ausschließlich unter dem Kommando der vier großen Wall-Street-Gruppen stehen) beschäftigen nicht nur 62 Millionen amerikanische Arbeiter und Angestellte, sondern auch rund 14 Millionen Arbeiter in aller Welt. Die Rockefeller-Gruppe allein mehr als anderthalb Millionen Menschen in über 20 Ländern! (So etwa: ITT mit mehr als 300 000, Exxon mit rund 120 000, IBM mit rund 100 000). Auch Morgan (General Electric, Litton), Mellon (Gulf, Goodyear) und Dupont (General Motors, Du-

wurden in den USA vor allem drei wichtige Wirtschaftsgesetze diskutiert: die — beschlossene — Gründung der Overseas Private Investment Corporation, eine Versicherung gegen politische Risiken, die mit rund 12 Milliarden Mark ausgestattet ist, über 50 Prozent davon aus Steuergeldern; die — beschlossene — Festlegung der Forschungsarbeit der Wirtschaft, die dazu führt, daß 60 Prozent der staatlichen Forschungsausgaben direkt in die Kasse der 230 Wall-Street-Monopole gehen; und der — abgelehnte — Burke-Gesetzesentwurf. Mit diesem Gesetz sollten ausländische Töchter der US-Monopole der geltenden USA-Besteuerung unterworfen werden (was einen Profitverlust von rund 3 Prozent bedeutet hätte).

Ein Vertrag ohne Unterschrift

Der „american way of life“, jener angeblich so große Traum der Freiheit des Einzelnen, der die Grundlage des amerikanischen Gesellschaftsvertrags, (wie es die Ideologen aus Harvard nennen) darstellt, besagt: Wir sind nicht alle gleich, aber jeder hat seine Chance. Dieser „Gesellschaftsvertrag“ allerdings wurde nur von den Monopolkapitalisten unterschrieben, die Unterschrift der amerikanischen Arbeiterklasse fehlt.

Vielfältig sind die Gründe für die relative Schwäche der amerikanischen Arbeiterbewegung. Fast ein Jahrhundert lang bestand sie zu einem Drittel aus Einwanderern der ersten Generation, die sehr viele Unterschiede hatten. Vor allem in den

1932, als sich der „american way of life“ erstmals als Sackgasse erwies.

Von 60 Millionen Werktätigen waren damals 18 Millionen ohne Arbeit, 10 Millionen arbeiteten kurz. Es gab, entsprechend der Ideologie, jeder müsse seine Chance selbst suchen, weder Arbeitslosen- noch Krankenversicherung, das Elend regierte. Die American Federation of Labour, der Gewerkschaftsbund, hatte 1932 gerade 3,1 Millionen Mitglieder und war, dies war seine Hauptschwäche, nach Berufsverbänden organisiert, und nicht in Industriegewerkschaften. Gerade den großen Monopolen aber, den Trusts, alle jenen wirtschaftlichen Organisationen, die der Kapitalismus gerade in Amerika so stark hervorgebracht hatte, konnten diese Berufsgewerkschaften keinen wirklichen Widerstand leisten. Das Konzept der Berufs- und Betriebsgewerkschaften, das die AFL-Führung um Samuel Gompers vertrat, war zu Beginn des Jahrhunderts von Mackenzie King, dem Unternehmensberater der Rockefeller entwickelt worden und gerade in der Grundstoffindustrie besonders verbreitet. Unterstützt worden war es von jeher von der — in einigen Staaten sehr einflussreichen — baptistischen Kirche, deren Ehrenpräsidium John D. Rockefeller angehörte.

Gegen dieses Gompersche Konzept entwickelte sich im Verlaufe der großen Krise eine starke gewerkschaftliche Opposition, die dazu führte, daß im November 1935 acht Gewerkschaften der AFL den Congress for Industrial Organization (CIO) schufen, der rund eine Million Mitglieder umfaßte und sich als Teil der AFL verstand. Die CIO kämpfte um die Bildung von Industriegewerkschaften, für die Einführung von Arbeitslosenversicherung (die der AFL noch 1929 abgelehnt hatte) und erweiterte Tarifrrechte.

In jenen Jahren der Präsidentschaft von Franklin D. Roosevelt, der mit seinem „New Deal“ (von den Wirtschaftstheorien John Keynes' inspiriert) den größten Wahlsieg der USA-Geschichte errang, wurden eine Reihe von Zugeständnissen an die kämpfenden Arbeiter gemacht. Die Bewegung, die Roosevelt zum Sieg getragen hatte, war eine ausgesprochen und bewußt antimonopolistische Bewegung gewesen, die jetzt Forderungen erfüllt sehen wollte. So wurden in wenigen Jahren 13 grundlegende Gesetze zur Wirtschaftspolitik verabschiedet. Vor allem zwei waren wichtige Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung. Die Bildung des „Ausschusses für freie Berufsausübung“, der gegen die Diskriminierung der Neger gerichtet war und einige Erfolge erreichte, und der Wagner-Act. Das vom Senator Wagner, vom Gewerkschaftsflügel der Demokratischen Partei, eingebrachte „Gesetz über die industrielle Wiedergesundung des Landes“ verbot die Behinderung der Bildung von Gewerkschaften und sicherte das Recht auf kollektive Verträge.

Das Jahr 1936 war auf dieser Grundlage das streikreichste der US-Geschichte bis dahin. Vor allem die Aktionen der CIO-Gewerkschaften führten in diesem und den folgenden Jahren zu einem Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung, dem sich die Monopole nach Kräften widersetzen.

Noch im Jahre 1936 wurden 14 000 Arbeiter wegen Streikbeteiligung ins Gefängnis geworfen, 42 wurden ermordet.

Im November 1936 wurden die inzwischen auf 1,5 Millionen Mitglieder angewachsenen CIO-Gewerkschaften aus der AFL ausgeschlossen. Ebenfalls 1936 organisierten die faschistischen Terrortruppen des Ku Klux Klan und der John Birch Society, zusammen mit dem America-Fist-Committee (das von der Chicagogruppe und den Morgans finanziert wurde und auf Neutralität gegen die faschistischen Achsenmächte stellte) eine Kampagne gegen die Organisation von Negern



Massendemonstration der Arbeitslosen in New York, 1930. Der Kampf der Werktätigen führte zu den Zugeständnissen von Roosevelts „New Deal“.

in der Gewerkschaft. Die Mitgliedschaft von Negern wurde von der CIO befürwortet, von der AFL aber, besonders vom Eisenbahnverband, abgelehnt.

Aber alles dies konnte die erstarkende Arbeiterbewegung nicht bremsen. Auch innerhalb der AFL verstärkte sich der Einfluß jener Kräfte, die wirklich eine Besserung der Lage erzielen wollten, und im Jahre 1940 hatten die beiden großen Gewerkschaftsverbände bereits 11 Millionen Mitglieder.

Die im Jahre 1919 illegal gegründete Kommunistische Partei der USA wuchs bis 1940 auf rund 110 000 Mitglieder an und hatte in großen Massenorganisationen führende Positionen inne. Vor allem innerhalb der CIO gab es Tausende kommunistischer Funktionäre. Die KPUSA war die einzige Organisation, die einen überdurchschnittlichen Negeranteil unter ihren Funktionären hatte, runde 16 Prozent. Sie verfügte über großen Einfluß im National Negro Congress, mit 3,3 Millionen Mitgliedern damals stärkste Organisation der Neger und in der American Youth League, dem Zusammenschluß von 5,5 Millionen Jugendlichen aus demokratischen und fortschrittlichen Organisationen, in dessen Führung auch die Young Communist League vertreten war.

Die große Niederlage der amerikanischen Arbeiterbewegung kam zu Ende des Krieges. In der KPUSA richtete Earl Browder mit seiner Friedenserklärung an die Wall Street riesigen Schaden an, zog über tausend Gewerkschaftsfunktionäre aus der Partei, während die CIO-Führung vor allem durch die katholische Kirche und die Demokratische Partei korrumpiert wurde.

In den Jahren des kalten Krieges machten die Monopole allem, was am New Deal fortschrittlich gewesen war, den Prozeß. Ruhe an der Heimatfront war ihre Hauptdevise.

Das berühmte Taft-Hartley-Gesetz hob die Gewerkschaftsrechte, die durch den Wagner-Act zugestanden worden waren, wieder auf. Jetzt war das Gewerkschaftsverbot in den Betrieben durch eine Reihe von Vorschriften wieder

möglich, mußte vor Streiks eine 60tägige Friedenspflicht eingehalten werden, wurden gerichtliche Verfügungen bei Streiks wieder zugelassen, wurden Sympathieaktionen unter Geldstrafe gestellt, mußte jeder Gewerkschaftsfunktionär unterschreiben, daß er kein Kommunist sei. Das FBI verhaftete und registrierte bis 1951 mehr als 6 Millionen US-Bürger wegen politischer Vergehen, im Senat wurde ein Gesetz vorgelegt, nach dem jedes Mitglied der KPUSA sich als „Vertreter



Massendemonstration der Arbeitslosen in New York, 1930. Der Kampf der Werktätigen führte zu den Zugeständnissen von Roosevelts „New Deal“.

einer ausländischen Macht“ erklären sollte — es scheiterte nur knapp.

Im Jahre 1955 wurden dann die Gewerkschaften AFL und CIO wiedervereint. Unter Führung des Gompers-Schülers George Meany waren nun 16 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, davon 1 Million Neger, in einer nationalistischen, reaktionären Gewerkschaft zusammengeschlossen, die bereits zu dieser Zeit Streikverzichtsabkommen für 5,3 Millionen Arbeiter geschlossen hatte. Ungefähr 2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder blieben außerhalb der AFL/CIO: vor allem die United Miners und die United Textile Workers.

Der Katzenjammer

Heute, da die Inflation immer schneller voranschreitet, da bereits 11 Prozent der USA-Bevölkerung offiziell als arm gelten (25 Millionen Menschen leben unter dem Einkommensminimum), die Arbeitslosigkeit auf 10 Millionen zugeht, die Automobil- und Stahlindustrie nach Einfuhrbeschränkungen rufen, die Profite der Chemie Giganten zurückgehen, heute stürzen die Denkmäler.

Staatliche Wirtschaftspolitik à la Keynes? Wird vergessen. Jetzt wird einem Milton Friedman, der 150 Jahre alte Wirtschaftstheorien ausgräbt, der Nobelpreis zugeschanzt. Einfuhrzölle verlangen vor allem die Du Ponts und Morgans für ihre Auto-, Stahl- und Chemiegesellschaften.

Die Aufrechterhaltung des Handels fordern vor allem die Chicagoleute, die — unter anderem — ihren Weizen gerne in die UdSSR verkaufen wollen und über weitaus weniger multinationale Gesellschaften verfügen als die Wall-Street-Gruppen.

Die Rückgewinnung des iranischen Öls, die Beherrschung des Golfs, das ist natürlich vor allem das Ziel der Rockefeller und Mellons mit ihren Ölgiganten.

Die „Befriedung“ ihres lateinamerikanischen Hinterhofs ist dagegen das gemeinsame Ziel aller Finanzmagnaten.

Gemeinsam ist ihnen auch die Forderung nach Opfern der Arbeiter. Und das, obwohl seit 1972, vor allem seit der zweitgrößten Wirtschaftskrise der US-Geschichte 1974/75, die Arbeiterlöhne real gesunken sind.

In dieser Situation war 1979 mit fast 6 000 Streiks das streikreichste Jahr seit 1947. Die AFL/CIO hatte 1978 20,7 Millionen Mitglieder, einen Organisationsgrad von 20 Prozent, in der Industrie 24 Prozent. Aber die zahlreichen harten Kämpfe der letzten Zeit haben in einer Reihe von Gewerkschaftswahlen zum Sieg neuer, kämpferischer Kräfte geführt — die Gewerkschaftsführung selbst spricht von über 100 eigenen Wahlniederlagen.

Die vor zwei Jahren wieder gegründete KPUSA/ML kämpft in dieser Situation mit aller Kraft dafür, über die Gewerkschaftliche Kampfliga (TUAL) den Weg zu einer kämpferischen Einheitsgewerkschaft zu beschreiten und den gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu erhöhen, der vor allem in den Südstaaten (North Carolina zum Beispiel 7 Prozent) sehr niedrig ist.

Negerorganisationen wie die Urban League stellen heute fest, daß es vier von fünf Negern heute schlechter geht als vor zwanzig Jahren, sie und andere Minderheiten verstärken ihren Kampf gegen den Rassismus und den wiederbelebten Ku Klux Klan.

Von dem 162-Milliarden-Dollar-Miliäretat Jimmy Carters profitieren vor allem die Wall-Street-Gruppen, die die größten Rüstungskonzerne der Luftfahrt, Elektronik und des Fahrzeugbaus beherrschen und die 2 500 US-Militärstützpunkte in fast 100 Ländern der Welt ausrüsten, woran auch die anderen Gruppen beteiligt sind. Von der Kürzung der Sozialausgaben profitieren neben Wall Street auch die Chicago- und die Los Angeles-Gruppe, die für die Städte von 13 Bundesstaaten die Kredite für Schulen und Feuerwehr, Sozialheime und Kommunikationsnetze geben. Der bekanntgewordene Streik der Chicagoer Lehrer und Feuerwehrleute, die ihre Löhne nicht ausbezahlt bekamen, beruht auf einer Kreditverweigerung der Continental Illinois Bank der Chicago-Gruppe an die Stadt Chicago, mit der höhere Zinsen erzielt werden sollen.

Die Finanzmagnaten, die mit der zunehmenden Produktionsverlagerung ins Ausland für eine negative Handelsbilanz gesorgt haben und damit die Inflation antreiben, die die Zinsen immer höher treiben und damit die Inflation verstärken, sie sind nicht nur die Chefdenker, sondern auch die einzigen Gewinner bei Carters Haushaltsänderungen. Die Arbeiter sollen es bezahlen. 463 Millionen Dollar Lohnverzicht verlangte die Regierung von den Chrysler-Arbeitern.

Aber die Werktätigen wehren sich. Heute werden selbst Rockefellers Ölbetriebe bestreikt, werden über 2 000 neue Tarifverträge verlangt, wächst die Zahl der Streiks und der politischen Demonstrationen.

Der Katzenjammer hat die Dollarkönige gepackt, sie haben Angst, haben drei neue Polizeigesetze verabschiedet lassen. Er hat auch die Revisionisten der entarteten KPUSA gepackt, die auf 5 000 Mitglieder abgesunken sind.

Es ist die große Aufgabe der KPUSA/ML, in dieser Situation den anwachsenden Widerstand zu organisieren, um den Kriegstreibern der Wall Street in den Arm zu fallen.



Dollar-Imperialismus

pont Chemical) beuten Hunderttausende von Arbeitern aller Länder aus.

Bereits im Jahre 1966 betrugen Patentgebühren und Managementgebühren mehr als 34 Prozent der in die USA transferierten Profite aus aller Welt.

Diese Form der Profite wird vor allem bei scheinbar nationalisierten oder teilweise verstaatlichten Firmen angewandt, wie es die Exxon beispielsweise in Venezuela und Saudi-Arabien tut, und so wird am gezahlten OPEC-Preis nochmals mitverdient.

Die starke Position der USA-Imperialisten läßt sich heute an folgenden Tatsachen darstellen: US-Monopole kontrollieren 61 Prozent der westlichen Aluminiumerzeugung, mehr als 70 Prozent des Flugzeugmarkts. Die US-Banken kontrollieren 35 Prozent des Eurodollarmarkts, rund 80 Milliarden Mark.

In den letzten zehn Jahren

Südstaaten wirkte die Rassenhetze als spalterisches Element. Der Traum von der eigenen Farm hatte vor 40, 50 Jahren noch eine gewisse Grundlage, als es noch eine Reihe von sehr unterentwickelten Bundesstaaten gab. Die riesigen Profite aus den Kolonien erlaubten es den Wall-Street-Magnaten, eine recht breite Schicht von erheblich bessergestellten (weißen) Arbeitern in ihren größten Betrieben heranzuziehen, die sich mit „the company“ verbunden fühlten.

Trotz verschiedener großer Kämpfe schon im letzten Jahrhundert, trotz der Blutbäder, die Rockefeller und Morgan im Anfang des Jahrhunderts unter streikenden Arbeitern anrichteten, war die US-Gewerkschaftsbewegung recht schwach entwickelt.

Der erste große Aufbruch in der amerikanischen Arbeiterbewegung kam in den Jahren der großen Krise von 1929 bis



Vor ihrer Entsendung in den Indischen Ozean haben diese US-Marineinfanteristen Angriffsübungen auf dem US-Stützpunkt Subic Bay (Philippinen) absolviert.

Carter verschärft Kriegskurs gegen den Iran:

„Es bleiben nur noch militärische Mittel“

Der kriegsmäßige Aufmarsch der amerikanischen Supermacht gegen den Iran wird immer bedrohlicher. Am Wochenende verhängte Carter eine Reihe neuer Zwangsmaßnahmen und entsandte einen weiteren Flottenverband in die iranischen Gewässer. Gleichzeitig drohte er — massiv wie nie zuvor — mit einer militärischen Aggression.

Seitdem Washington am Ostermontag die diplomatischen Beziehungen zum Iran abgebrochen hat, wurde der gefährliche Kriegskurs von Tag zu Tag verschärft. Einher mit immer neuen Drohungen gegen den Iran gingen Versuche, die amerikanischen „Verbündeten“ unter Druck zu setzen und sie zu einer Beteiligung am Aufmarsch gegen den Iran zu zwingen.

Außenminister Vance bat die Botschafter von über 20 westlichen Staaten zu sich und eröffnete ihnen unverblümt: „Alles andere als eine Unterstützung der US-Maßnahmen wäre Verrat an den Geiseln und Legalisierung des Terrorismus.“ Und sein Chef, Carter, erklärte wenig später: „Das amerikanische Volk hat seine Opferbereitschaft bewiesen; aber es ist von entscheidender Bedeutung, daß auch unsere Verbündeten Opfer bringen.“ Um diese Forderungen zu unterstreichen, ließ sich Carter letzte Woche vier europäische Hofberichterstaten kommen, gab ihnen ein langes Interview, das dann überall in der EG ausgestrahlt wurde — ein in der Geschichte des Fernsehens wohl einmaliges Unternehmen. Und so konnten denn zig Millionen Europäer unmittelbar die Forderung des amerikanischen Präsidenten vernehmen: „Wir brauchen volle, aggressive Unterstützung.“

Das sind die Töne einer imperialistischen Supermacht. Carter will den Iran abschnüren und in die Knie zwingen. Er hat seine Kriegsmaschine in Bereitschaft gebracht, droht offen mit ihrem Einsatz. Aber zuvor müssen noch die „Verbündeten“ ausgerichtet und auf Kurs gebracht werden. Es soll keine Lücke in der westlichen Front geben, wenn die amerikanischen Monopole ihren Krieg um das Öl führen, wenn sie daran gehen, ein tapferes Volk auszuhungern und niederzuwalzen, das sich ihrer Herrschaft nicht unterwerfen will. Es liegt auf der Hand, daß in dieser Situation jedes Zugeständnis seitens der westlichen „Verbündeten“ an Carter eine direkte Unterstützung des aggressiven Kurses der amerikanischen Supermacht ist, daß jedes

Zugeständnis die Kriegsgefahr im Persischen Golf weiter anheizt. Und dennoch haben sich die westlichen „Verbündeten“ — allen voran die Bundesregierung mit der Losung „Carter befiehlt, wir folgen“ — unter dem blutigen Kriegsbanner der amerikanischen Supermacht zusammengeworfen (siehe auch Artikel auf Seite 2).

Diese Unterstützung im westlichen Lager hat es Carter möglich gemacht, am Wochenende neue Zwangsmaßnahmen gegen den Iran zu verhängen — unmittelbare Vorstufe zu militärischen Aktionen. Dabei handelt es sich im einzelnen um

- das Verbot sämtlicher finanzieller Überweisungen in den Iran;
- das Verbot aller Einfuhren aus dem Iran. (Exporte in den Iran sind mit der Ausnahme von Lebensmitteln und Medikamenten schon seit dem 7. April verboten. Carter hat jetzt auch das Verbot von Lebensmittel- und Medizinexporten ins Spiel gebracht — in einem Land, das mehr als drei Viertel seiner Lebensmittel einführen muß, bedeutet das eine eiskalt einkalkulierte Hungerkatastrophe.)
- Mit Ausnahme von Journalisten darf niemand mehr ohne Sondergenehmigung des Außenministeriums in den Iran reisen.
- Die von der iranischen Regierung in den USA gekauften und bereits bezahlten Rüstungsgüter werden beschlagnahmt und an die amerikanischen Streitkräfte gegeben.
- Der Kongreß wird ersucht, die in den USA beschlagnahmten iranischen Regierungsgüter freizugeben. Dabei handelt es sich um Guthaben in der gewaltigen Höhe von 8 Milliarden Mark. Dieses vom iranischen Volk erarbeitete Vermögen will Carter rauben und den amerikanischen Monopolen schenken — als Ausgleich für verlorengegangene Profite im Irangeschäft.

Der amerikanische Präsident hat nicht nur zu erkennen gegeben, daß er damit rechnet, daß seine westlichen Vasallen sich diesen brutalen Zwangsmaßnahmen anschließen. Er hat darüber hinaus dem irani-

schen Volk und der iranischen Regierung auch ein erpresserisches Ultimatum gestellt: Sollten sie nicht bis Mitte Mai vor der amerikanischen Supermacht in die Knie gehen, „so kann ich keinen anderen nächsten Schritt sehen als eine militärische Aktion.“ Es ist inzwischen längst bekannt, worauf sich das Pentagon vorbereitet: auf die Verminung der iranischen Häfen und eine Seeblockade vor der iranischen Küste. Und der nächste Schritt wäre dann die Bombardierung der Ölfelder und der Einmarsch amerikanischer Truppen...

So treibt Carter die Welt immer mehr in den Krieg. Heute schreibt selbst die bürgerliche Presse, daß es jetzt nicht mehr um das Leben der Gefangenen in der Teheraner Botschaft, sondern um etwas geht, was sie die „Ehre Amerikas“ nennt. Es ist dies die gleiche „Ehre“, die amerikanische Truppen mordend und sengend in Vietnam einfallen ließ, in deren Namen Salvador Allende ermordet und das Blutregime des General Pinochet errichtet wurde. Aber was ist das für eine „Ehre“? Es ist nichts anderes als das nackte Profit- und Herrschaftsinteresse des amerikanischen Monopolkapitals.

Aus seinem Würgegriff hat sich das iranische Volk befreit, als es das vom CIA an die Macht gebrachte Regime des Schahs stürzte. Und das haben ihm die Rockefeller und Co. nie verziehen. Nein, ihnen geht es wirklich nicht um die Gefangenen in der Botschaft. Wäre das der Fall, so könnten sie ja die gerechten Forderungen des iranischen Volkes erfüllen (siehe auch Artikel auf dieser Seite). Was sie wollen, ist, den Iran wieder unter ihre Gewalt bringen. Und dafür kalkulieren sie auch einen Weltkrieg ein.

Angeichts der von Carter vorangetriebenen Zuspitzung der Irankrise muß der Kampf gegen die Kriegstreiber weiter verstärkt werden.

Stoppt Carters Kriegsmaschine!

Keine westdeutsche Beteiligung an der US-Aggression!

Solidarität mit dem iranischen Volk!

Stellungnahme des iranischen Geschäftsträgers in Bonn

„Wir sind seit 27 Jahren der amerikanischen Aggression ausgesetzt“

Die amerikanische Mobilmachung gegen den Iran ist begleitet von einer wüsten Hetze in den reaktionären Medien. Der RM hat sich stets bemüht, dieser Hetze entgegenzuarbeiten und die Wahrheit über die Iran-Krise verbreitet. Im folgenden dokumentieren wir eine Stellungnahme des iranischen Geschäftsträgers in Bonn, Mehdi Navab, über die Beziehungen des amerikanischen Imperialismus zum Iran.

Ich glaube, wir sollten das Festhalten der Amerikaner in der damaligen US-Botschaft als Folge, als Wirkung betrachten und die langjährigen Ursachen auch mitberücksichtigen, die diese Festnahme durch die Studenten veranlaßt hat. Die Iraner konnten niemals vergessen, daß die Amerikaner — und wenn ich von Amerikanern spreche, meine ich die US-Regierung und nicht das amerikanische Volk — 1953 den vom Volk demokratisch gewählten Ministerpräsidenten Mossadegh gestürzt haben: und zwar mit einem von der CIA inszenierten Putsch, und dem iranischen Volk in der Folge ein Folterregime aufgezungen wurde. Später hat die CIA im Iran den SAVAK errichtet, um jede gegen die amerikanischen Interessen gerichtete politische Aktivität zu verfolgen — mit Folter und Mord.

In den letzten 27 Jahren war die iranische Bevölkerung also einem ständigen Angriff der amerikanischen Aggressionsmacht ausgesetzt, d.h. die US-Regierung hat bereits 1953 dem iranischen Volk den Krieg erklärt. Die Folge davon sind mindestens 65 000 Tote, die bei verschiedenen Demonstrationen erschossen worden sind oder nach Folterungen starben. Die Folge sind auch Hunderttausende Menschen, die einen Fuß, eine Hand, ein Bein oder einen anderen Körperteil nach den Folterungen oder Überfällen auf offener Straße verloren haben. Es gibt keine Familie im Iran, die von dem, was die Washingtoner Regierung dem iranischen Volk angetan hat, nicht betroffen wäre.

Die Revolution führte zum Sturz des Schah-Regimes, und die Iraner hofften, daß die Amerikaner die iranische Souveränität akzeptieren und keine Verschwörung gegen die iranische Revolution unternehmen würden.

Durch die Einreisegenehmi-

gung der USA für den Schah wurde jedoch offenbar, daß Washington — so wie 1953 — eine neue Verschwörung durchführen will. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, daß entsprechende Vorbereitungen in der amerikanischen Botschaft in Teheran getroffen werden, um die iranische Revolution zum Scheitern zu bringen. Eine studentische Gruppe hat darauf mit der Besetzung der Botschaft reagiert und gefordert, daß der Schah ausgeliefert und keine Verschwörung gegen die iranische Revolution unternommen werde. Bei einem entsprechenden Verhalten, so wurde den USA mitgeteilt, würden die festgehaltenen Amerikaner freigelassen. Die Tatsache, daß die USA diesen Forderungen nicht entsprochen haben, ist für die Iraner das Eingeständnis, daß Washington seine Verschwörung fortsetzen will.

Für die iranische Bevölkerung ist der Schah ein Massenmörder, ein Verbrecher im schlimmsten Sinne: Man findet überhaupt keine logische Begründung dafür, weshalb die USA den Schah nicht ausgeliefert haben. Man findet auch keine logische Antwort dafür, daß diese berechnete Forderung international nicht unterstützt wird.

Als Herr Bani Sadr amtierender Außenminister war, wurde vorgeschlagen, eine Internationale Kommission zu bilden, um die Verbrechen des Schah-Regimes zu untersuchen. Die amerikanische Regierung sollte sodann die Ergebnisse akzeptieren. Diese Forderung wurde am 11. November gestellt, doch sie wurde weder von den Amerikanern angenommen, noch wurde sie von den europäischen Verbündeten der USA unterstützt. D.h. wäre diesen Forderungen entsprochen worden, so wären die festgehaltenen Amerikaner schon

längst wieder auf freiem Fuß. Die Tatsache der amerikanischen Verweigerung auf die iranischen Forderungen ist ein weiterer Beweis dafür, daß sie ihre Untaten nicht zugeben wollen.

Später, als Herr Bani Sadr sagte, daß die festgehaltenen Amerikaner unter der Obhut des Revolutionsrates genommen werden können, wenn bis zur Entscheidung des iranischen Parlamentes die Amerikaner öffentlich versichern, keine Verschwörung und Propaganda anzuzetteln, erfolgte in Washington abermals keine positive Reaktion. Das ist wiederum ein Indiz dafür, daß die USA eine Verschwörung gegen die iranische Revolution unternehmen wollen. Hätten die USA diese Absicht nicht, wäre es doch ein Leichtes, ein Kommuniqué herauszugeben, daß sie die vom Iran vorgeschlagene Vorgehensweise akzeptieren und auf Verschwörung und Propaganda gegen uns verzichten.

Jetzt hat die amerikanische Regierung die Beziehungen abgebrochen und Wirtschaftsanktionen verhängt. Das iranische Volk freut sich über diese Verhaltensweise, weil dadurch das wahre Gesicht der amerikanischen Aggressionsmacht enthüllt wurde. Es wurde für jedermann erkennbar, daß sich die USA nicht mit der iranischen Revolution abfinden wollen, sondern nach Wegen suchen, wie sie die Ausplünderung des Landes fortsetzen können. Dies bedeutet, daß sie den Iran immer noch als Satelliten betrachten wollen und hoffen, die iranische Bevölkerung damit in die Knie zwingen zu können. Nicht einkalkuliert hat man in Washington freilich, daß der Abbruch der Beziehungen als ein revolutionärer Schritt gefeiert werden würde. (Nach: „Die Neue“, 16.4.80)



Massendemonstrationen vor der besetzten US-Botschaft in Teheran.



ZIMBABWE UNABHÄNGIG! In der letzten Woche, am 17. April, wurde die frühere britische Kolonie Zimbabwe offiziell unabhängig. Ein jahrzehntelanger Kampf des Volkes, organisiert von Robert Mugabes ZANU, gegen die weißen Rassisten und die britischen Kolonialisten wurde damit siegreich beendet. Es wird nun die Aufgabe Zimbabwes sein, dafür zu sorgen, daß die so hart erkämpfte Unabhängigkeit nicht durch die neokolonialistischen Fallen wieder verloren geht, daß stattdessen der Weg des sozialen Fortschritts eingeschlagen wird im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

PLO-Vertreter in Bonn

BONN/WASHINGTON. — Während in Washington Sadat und Begin aufeinanderfolgend zum Rapport bei Jimmy Carter angetreten sind, lösten in Bonn die Gespräche des PLO-Vertreters Khaled al Hassan mit fünf Bundestagsabgeordneten große Aufregung aus.

Fünf Abgeordnete aus allen drei Bundestagsparteien trafen in Bonn mit dem PLO-Vertreter Hassan zusammen: die SPD-Abgeordneten Lenelotte von Bothmer und Wolfgang Roth, die FDP-Abgeordneten Jürgen Möllemann und Manfred Vohrer sowie der CSU-Abgeordnete Hans Graf Huyn. Vor allem innerhalb der SPD gab es große Debatten. Man dürfe Israel gegenüber keinen Zweifel an Bonns Haltung aufkommen lassen, so der Tenor der Äußerungen, die von Herbert Wehner persönlich dirigiert wurden.

Alle Bonner Sprecher, besonders aber die der SPD, betonten vor allem, daß es ihr Hauptanliegen sei, das „Lebensrecht“ Israels zu schützen. Dazu wurden eigens gefälschte Pressemeldungen über eine Äußerung Yassir Arafats, die PLO wolle Israel total vernichten, hervorgezaubert.

In einer Reihe mit dieser offensichtlich ganz besonderen Sorge der SPD um Israel steht auch die Äußerung des Mitglieds des DGB-Bundesvorstands, Schmidt, der betont hatte, die PLO könne für die Bundesrepublik kein Gesprächspartner sein.

Es ist offensichtlich, daß die Regierung und die Regierungspartei mit aller Kraft alles verhindern wollen, was danach aussehen könnte, als würde sich auch in der Bundesrepublik eine veränderte Haltung zum Nahostproblem, zur Frage des Lebensrechts der Palästinenser abzeichnen.

Um die in der Palästinenserfrage stets ganz besonders reaktionäre Haltung der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer Parteien zu vertuschen, wird stets eine völlige Verdrehung der Tatsachen vorgenommen. Demagogisch wird die von Tel Aviv geschaffene Propagandalösung des sogenannten „Lebensrechts für Israel“ aufgegriffen, um von der Tatsache abzulenken, daß es in Wirklichkeit um das Lebensrecht der Palästinenser geht, um das Lebensrecht der Araber.

Während so die Bonner Politiker dieses Lebensrecht für Israel proklamieren, wird zur selben Zeit, ja sogar zur selben Stunde bekannt, daß die zionistische israelische Armee ihren Terror im besetzten Westjordanland verstärkt. Nicht nur, daß die Gefängnisse, in denen

gefoltert wird, überfüllt sind, jetzt wird auch dazu übergegangen, das Land der arabischen Bauern zu vergiften. Die Tel Aviver Regierung mußte zugeben, daß die Armee arabische Felder im Westjordanland mit Gift besprüht, um sie unfruchtbar zu machen, die Bauern so zu vertreiben und weiteres Land für die rassistischen Siedlungsprojekte der israelischen Regierung zu erlangen.

Dasselbe Ziel verfolgt auch Begin bei seinem Besuch in Washington. Obwohl es aussieht, als wäre es ein Streit um des Kaisers Bart, wo die Verhandlungen zwischen Israel, Ägypten und den USA stattfinden — ob in Washington, wie Carter und Sadat wollen, oder wechselweise in Israel und Ägypten, wie Begin es will —, steckt dahinter etwas anderes.

Mit seinem Vorschlag, die Verhandlungen in Washington durchzuführen will Jimmy Carter, wie beim Camp-David-Abkommen von 1978, nicht nur die Gesamtregie, sondern auch die Detailsteuerung übernehmen.

Die israelischen Zionisten dagegen sind nicht damit einverstanden, daß die USA Ägypten als fast gleichwertigen Partner anerkennen, weil sie fürchten, zu viele Zugeständnisse machen zu müssen, die sie Ägypten allein gegenüber nicht machen werden.

Ihre extreme Haltung, ihr Ziel des „Erez Israel“, dem großisraelischen Herrschaftstraum, widerspricht in dieser Radikalität dem gegenwärtigen Plan der USA-Imperialisten, über Ägypten und Saudi-Arabien sowie die Golfstaaten wieder tiefer in das arabische Lager einzudringen.

So kommt es, daß selbst in den USA, ohne deren gigantischer Finanz- und Militärhilfe, ohne deren technologischer Hilfestellung Israel seine aggressive Politik nicht fortsetzen könnte. Stimmen der Kritik laut werden. Nur in Bonn hält man Israel die Stange, andere westliche Staaten sind — in unterschiedlichem Grade — schon längst von der Position der vorbehaltlosen Unterstützung abgerückt.

Die ganzen Reaktionen und Manöver im Verlauf dieser beiden Besuche in Bonn und Washington zeigen aber auch, daß diese Position immer

schwerer zu halten ist, daß der Druck auf die israelische Regierung zunimmt, ihre aggressive Politik aufzugeben. Ohne Zweifel ein Ergebnis des Kampfes der Palästinenser um ihr Lebensrecht, aber auch des wachsenden inneren Widerstands gegen das bankrotte militaristische Regime der Begin-Leute.

Wenn in Bonn heute gesagt wird, daß es keine Überlegungen gäbe, die PLO als Vertreterorganisation der Palästinenser zu betrachten und mit ihr gleichberechtigt zu verhandeln, so muß die demokratische Öffentlichkeit gerade dies fordern: die Anerkennung der PLO als Vertreterin der legitimen Rechte der Palästinenser durch Bonn!

Der Kampf gegen Thatchers Sparpläne geht weiter

Streik bei British Leyland

LONDON. — Mehr als 20 000 Arbeiter der British Leylandwerke befinden sich seit letzter Woche im Streik. Der Streik begann aufgrund des Lohnangebots der staatlichen Konzernmanager in Höhe von 5 bis 10 Prozent. Denn bei der gegenwärtigen britischen Teuerungsrate bedeutet so eine „Lohnerhöhung“ in Wirklichkeit eine Lohnsenkung von rund 10 Prozent!

Zum Streik aufgerufen hat die „Transport and General Workers Union“, der über die Hälfte der rund 86 000 Leyland Arbeiter angehören. Noch in der letzten Woche stimmte die Konzernleitung Verhandlungen mit den elf Gewerkschaften, in denen die Belegschaft organisiert ist, zu.

British Leyland (BL) ist wie der Stahlkonzern BSC staatlich geführt. Gerade in diesen staatlichen Betrieben liegt der Schwerpunkt des wirtschaftlichen Sparprogramms der Thatcher-Regierung. Sowohl in der Automobil- als auch in der Stahlindustrie sind die Hauptpunkte des Programms: Massenentlassungen durchzuführen und statt Lohnerhöhungen sogenannte Produktivitätszulagen auszubezahlen. Auf diesem Weg waren bei BL im letzten Herbst bereits zwei Schritte getan worden. Es wurden sowohl Entlassungen verkündet als auch ein Lohnstopp verhängt. Jetzt, von dem Beispiel der Stahlarbeiter angefeuert, ließen sich die Automobilarbeiter den neuen, dritten Angriff auf ihren Lebensstandard nicht gefallen und verlangten von den Gewerkschaftsfunktionären die Organisation des Streiks.

Mit ihren Maßnahmen in der staatlichen Industrie will die Regierung natürlich den Angriffen der Kapitalisten der Privatindustrie den Weg bahnen. Die Behauptung, die stets in der britischen, wie auch in der westdeutschen Presse zu lesen ist, die Ursache für die wirtschaftlichen Schwierigkei-

ten Britanniens lägen in der mangelnden Produktivität der britischen Arbeiterklasse, ist eine der unverschämtesten Lügen der bürgerlichen Propaganda.

Denn einerseits ist es eine Tatsache, daß die Produktivität der britischen Industrie ständig zugenommen hat — auf Kosten der Arbeiterklasse, die unter der wachsenden Arbeitslosigkeit zu leiden hat. Andererseits ist es ebenfalls eine Tatsache, daß es die britischen Kapitalisten sind, die im EG-Vergleich den höchsten Prozentsatz an Investitionen im Ausland tätigen.

Mit den alten Produktionsanlagen soll also die Arbeit immer mehr gesteigert werden — das heißt nichts anderes, als daß die Arbeiter die Rechnung zweimal bezahlen sollen: Mehr Lohn gibt es nur für mehr Produktion, also mehr Arbeit. Das kann niemand eine Lohnerhöhung nennen, wenn er kein von den Kapitalisten bezahlter Propagandist ist. Und sie sollen auch noch durch die Inflation, die den Spekulanten Riesengewinne bringt, auf Lohn verzichten.

Von dieser Situation ausgehend ist eine Ausweitung des Streiks auf alle BL-Werke zu erwarten, und das wäre auch der Weg, die Thatcher-Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Ein starker Streik der Automobilarbeiter so kurz nach dem Stahlarbeiterstreik aber wäre auch ein wichtiger Schritt bei der Mobilisierung der vorhandenen Kampfbereitschaft aller Arbeiter gegen die Regierung Thatcher.

Genosse Enver Hoxha empfing die Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands / ML

Der erste Sekretär des Zentralkomitees der PAA, Enver Hoxha, empfing heute im Sitz des Zentralkomitees der Partei den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands/ML, Ernst Aust, und das Mitglied des Politbüros dieser Partei, Horst-Dieter Koch, und führte mit ihnen Gespräche.

Während der Begegnung wurden Meinungen über Probleme der internationalen Lage, der marxistisch-leninistischen kommunistischen Bewegung und der Festigung ihrer Einheit im Kampf gegen den Imperialismus, den Sozialimperialismus und den modernen Revisionismus aller Schattierungen, sowie über weitere Fragen von für beide Parteien gemeinsamem Interesse ausgetauscht. Die Gespräche fanden in sehr warmherzigem und kameradschaftlichem Geist statt und waren von vollständiger Einheit der Ansichten in den diskutierten Fragen gekennzeichnet.

Bei dem Treffen waren zugegen das Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der PAA, Ramiz Alia, das Mitglied des Zentralkomitees der PAA, Foto Cami, und der Leiter der Auslandsabteilung des Zentralkomitees der PAA, Piro Biti.

Während ihres Aufenthaltes in Albanien besuchten die Genossen Ernst Aust und Horst-Dieter Koch die Bezirke Vloja, Lushnja und Elbasan, wo sie mit führenden Genossen der Parteikomitees zusammentrafen und mit einer großen Zahl Kommunisten und Kader Gespräche führten. Der Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands/ML wurde überall ein warmherziger und freundlicher Empfang zuteil.



Meldungen

Griechenland: 250 000 Bauarbeiter im Streik

ATHEN. — Abermals in den Streik getreten sind rund 250 000 griechische Bauarbeiter, die im Kampf für eine Reihe sehr wichtiger Forderungen stehen.

Nachdem sie aufgrund von Zusagen und Versprechungen ihren ersten Streik beendet hatten, haben sie jetzt, als Taten ausblieben, erneut die Arbeit niedergelegt. Ihre Forderungen sind vor allem: eine Regelung der Winterhilfe und staatliche Arbeitsbeschaffung im Bausektor.

UdSSR: Lob für brasilianische Generäle

MOSKAU. — Die „Prawda“ veröffentlichte in der letzten Woche auf der Titelseite einen großen Artikel über die Kontakte UdSSR — Brasilien.

Anlaß dieser ausführlichen Würdigung war ein Besuch einer sowjetischen Kaderdelegation unter Leitung des Politbürokanalisten Schewardnadse in Brasilien.

Dabei habe sich deutlich gezeigt, so die „Prawda“, welche großen Möglichkeiten für eine enge Zusammenarbeit auf vielen Gebieten bestünden.

Mit diesen überschwenglichen Formulierungen verdeckt die Parteizeitung der sowjetischen Revisionisten die Tatsache, daß das Regime der brasilianischen Generale nach der argentinischen Militärjunta bereits die zweite blutige Diktatur in Lateinamerika ist, mit der Moskau seine Beziehungen intensiviert.

Österreich: Riesensubventionen an General Motors

WIEN. — Für den Aufbau eines rund 3000 Arbeiter beschäftigenden Werkes in Wien erhält das größte Automonopol der Welt enorme Subventionen von der österreichischen Regierung.

An den Investitionskosten von rund 1 Milliarde Mark ist die Regierung Kreisky mit 360 Millionen Mark Zuschuß beteiligt. Weitere Zuschüsse wird GM für Lehrlingsausbildung und Arbeitsplatzgarantien erhalten.

Alles in allem, so schätzen österreichische Wirtschaftszeitungen, wird der Staat rund 42 Prozent der Investitionen bezahlen!

Frankreich: Besuch aus Afrika

PARIS. — Erste Station der gemeinsamen Europareise der Präsidenten Senghor von Senegal und Traore von Mali war Paris.

Die beiden Repräsentanten Westafrikas, deren Staaten, wie auch die benachbarten, seit Mitte letzten Jahres von einer immer stärkeren Welle von Streiks, Hungerdemonstrationen und antifranzösischen Kundgebungen erschüttert werden, sprachen mit Giscard d'Estaing vor allem über Wirtschaftshilfe und andere Unterstützungsfragen. Paris zeigte sich über die Lage Westafrikas „besorgt“.

Die leninistische Theorie über die Revolution bleibt stets aktuell

Auszüge aus Enver Hoxhas Werk „Imperialismus und Revolution“

Unter den heutigen Bedingungen, da die Sache der Revolution und der Befreiung der Völker von den chruschtschowschen, titoistischen, „eurokommunistischen“ und chinesischen Revisionisten sowie den anderen antimarxistischen Strömungen unter dem Vorwand angegriffen wird, die internationalen Situationen hätten sich geändert, erhält es erstklassige Bedeutung, sich in das Studium der Werke Lenins über den Imperialismus zu vertiefen.

Wir müssen auf diese Werke zurückgreifen und besonders Lenins geniales Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ gründlich studieren. Beim aufmerksamen Studium dieses Werkes werden wir auch erkennen, wie die Revisionisten, darunter auch die chinesischen Führer, die leninistische Auffassung vom Imperialismus verdrehen, wie sie dessen Ziele, dessen Strategie und dessen Taktiken verstehen. Ihre Schriften, Erklärungen, Haltungen und Handlungen zeigen, daß sie die Natur des Imperialismus völlig falsch sehen, daß sie von konterrevolutionären und antimarxistischen Positionen aus betrachten, genau wie alle Parteien der II. Internationale und ihre Ideologen, Kautsky und Konsorten, die von Lenin schonungslos entlarvt worden sind.

Wenn wir dieses Werk Lenins aufmerksam studieren und getreulich an seiner genialen Analyse und seinen genialen Schlußfolgerungen festhalten, werden wir feststellen, daß der Imperialismus unserer Tage genau die Charakteristika bewahrt, die Lenin an ihm festgestellt hat, daß die leninistische Definition unserer Epoche als der Epoche des Imperialismus, als der Epoche der proletarischen Revolution unerschütterlichen Bestand hat, daß der Sieg der Revolution unvermeidlich ist.

Bekanntlich begann Lenin seine Analyse des Imperialismus bei der Konzentration der Produktion, des Kapitals und bei den Monopolen. Auch heute kann man die Phänomene der Konzentration und der Zentralisation der Produktion und des Kapitals nur auf die leninistische Analyse des Imperialismus gestützt richtig und wissenschaftlich analysieren.

Ein Charakteristikum des heutigen Kapitalismus ist die immer stärkere Konzentration der Produktion und des Kapitals, was dazu geführt hat, daß kleine Unternehmen mit den mächtigen Unternehmen vereinigt oder von diesen geschluckt werden. Dies hatte auch die massenhafte Zusammenballung der Arbeitskräfte in großen Trusten und Konzernen zur

Folge. Ebenso haben diese Unternehmen große Produktionskapazitäten sowie Energiequellen und Rohstoffe in unermesslichem Umfang in ihren Händen konzentriert. Heutzutage nutzen die kapitalistischen Großunternehmen auch die Atomenergie und die neueste Technologie, die ausschließlich diesen Unternehmen vorbehalten sind.

Diese riesigen Organismen haben nationalen und internationalen Charakter. Im Land haben sie die Mehrzahl der Kleinrenten und Kleinrenten ruiniert, und auf internationaler Ebene sind sie zu gewaltigen Konzernen angewachsen, die ganze Zweige der Industrie, der Landwirtschaft, des Baugewerbes, des Verkehrswesens usw. vieler Länder umfassen. Überall, wo die Konzentration der Produktion durch eine Handvoll kapitalistischer Milliarden vollzogen worden ist, erweitert und vertieft sich die Tendenz zur Liquidierung der Kleinrenten und Kleinrenten. Dieser Weg hat zur weiteren Stärkung der Monopole geführt. (...)

Der gleiche Prozeß fand und findet auch in den anderen imperialistischen Ländern statt. In der Deutschen Bundesrepublik sind in 13 Prozent der Gesamtzahl der Betriebe rund 50 Prozent der Produktion und 40 Prozent der Arbeitskräfte des Landes konzentriert. In England herrschen 50 Großmonopole. Die britische Stahlkonzernation umfaßt über 90 Prozent der Stahlproduktion Englands. In Frankreich haben zwei Gesellschaften drei Viertel der Stahlproduktion in ihren Händen konzentriert, vier Monopole beherrschen die ganze Automobilproduktion, während vier weitere die gesamte Erdölverarbeitung beherrschen. In Japan kommen zehn große Gesellschaften der Eisenmetallurgie für die gesamte Roheisenproduktion und über drei Viertel der Stahlproduktion auf, während in der Buntmetallurgie acht Gesellschaften aktiv sind. Das gleiche gilt auch für andere Branchen und Bereiche.

Wie uns Lenin lehrt, dient die Konzentration der Produktion und des Kapitals auch als Grundlage der Erhöhung der Konzentration des Geldkapitals, als Grundlage seiner Konzentration in Händen der Großbanken, der Entstehung und Entwicklung des Finanzkapitals. Auf dem Weg der Entwicklung des Kapitalismus nehmen zusammen mit den Monopolen auch die Banken eine starke Entwicklung, die das Geldkapital der Monopole und der Konzerne, wie auch der

Kleinproduzenten oder die persönlichen Sparguthaben aufsaugen. So werden die Banken, die sich in Händen der Kapitalisten befinden und ihnen dienen, zu Beherrschern der finanziellen Hauptmittel.

Der gleiche Prozeß, der sich bei der Beseitigung der kleinen Betriebe durch die großen Betriebe, durch die Kartelle und Monopole vollzog, bestätigte sich auch bei der Liquidierung einer kleinen Bank nach der anderen. Auf diese Weise schufen die Großbanken ihre Bankkonzerne, so wie die Großbetriebe die Monopole schufen. In den letzten beiden Jahrzehnten hat dieses Phänomen gewaltige Dimensionen angenommen, und das geht auch heute in hohem Tempo so weiter. Ein kennzeichnendes Merkmal ist, daß heute nicht nur die kleinen Banken verschmolzen und geschluckt werden, sondern auch die mittleren und relativ großen Banken. Dieses Phänomen erklärt sich aus den Verschärfung der Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion, aus der Ausweitung des Konkurrenzkampfes und aus der schweren Krise des Finanz- und Währungssystems der kapitalistischen Welt.

Lenin betonte, daß der heutige Kapitalismus durch den Kapitalexport gekennzeichnet ist. Dieses ökonomische Merkmal des Imperialismus hat sich in unseren Tagen weiter entwickelt und verstärkt. Die größten Kapitalexporthäuser auf der Welt sind heute die Vereinigten Staaten von Amerika, Japan, die Sowjetunion, die Deutsche Bundesrepublik, England und Frankreich.

Lenin hat betont, daß die Monopole, nachdem sie den Binnenmarkt besetzt haben, dafür kämpfen, den Weltmarkt der Industrieprodukte und der Rohstoffe neu aufzuteilen und wirtschaftlich zu besetzen. Die Konkurrenz und die Profitgier treiben die Monopolisten der verschiedenen Länder dazu, zeitweilige Vereinbarungen zu treffen, Bündnisse und Zusammenschlüsse miteinander einzugehen, um die Märkte auf internationaler Ebene für den Verkauf von Fertigprodukten und den Ankauf von Rohstoffen aufzuteilen. Die entwickelten kapitalistischen Staaten fallen auch dann, wenn sie Rohstoff- und Energievorräte besitzen, über andere Länder her, weil die Produktionskosten in diesen Ländern im Vergleich zu ihren eigenen Ländern geringer, und vor allem die Löhne der Arbeiter um ein mehrfaches niedriger sind.

Man kennt den Kampf, der für die Besetzung der Erdölquellen und -märkte geführt wurde und wird. Als Ergebnis dieses Kampfes wurden Dutzende und Hunderte von Privatunternehmen und -gesellschaften ruiniert, und es kam soweit, daß das internationale Erdölkartell, das 7 Großmonopole (davon 5 amerikanische, 1 englisches und 1 englisch-holländisches, die berühmten Esso, Texaco, Shell usw.) vereinigt, über 60 Prozent der Erdölförderung und des Erdölabsatzes in den kapitalistischen Ländern der westlichen Welt kontrolliert und rund 54 Prozent des Erdöls verarbeitet.

Eine derartige Aufteilung der Produktionsressourcen und der Absatzmärkte gibt es heute auch bei Kupfer- und Zinnerz, Uran und anderen wertvollen und strategischen Mineralien.

Viele der alten kolonialistischen Länder, wie England und Frankreich, haben mit den einstigen Kolonien besondere Abkommen abgeschlossen, sogenannte Präferenzabkommen, Abkommen über die Zusammenarbeit usw., die ihnen nahezu exklusive Wirtschafts- und Handelsprivilegien sichern. Die sogenannten Dollar-, Sterling-, Franc-, Rubelzonen zeugen von einer wirtschaftlichen Aufteilung der Welt unter den verschiedenen Monopolen und imperialistischen Staaten.

In seiner Analyse des Imperialismus zeigte Lenin auf, daß mit dem Übergang des vormonopolistischen Kapitalismus in sein höchstes und letztes Stadium, in das Stadium des Imperialismus, die territoriale Aufteilung der Welt unter den imperialistischen Großmächten abgeschlossen ist.

Die größte neokolonialistische Macht unserer Zeit sind die Vereinigten Staaten von Amerika. In den drei Jahren von 1973 bis 1975 machten die Kapitalinvestitionen der Regierung und privater Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika in den einstigen Kolonien und in den abhängigen und halbabhängigen Ländern etwa 36 Prozent aller Investitionen der entwickeltesten kapitalistischen und revisionistischen Länder in diesen Gebieten aus.

Bei der Analyse der grundlegenden ökonomischen Merkmale des Imperialismus bestimmte Lenin auch seinen historischen Platz. Er betonte, daß der Imperialismus nicht nur das höchste, sondern auch das letzte Stadium des Kapitalismus, der Vorabend der proletarischen Revolution ist.

Als Schlußfolgerung können wir sagen, daß sich im gegenwärtigen Zustand des Imperialismus insgesamt, des amerikanischen Imperialismus, des sowjetischen Sozialimperialismus wie auch der anderen Imperialismen der Imperialismus gleich welcher Schattierung in der Phase der Schwächung und der Fäulnis befindet, und daß die alte Gesellschaft durch die Revolution in den Grundfesten zerschlagen und durch eine neue Gesellschaft, durch die sozialistische Gesellschaft ersetzt werden wird. Diese neue sozialistische Gesellschaft existiert und sie wird sich erweitern, entwickeln und Terrain gewinnen, unabhängig davon, daß die Sowjetrevisionisten den Sozialismus in der Sowjetunion verraten haben, unabhängig davon, daß in China der Opportunismus herrscht und ein neuer Sozialimperialismus errichtet wird, unabhängig davon, daß in den einstmaligen volksdemokratischen Ländern der Kapitalismus wiederhergestellt worden ist. Der Sozialismus wird seinen Weg verfolgen und er wird mit Kampf und Anstrengungen über den Weltimperialismus und Weltkapitalismus siegen, niemals und auf keine Weise aber durch Refor-



110 Jahre W. I. Lenin

Am 22. April jährte sich zum 110. Mal der Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins. Seine Analysen und Schlußfolgerungen, seine Strategie und Taktik waren, sind und bleiben der Leitstern aller wirklichen Kommunisten in ihrem Kampf gegen die Ausbeuter und Unterdrücker der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Mehr denn je sind heute Lenins Lehren über den Monopolkapitalismus, den Imperialismus, der die Kriege hervorbringt, bestätigt. Heute, da auf dem ganzen Erdball der Klassenkampf in nie dagewesenem Ausmaß tobt, ist Lenins Lehre von der Revolution, von der Diktatur des Proletariats aktueller denn je.

Heute, da Imperialismus, Revisionismus und Reaktion alle möglichen Täuschungsmanöver in die Wege leiten, um die kämpfende Arbeiterklasse, die kämpfenden Völker in die Irre zu leiten, ist Lenins Theorie von der Notwendigkeit einer Kampfpartei neuen Typs, einer bolschewistischen Partei, von allerhöchster Bedeutung und hat sich dutzendfach bestätigt.

Jene, die gegen den Leninismus angetreten sind; jene, die den Leninismus aus dem Bewußtsein der Arbeiterklasse auslöschen wollten, sind heute in einer schwierigen Situation. Die chinesischen, sowjetischen und westeuropäischen Revisionisten, die unter dem Banner des Antileninismus angetreten sind, stehen heute im ständigen Streit untereinander und gegeneinander, sie sind Funkenauströter der Revolution, ihre Parteien sind von Fraktionen zersetzt, die ehemals sozialistischen Länder sind heute voll von der kapitalistischen Wirtschaftskrise getroffen.

Jeden Tag aufs neue beweist dagegen der Leninismus seine Lebenskraft, in all den hektischen Ereignissen dieser Tage wird er aufs neue bestätigt.

Für uns, für die Kommunisten aller Länder ist der 110. Geburtstag Lenins ein Grund sowohl zu feiern als auch sich verstärkt mit seinen Werken zu befassen.

Deshalb drucken wir aus Anlaß dieses Jahrestags Auszüge aus dem Buch des Genossen Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“ ab, das eine großartige Verteidigung und Anwendung des Leninismus unter den heutigen Bedingungen darstellt.

men, auf parlamentarischem und friedlichem Weg, wie Chruschtschow predigte und wie alle Revisionisten heute predigen. Der Sozialismus wird triumphieren, indem man der leninistischen Theorie über den Imperialismus und die proletarische Revolution die Treue hält, und niemals nach den heutigen revisionistischen Theorien, die den staatsmonopolistischen Kapitalismus als eine angeblich neue und besondere Phase des Kapitalismus, als „Entstehung sozialistischer Elemente im Schoß des Kapitalismus“ ausrufen.

Lenin lehrt uns, den Imperialismus bis zum letzten zu bekämpfen, ihn im weitesten Sinne des Wortes zu kritisieren und die unterdrückten Klassen zur Erhebung gegen die Politik des Imperialismus, gegen die Bourgeoisie zu führen. Die marxistisch-leninistische Analyse der heutigen Entwicklung des Imperialismus zeigt eindeutig, daß man nichts an der Analyse und den Schlußfolgerungen Lenins über den Imperialismus, über seine Natur und seine Merkmale, über die Revolution ändern kann. Die Versuche aller Opportunisten, von den Sozialdemokraten bis zu den chruschtschowschen und den chinesischen Revisionisten, die leninistischen Thesen über den Imperialismus zu verdrehen, sind konterrevolutionäre Versuche.

Ihr Ziel ist es, die Revolution zu leugnen, den Imperialismus zu beschönigen, dem Kapitalismus das Leben zu verlängern.

Das Leben bestätigt ständig Lenins geniale Thesen über den Imperialismus. Der Kapitalismus ist in das Stadium seiner Fäulnis eingetreten. Diese Situation bringt die Revolte der Völker hervor und treibt diese zur Revolution. Der Kampf der Völker gegen den Imperialismus und gegen die bürgerlichen kapitalistischen Cliquen nimmt in verschiedenen Formen und mit verschiedener Intensität zu. Die Quantität wird unbedingt in Qualität umschlagen. Zuerst wird das in jenen Ländern geschehen, die das schwächste Glied der kapitalistischen Kette darstellen und wo das Bewußtsein und die Organisation der Arbeiterklasse einen hohen Grad erreicht haben, wo es ein vertieftes politisches und ideologisches Verständnis des Problems gibt.

Der Imperialismus hat die barbarische Ausbeutung und Unterdrückung der Völker intensiviert. Doch zur gleichen Zeit werden sich auch die Völker der Welt immer mehr bewußt, daß man in der kapitalistischen Gesellschaft, in der die werktätigen Massen nicht weniger als in der Zeit vor dem Krieg ausgebeutet und unterdrückt werden, nicht mehr leben kann.

ENVER HOXHA



IMPERIALISMUS
UND
REVOLUTION

Bestellungen an:
Verlag Roter
Morgen,
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26

Preis 9,80 Mark

Stefan Hermlin

Arthur Weisbrodt

Aus: „Die erste Reihe“

Es ist eine kurze, einfache Geschichte, die Geschichte Arthur Weisbrodts, und sie könnte auch »Die Mutter« heißen. Denn der Weg, den Arthur gegangen ist, war auch der Weg seiner Mutter, und wenn dem Sohn jemand die Treue gehalten hat, so war das die Mutter, und es war die »dritte Sache«, von der Brecht in seiner »Mutter« spricht, es war die Sache der Befreiung der Arbeiterklasse, die die beiden tiefer und fester und geheimnisvoller miteinander verband als sonst Mütter mit ihren Söhnen verbunden sind, weil sie außer ihrer Mutterliebe und Sohnesliebe noch die große andere gemeinsame Liebe hatten, die ungestillte...

Sie war Zigarettenarbeiterin, Arthurs Mutter, und sie war es, die die Familie erhalten mußte, vier Kinder, von denen zwei starben, als sie noch ganz klein waren. Die Tochter wurde später ein Opfer der Tuberkulose. Arthurs Vater war kein schlechter Mann, nur leichtsinnig, unzuverlässig. Er begriff auch seine Frau nicht, die es so mit der Politik hatte. Frau Weisbrodt war stolz darauf, daß sie schwer arbeiten konnte und in der Woche ihre achtunddreißig, vierzig Mark heranschaffte. Später mußte sie erst recht für den Mann sorgen, als der krank wurde und nie mehr richtig hochkam. Schon damals, als die Revolution kam und Arthur ein ganz kleiner Junge war, ging er mit seiner Mutter. Frau Weisbrodt war auf die Straße gegangen, sie war selbst ein Teil der Straße, die sich auflehnte und von Noske niederkartätscht wurde. Seine Mutter und die Straße — das waren Arthurs Erzieher. Die Mutter hatte sich bei den Unabhängigen organisiert und dann bei der Kommunistischen Partei. Arthur arbeitete schon eifrig in einer der ersten Kindergruppen. Auf einem Bild aus der Inflationszeit kann man ihn sehen. Da sitzt er bleich und klein mit vielen Kindern, die aussehen wie er, und mit einer Menge von ausgemergelten Erwachsenen um lange Tische. An der Wand dankt ein großes Transparent den belgischen Arbeitern für ihre Solidarität. Das Bild stellt eine Küche der Internationalen Arbeiterhilfe dar, und es ist Arthurs Mutter, die sie organisiert hat.

Arthur Weisbrodt lernte den Beruf eines Optikers. Er war fleißig, solide, genau in einem Beruf, der Genauigkeit verlangte. Frau Weisbrodt hatte ihre

Freude an ihm. Mutter und Sohn arbeiteten gemeinsam in der Partei. Arthur war knapp über zwanzig, als er seine Meisterprüfung ablegte. Seine Firma machte ihn zum Leiter einer Magdeburger Filiale. Zwei Jahre später — Hitler regierte bereits, und Arthur war arbeitslos geworden, weil seine Firma hatte schließen müssen — wurde er verhaftet, vor Gericht gestellt und für sieben Jahre wegen antifaschistischer Betätigung ins Zuchthaus gesteckt. So ging Arthur Weisbrodts Jugend dahin in einem Kerker des Dritten Reichs. Er hatte sich verheiratet, aber während seiner Haft verließ ihn seine Frau, die es überdrüssig war, zu einem Gefangenen zu gehören. Aber die Mutter wartete auf ihn, und während sie wartete, arbeitete sie im geheimen für die Partei — sie wollte Arthur keine Schande machen. Die fleißigen, genauen Hände des Jungen durften auch im Zuchthaus nicht ruhen. Auf einem Schein, den die Mutter aufgehoben hat, steht noch vermerkt, was Arthur Weisbrodt für sieben Jahre Zuchthaus bekommen hat: 175 Mark.

Als er 1941 entlassen wurde, steckte man ihn nicht, wie es in diesen Fällen üblich war, in ein Konzentrationslager. Optikermeister wie Arthur Weisbrodt wurden gebraucht. Er kam in einen Betrieb, in dem Meßgeräte für Flugzeuge hergestellt wurden. Man sah seiner Arbeit an, daß er etwas konnte, und wollte ihn zum Meister in seiner Abteilung machen, aber er lehnte ab — nein, er wolle einfacher Arbeiter bleiben. Es war schon so schwer genug, Geräte herzustellen, die, wie man wußte, den eigenen Freunden den Tod brachten.

Arthur hatte seine Mutter nach langen Jahren wiedergesehen. Sie saßen in der engen Wohnung beisammen und waren glücklich, obwohl Krieg war und man nicht wußte, was alles über einen hereinbrechen konnte. Sie sprachen dies und das und wußten schnell, daß sie die ganzen Jahre hindurch ihren alten gemeinsamen Weg weiter miteinander gegangen waren. Auch jetzt sahen sie sich nicht zu oft. Arthur steckte im Betrieb, und wenn man abends zusammengessen hatte, kam es häufig vor, daß der eine oder andere aufstand: »Ich werde in zwei, drei Stunden zurück sein. Warte nicht auf mich...« Sie fragten niemals einander, wohin sie gingen. Sie wußten, daß jeder von beiden dem Ruf des

Volkes und der Klasse folgte. Sie wußten aber auch, daß zwei alte illegale, wenn sie nicht gerade persönlich miteinander arbeiteten, sich ihre Geheimnisse nicht anzuvertrauen pflegten. Die alte Frau Weisbrodt zitterte um Arthur, der nach sieben langen Zuchthausjahren wieder an der Front des unterirdischen Kampfes stand. Aber niemals hätte sie ihn auch nur mit einem Wort zurückzuhalten versucht. Es war gut so, wie es war.

Arthur war mit Anton Saefkow und seiner Gruppe zusammengekommen. Er arbeitete für das Nationalkomitee Freies Deutschland, als einer der vielen rastlosen, kaltblütigen, beharrlichen Funktionäre, die die Organisation im Laufe des Jahres 1944 in Hunderten von Betrieben und in Dutzenden von deutschen Städten Fuß fassen ließen. Arthur besorgte die Verbindung zwischen Berlin und Magdeburg. Sie verhafteten ihn im Sommer bei der Arbeit in seinem Betrieb. Er wurde zum Tode verurteilt. Arthur war bei seinen Kollegen beliebt gewesen. Die Belegschaft unterschrieb Mann für Mann ein Gnadengesuch. Manche schämten sich vielleicht, als sie erfuhren, was der gute stille Kollege Weisbrodt die ganze Zeit getan hatte, ohne daß sie es ahnen konnten. Manche dachten vielleicht auch, es sei jetzt, gegen Ende des Jahres 1944, ganz gut für die Zukunft, ein solches Gesuch unterschrieben zu haben. Aber das Gesuch blieb wirkungslos. Im November ging Arthur Weisbrodt den Weg zum Schafott.

Es gibt eine volkstümliche Redensart, die lautet: Sie weinte sich die Augen aus... Frau Weisbrodt, die jetzt eine sehr alte, gebeugte, weißhaarige Frau ist, kann so gut wie nichts mehr sehen. Nur bei starkem Licht, wenn sie die Zeitung dicht an die Augen führt, kann sie mühsam Wort um Wort entziffern. Die Leute, die sie kennen, sagen: das ist bei ihr vom vielen Weinen gekommen. Die alte Arbeiterin Frida Weisbrodt wohnt mit einer anderen Familie zusammen, der man auch den Sohn und die Schwiegertochter hingerichtet hat. Sie freut sich aber, wenn ein Lied der Freien Deutschen Jugend ihr ins Fenster weht. Sie ist bei jeder Mitgliederversammlung ihrer Partei anwesend und sagt ihre Meinung. Frida Weisbrodt geht immer noch ihren Weg, Arthurs Weg.

„Die erste Reihe“, Weltkreis-Verlag Dortmund, 6,80 Mark

Über Stephan Hermlin



Am 13. April wurde der deutsche Schriftsteller Stephan Hermlin 65 Jahre alt. Aus diesem Anlaß drucken wir auf dieser Seite zwei Texte aus seinen Werken ab. „Arthur Weisbrodt“ ist ein Kapitel aus dem 1951 in der DDR erschienenen Buch „Die erste Reihe“, einem Meisterwerk der antifaschistischen Literatur, in dem Herm-

lin in der Form einzelner Porträts den Kampf der deutschen Jugend gegen die Hitler-Diktatur gestaltet.

„Die Unterschrift“ (der Titel stammt von uns) ist ein Auszug aus Hermlins neuestem Buch „Abendlicht“, das vor wenigen Monaten gleichzeitig in Leipzig und Westberlin erschien.

Stephan Hermlin kommt aus einer bürgerlichen Familie. Mit 16 Jahren schloß er sich dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands an. Nach der Machtergreifung des Faschismus kämpfte er mehrere Jahre lang als Illegaler in Deutschland; dann ging er den langen Weg des Exils durch verschiedene Länder. Im besetzten Frankreich eingekerkert, gelang ihm mit Hilfe der Widerstandsbewegung die Flucht aus dem Lager. Heute lebt Stephan Hermlin in der DDR.

Sein schmales dichterisches Werk besteht vorwiegend aus Erzählungen und Gedichten. Immer wieder hat er dabei Themen aus dem antifaschistischen Widerstandskampf aufgegriffen und in einer bildreichen, bis ins Letzte durchformten Sprache gestaltet. Zwischen den beiden hier abgedruckten Texten liegen bald drei Jahrzehnte und ein langes Schweigen des Schriftstellers. Mit der Ausnahme eines Hörspiels über Hölderlin hatte er seit dem Ende der fünfziger Jahre nichts mehr veröffentlicht.

Nicht geschwiegen jedoch hatte Hermlin auf dem Feld der kulturpolitischen Auseinandersetzung. Er protestierte gegen die Ausweisung unliebsamer Schriftsteller durch die DDR-Behörden und kritisierte auf dem Schriftstellerkongreß vor zwei Jahren scharf die Kulturbürokratie im östlichen Teil Deutschlands.

Stefan Hermlin

Die Unterschrift

Aus: „Abendlicht“

Im Sommer 1931 fiel mir auf meinem täglichen Schulweg eine kleine Menschenansammlung vor den beiden Schaufenstern eines Zeitungsvertriebs auf. Ich trat hinzu und blieb eine Weile stehen, nachdem ich bemerkt hatte, daß die Leute in eine politische Diskussion verflochten waren. In den Schaufenstern hingen nebeneinander die Titelblätter der Berliner Zeitungen, vom nationalsozialistischen »Angriff« bis zur kommunistischen »Roten Fahne«. Die Gruppe von Männern bestand aus Arbeitslosen; die geringe Unterstützung, die sie erhielten, erlaubte den meisten nicht, eine Tageszeitung zu kaufen; hier konnten sie durch die Scheiben des Ladens wenigstens die wichtigsten Nachrichten lesen.

Es wurde mir zur Gewohnheit, täglich an dieser Stelle stehenzubleiben und den Gesprächen, die manchmal hitzig wurden, zu folgen. Das rasend um sich greifende Interesse an politischen Vorgängen hatte auch mich erfaßt; ich konnte leicht erkennen, daß die diskutierenden drei Gruppen zuzurechnen waren: es waren Sozialdemokraten, Kommunisten oder Nationalsozialisten; Vertreter anderer Meinungen gab es nicht. Zu Hause begann man sich zu wundern: ich kam immer später zum Essen. Ich redete mich heraus, indem ich vorgab, mehr Zeit für Sport und eine Arbeitsgemeinschaft in der Schule zu brauchen.

So gut wie alle jene Männer, die ihre Zeit vor dem Zeitungsvertrieb verbrachten, waren Arbeiter oder kleine Angestellte, sie interessierten sich kaum für das, was nicht bisher interessiert hatte, sie wußten nichts davon, aber ich fühlte, daß sie vieles kannten, was mir verborgen geblieben war. Es kam mir nicht in den Sinn, an ihren Gesprächen teilzunehmen. Ich blieb mehrere Wochen lang ein stummer Zuhörer.

Ich bemerkte, daß Sozialdemokraten und Kommunisten, wenn sie auch einander immer wieder mit ironischen oder gehässigen Bemerkungen bedachten, gegenüber den Nationalsozialisten ziemlich einig waren.

Von den Argumenten, welche die drei Gruppen vorbrachten, überzeugten mich die der Kommunisten am meisten. Auch gefielen mir die Kommunisten, die ich täglich sah — sie hatten, obwohl es ihnen offensichtlich nicht gut ging, etwas Freudiges und Zuversichtliches an sich.

Ich fühlte, wie ich blaß wurde, als einer von ihnen mich eines Tages plötzlich ansprach. Es war nur wenige Tage vor dem Beginn der Sommerferien. Zwar war ich manchmal von Blicken, gleichgültigen oder wohlmeinenden, gestreift worden, aber hier trat jemand auf mich zu, zwei blaßblaue Augen sahen mir gerade ins Gesicht und eine Stimme sagte: »Na, was bist denn du für einer... Bist wohl Gymnasiast, wie?« Die Stimme klang ironisch, aber keinesfalls feindselig; ihr Klang war metallisch, aber man dachte, wenn man sie hörte, nicht an ein edles Metall, eher an das Scheppern von Blech, aus der Stimme hörte man den Willen, sich nichts vormachen zu lassen, sie war wach, illusionslos, tapfer, unschön, ich liebte die Berliner Stimmen, auch Melancholie klang in ihr, eine Melancholie, die sich selber nicht wahrhaben will. In diesem Augenblick, als der Fremde mich anredete, kämpfte in mir die Empörung über das plötzliche und selbstverständliche »Du« mit einer rätselhaften Freude. Ich gab Auskunft über mich, ja, ich besuche das und das Gymnasium, ich wohne dort und dort, ich sei gegen die Faschisten. Wir wechselten noch ein paar Worte, ehe der Fremde mich plötzlich fragte: »Na, wie ist es... Willst du bei uns Mitglied werden?« Er hatte aus seiner Jackentasche einen Zettel gezogen, ein zerdrücktes, nicht sehr sauberes Blatt, das er mir hinhielt. Der Zettel war nicht gedruckt, er war in verwischten, blassen Lettern auf einem Abziehapparat hergestellt worden und bekundete, der Unterzeichner sei von jetzt an Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands. Damals konnte man auf der Straße seinen Eintritt vollziehen, es gab keine Bürgen und keine Kandidatur, und einem

neuen Genossen wurden keine Blumen überreicht. Noch nie war ich in einer politischen Vereinigung gewesen; ich gehörte keinem Sport- oder Wanderverein an. Ich blickte auf den zerdrückten, verwischten Zettel und unterschrieb. Die Straße drehte sich langsam und unaufhörlich um mich.

Ich wußte damals nicht, was alles ich unterschrieb: die Verpflichtung, mit den Unterdrückten in einer Front zu kämpfen, von vielen, die mir bis dahin vertraut gewesen waren, als Feind behandelt zu werden, beharrlich, kaltblütig, verschwiegen zu sein, zu lernen und das Erlernte weiterzugeben, Prüfungen verschiedener Art zu ertragen, den Sinn höher zu stellen als das Wort.

Oft habe ich mich später fragen müssen, aus welchem Grunde ich an dieser Unterschrift auf einem unansehnlichen Zettel festhielt, als ich um mich so viele sah, die ihre Unterschrift widerrufen oder einfach vergessen hatten. Auch ich lernte Augenblicke kennen, in denen eine Stimme, die sich wie die Stimme der Vernunft anhörte, mir zuredete, könne denn diese Unterschrift noch gelten, in der ein später so oft enttäuschter guter Wille gelegen habe, sei ich, könne ich überhaupt noch derselbe sein, der damals unterschrieben hatte. Aber eine andere Stimme erhob sich hartnäckig gegen die erste: Der Kampf der Unterdrückten sei der Kampf der Unterdrückten, auch wenn neuerlich Hoffart und Dünkel, Verachtung und Beharren im Irrtum sichtbar würden, der Kampf führe zu neuen Bedrückungen, selbst zu Untaten, er dauere ewig, aber er trage auch das edle Siegel des Strebens nach Menschlichkeit, nach Freiheit und Gleichheit für alle. Gleichzeitig empfand ich, daß ich das Beste in mir aufgeben mußte, wenn ich je meine Unterschrift, die ich um die Mittagszeit eines beliebigen Tages in einer beliebigen Berliner Straße geleistet hatte, als nicht mehr gültig betrachten würde.

„Abendlicht“, Verlag Klaus Wagenbach, Westberlin, 12,80 Mark.



Gemeinsame Demonstration des KJVD und der SAJ in Bernau bei Berlin 1932.



Ein Gedicht des Lyrikers F.C. Delius (Foto) nahm den Warenhauskönig Horten aufs Korn. Horten fühlte sich in seinen „Persönlichkeitsrechten“ verletzt. Er schlug zurück.



Hortens Kampf mit dem Delius-Gedicht

Horten, der große Warenhauskapitalist und millionenschwere Steuerflüchtling, fühlte sich verfolgt. Etwas belastete ihn bis in die Idylle seines Steuerexils im Schweizer Tessin. Dieses Etwas war ein Gedicht. Das ließ sich Horten nicht bieten; er ging dagegen an. Er warf sich mit seiner ganzen finanziellen Potenz auf dieses Gedicht, um es niederzuwalzen; er brachte die westdeutsche Justiz in Trab um dieses ihm so verhaßte Kunstgebilde auszuradieren aus der literarischen Landschaft Westdeutschlands. In der ersten Instanz scheiterte er; in der zweiten Instanz aber fand er nun in der letzten Woche — wenigstens teilweise — Widerhall. Zwei Zeilen des Gedichts müssen gestrichen werden.

Die Rede ist von dem Gedicht „Moritat auf Helmut Hortens Angst und Ende“ des Lyrikers F.C. Delius. Das Gedicht erschien erstmals 1972 im „Tintenfisch“ und drei Jahre später in Delius' Gedichtband „Ein Bankier auf der Flucht“ (Rotbuch-Verlag, Westberlin). Seither wurde es in mehrere Lyrik-Anthologien aufgenommen.

1979 jedoch nahm der Millionär Horten das Gedicht ins Visier, und die Hetzjagd begann. Das Gedicht verletzte sein „Persönlichkeitsrecht“, geiferte der Kapitalist. Und er ließ eine Anzeige fabrizieren wegen den drei Zeilen: „die Angst vor Konkurrenz, vor seinesgleichen, vorm Schuft“ und „schwitzen die von ihm bezahlten Politiker über Gesetzen, die ihm genehm sind und seine Gegner zerfetzen.“

Mit „Schuft“, so befand Horten, konnte nur er gemeint sein. Und im Fall der beiden anderen Verszeilen nahm Horten die literarischen Übertreibungen des Gedichts für bare Münze, „obwohl er“ — so Delius — „wie jeder Leser weiß, daß Politiker nicht schwitzen, sondern in vollklimatisierten Räumen arbeiten; daß er nicht Politiker bezahlt hat, sondern Parteien, die wiederum Politiker entschädigen; daß Gegner hierzulande nicht im allgemeinen im buchstäblichen Sinn zerfetzt werden...“ — Horten hat eingestandenermaßen Parteien finanziert. Die Politiker dieser Parteien haben wiederum Gesetze gebastelt und verabschiedet, auf deren Grundlage es Horten zum Beispiel möglich ist, unbequeme Gedichte, Dichter und Verlage anzugreifen oder 480.000 Mark an Steuergeldern ins Ausland zu verschieben...

500.000 Mark benannte Horten als Streitwert um die „Persönlichkeitsverletzung“ durch das Gedicht von Delius. Im Juni 1979 jedoch wies das Hamburger Landgericht Hortens Klage mit der Begründung zurück, das Persönlichkeitsrecht sei gegenüber dem Recht der Kunstfreiheit das schwächere. Horten ging in die Berufung. Und am Donnerstag gab das Oberlan-

desgericht Hamburg Hortens Klage insofern statt, als es die weitere Verbreitung der Zeilen „schwitzen die von ihm bezahlten Politiker über Gesetzen, die ihm genehm sind und seine Gegner zerfetzen“ verboten. Die Begründung des Urteils lag uns bis Redaktionsschluß allerdings noch nicht vor.

Das Verbot der Gedichtzeilen aus dem Gedicht von F.C. Delius ist ein weiterer Schlag gegen die literarische Freiheit in der Bundesrepublik. Einem fortschrittlichen Dichter soll es

verwehrt werden, mit den Mitteln seiner Kunst die Umtriebe, Geschäfte, Gedanken und Ängste der Geld- und Machthaber aufzuspießeln und anzuprangern. Wenn das Urteil Schule macht, wird es alle die Ausbeuter, Finanziers, privilegierten Müßiggänger, Staatslenker dazu ermuntern, nun ihrerseits gegen lästige Kritiker vorzugehen. Mit dem Urteil, das ihm sicher genehm ist, hat die Justiz bewiesen, wozu sie da ist: seine Gegner zu zerfetzen. Oder zerfetzt das Urteil das Gedicht etwa nicht?

F.C. Delius

Moritat auf Helmut Hortens Angst und Ende

Horten liegt flach — im eignen Schweizer Gras und weiß und grün und das Gesicht voll Schmerz und Angst und Schweiß.

Was ist passiert? Es biß ihn eine böse Schlange, er sah sie noch und schrie — doch sie ist weg schon lange. Der Kaufhauskönig stöhnt, sein Leibarzt nimmt das Bein und spritzt ihm gut gekühltes Schlangenserum ein, das für den Notfall immer da ist, zu dem Zweck: Dem guten Chef beißt ein Reptil das Leben weg. Sein Arzt verfährt gewissenhaft, und doch, was nützt das Serum, das er gegen diese Schlange spritzt, denn die war giftig nicht, giftig war nur diese Angst vorm Biß, vor jedem Angriff, jeder Krise:

Die Angst vor den zu faulen Angestellten, die Angst vor nichtkapitalistischen Welten, die Angst vor Steuern und Verlusten, die Angst vor Gewerkschaften, den zahmen und bewußten, die Angst, seine Frau als Witwe zu wissen, die Angst vor Kindern, die sein Lebenswerk verpressen oder sich gar mit der Linken einlassen, die Angst vor Krankheit und der schlechten deutschen Luft, die Angst vor Konkurrenz, vor seinesgleichen, vorm Schuft, und die Angst vor diesen tausend Kreaturen, die nicht nach seinem Willen spüren. Was nützt da die Spritze? Natürlich nix. Ein Hausmädchen reicht ihm ihr Kreuzifix.

Da liegt er jetzt im Garten seiner Ville im Tessin, an dem zentralen Punkt, von dem aus, wies ihm selber schien, er seine europäischen geschäftlichen Interessen sehr gut überblicken kann und auch, nach Wunsch, vergessen. Da sieht er jetzt nur Beine und Gesichter, fassungslos, in ihrer Mitte seine Frau, Frau Heidi, deren Schoß er noch mal anstarrt, und die ihm aus dem Gesicht den Schweiß wegwischt und mit ihm letzte Worte spricht. Und in den paar Minuten, die er seinen Mund noch auf hat, findet weiterhin der profitable Verkauf statt, helfen ihm gut dreißigtausend Leute, vergrößern ihm schnell noch die Ausbeutungsbeute, steigt noch der Wert seiner Häuser und sonstigen Immobilien

in Österreich, Frankreich, Bahamas und in Brasilien, steigt noch der Wert von Heidis Diamanten und Tigerfellen, Hirschgeweihen und Brillanten, werden der eigne Jet, die fünf Rolls-Royce und die Yacht durch Abschreibung weiterhin fruchtbar gemacht,

In diesen paar Minuten, die das Herz noch zuckt, verdient er Tausende an jeglichem Produkt, verdient er noch im Tod, verdient er in der Hölle — denn Heidis Kuß weckt ihn nicht auf und nicht des Hunds Gebelle.

So liegt ein König der Ware von Angst gemordet auf der Bahre. Gras grün, wenig Wind, Sonne scheint, die Dogge Cassius bellt und weint. Die Zeitung spricht vom Schicksalsschlag — soweit mein Traum vom letzten Donnerstag.

(Moral:)

Ihr wißt schon: Nicht immer endet der Kapitalist so einfach, idyllisch, ohne Kampf, ohne List.

Thomas Brasch, Günter Grass, Sarah Kirsch, Peter Schneider

Die US-Regierung hat jedes Recht auf moralische Appelle verloren

An die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland zu Händen Herrn Bundeskanzler Helmut Schmidt

Vier deutsche Schriftsteller, die in Berlin leben, rufen zum Frieden auf

In einer Situation, die einen Krieg nicht mehr ausschließt, wenden wir uns an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Jeder von uns hat auf andere Weise Erfahrungen mit deutscher Geschichte gemacht: Von der verratenen Jugend im Faschismus, vom Verlust von Heimat, von der Vernichtung der jüdischen Familie in den Konzentrationslagern; von der Studentenbewegung unterschiedlich geprägt haben wir mit Büchern und politischen Aktionen versucht, über die Zukunft der beiden deutschen Staaten mitzuentcheiden. In dem Bewußtsein, daß Deutschland schon zweimal mit Kriegen das Gesicht dieses Kontinents verwüstet hat, fordern wir Sie auf, der besonderen Verantwortung der Deutschen für den Frieden gerecht zu werden. Lassen Sie sich von der amerikanischen Regierung, die spätestens seit Vietnam jedes Recht auf moralische Appelle verloren hat, nicht in eine Politik hineinziehen, die die Zerstörung alles Lebens auf diesem Planeten zur Folge haben könnte.

Wir Deutschen können nicht so tun, als wüßten wir nicht, welche Blutbäder im Namen

der „Würde einer Nation“ angerichtet wurden. Jedes Mittel, jede utopische Phantasie, jeder Kompromiß muß uns Deutschen recht sein, den Frieden zu erhalten und sicher zu machen: Keiner greift uns an, keiner bedroht uns. In unserem durch den Krieg geteilten Land hat jede Bündnistreue ihre Grenze, sobald der Frieden fahrlässig oder gar mutwillig bedroht wird. Verzicht auf alle Sanktionen und wirtschaftlichen Erpressungen gegen Staaten, die mit unserem Land in Frieden leben wollen, Teilnahme an der Olympiade und allen anderen Begegnungen, die der Verständigung dienen, Aufmerksamkeit für jeden Friedensvorschlag, woher er auch kommt, müssen an die Stelle der unmündigen Erklärungen von Standfestigkeit und Treue treten.

Nutzen Sie die Chance, die die Situation den Deutschen jetzt bietet, aus ihrer Geschichte wirklich zu lernen und zum ersten Mal den Frieden zu retten, statt ihn zum dritten und wahrscheinlich letzten Mal zerbomben zu lassen. Keine Nation dieser Erde und keine Regierung ist dazu stärker verpflichtet als eine deutsche.

Thomas Brasch
Günter Grass
Sarah Kirsch
Peter Schneider

West-Berlin, 17. April 1980

Filmkritik

Klamauk mit rotem Faden

Lindenberg-Film „Panische Zeiten“ angelaufen

In dem Lindenberg-Film „Panische Zeiten“, der jetzt in den Kinos angelaufen ist, gibt es folgende Szene: Der Rockstar Udo Lindenberg ist von Geheimdienstkreuren im Auftrag der Bonner Regierung entführt worden mit dem Ziel, ihn ideologisch umzukrempeln. Es wird ihm vorgehalten: „Unsere Jugend braucht Ideale und Vorbilder wie Sie. Nur unterstützen Sie zur Zeit die falsche Seite.“ Man sucht Udo Lindenberg für eine Demokratie à la Bonn zu gewinnen, doch der Rockstar lehnt ab.

In dieser Szene tritt das politische Anliegen Lindenburgs deutlich hervor: Distanzierung von einer Politik, wie sie in der Bundesrepublik heute betrieben wird; der Versuch, mit seinen Mitteln die Jugendlichen dagegen zu mobilisieren. Und Lindenberg fährt teilweise scharfe Geschütze bzw. Sprüche auf; er rechnet drastisch mit den Machern und Managern ab; an der Bonner Regierung und ihren Geheimdiensten, Funktionären etc. bleibt kein gutes Haar. Aber das politische ist eben nur eines der Anliegen, die Lindenberg mit seinem Film verfolgt. Der politische Faden verschwindet immer wieder im Udo-Lindenberg-Klamauk.

Und der kommt ziemlich dick. Der Film ist vollgepflegt, vollgepfropft mit Sprüchen, Gags, Songeinlagen, exotischen Randexistenzen, Handlungsfetzen und Lindenberg, immer wieder Lindenberg; der Film ist gleichzeitig action-Film, Klamotte, Musikfilm und eine Selbstdarstellung Udo Lindenburgs. Aus dem ganzen Wirrwarr — streckenweise ermüdend — hat man Mühe, den Handlungsverlauf herauszufiltern.

Die Handlung: Der Rockstar Udo Lindenberg wird — wie geschildert — entführt. Seine Fans und Mitstreiter engagieren einen Privatdetektiv, der ihn ausfindig machen soll. Dieser Detektiv Coolmann wird ebenfalls von Lindenberg dargestellt. Coolmann, eine traurig-melancholische Figur — der philosophische Lindenberg — tappt durch den Film, tiefsin-

nige Sätze produzierend, bis er schließlich durch einen Anschlag der Regierungsmafia schwer verletzt wird. Indessen gelingt dem Rockstar Lindenberg die Flucht. Er strandet an einer Insel, kommt bei einem Leuchtturmwärter unter und gerät schließlich in eine Anlage, in der Wissenschaftler an einem totalen Warnsystem vor Atom- und sonstigen Katastrophen basteln. Durch Zufall setzt er das System in Gang, und alle Bundesbürger hören nun über Funk, Fernsehen, Telefon Udo Lindenberg „Klartext“ reden. Das Ergebnis ist umwerfend: Udo Lindenberg wird zum Bundeskanzler erkoren. Mit seiner Paniktruppe zieht Lindenberg in das Palais Schaumburg ein, bildet aus seinen absonderlicher Gefährten das

denberg-Film mit seiner Sammlung von Außenseitertypen, seinen Oberflächlichkeiten, seinem Udo-Lindenberg-Persönlichkeitskult, seinem Durcheinander, seiner Langatmigkeit usw. kann man vergessen; zu den zahlreichen Pop-Musik-Klamauk-Filmen ist halt nur noch eine weitere — Lindenburgsche — Version hinzugefügt worden.

Und doch: Da ist der politische Faden, der immer wieder auftaucht. Es stimmt: Die politischen Vorstellungen sind reichlich naiv und wirklichkeitsfremd; zum Beispiel die Vorstellung, man bräuchte nur über die Massenmedien die richtige Rede zu halten, und schon kommt die Demokratie zum Durchbruch, und die Herrschenden sehen der Um-



Kanzler Lindenberg im Anflug auf Bonn. Filmszene aus „Panische Zeiten“.

Kabinett und beginnt zu regieren. Und während eine seiner Mienen am Telefon den Präsidenten Carter abwimmelt, schafft Udo per Dekret ab: die Jugendarbeitslosigkeit, die Atomkraftwerke, die Geheimdienste, die Diskriminierung der Frau, die Berufsverbote — was das Herz begehrt. Und dann schlingert der Film auch schon wieder in die eigentlichen Lindenburgschen Gefilde ab, und der Star zelebriert auf der Bühne vor seinen Fans noch einmal einen Song, und dann fällt endgültig der Vorhang.

Man könnte es sich einfach machen und sagen: Den Lin-

krempelung der Verhältnisse noch tatenlos zu. — Aber der Film vermittelt doch eine teilweise recht scharfe Kritik an den bundesdeutschen Verhältnissen, ein Gefühl, das es so nicht laufen kann. Es ist noch die Ausnahme, daß ein derartig hochdotierter Star wie Lindenberg derart unopportunistisch mit den Verhältnissen ins Gericht geht. Sicher, der Film ist nicht so, wie man sich ihn wünscht, aber immerhin! Mancher Jugendliche wird nach dem Film vielleicht manches in dem Staat mit andern Augen betrachten. Wenn Udo das schon sagt...

Millionenbetrug in der Sowjetunion

Kaviar für den Fischereiminister

Daß die Wiedererrichtung des Kapitalismus in der Sowjetunion auch zu einem Wiederaufleben der typisch kapitalistischen Großverbrechen geführt hat, demonstriert anschaulich der jüngst bekanntgewordene „Kaviarskandal“. Bis in die Führungspositionen des Staates sind sowjetische Beamte in das gigantische Betrugsgeschäft verwickelt. Prominentester Teilnehmer: der im vergangenen Jahr zurückgetretene sowjetische Fischereiminister Alexander Ischkow.

Das Verbrechen wurde wie folgt organisiert: Hauptsächlich in der Sowjetrepublik Asserbeidschan wurde schwarzer Kaviar in Konserven mit der Aufschrift „Geraucherter Hering“ verpackt. Sowjetische Ministerialbeamte führten in Zusammenarbeit mit einer westlichen Firma den getarnten Kaviar in den Westen aus. Die westliche Firma zahlte für den angeblichen Hering ganz offiziell in harter Westwährung. Im Westen wurde der Kaviar umgepackt und mit enormen Gewinnen verkauft. Der Profit wurde zwischen der Firma und den sowjetischen Ministerialbeamten aufgeteilt. Der Anteil der Sowjets wurde auf ein Schweizer Bankkonto eingezahlt.

An dem Betrugsgeschäft waren mehr als 200 Mitarbeiter des Fischereiministeriums beteiligt. Sie sollen verhaftet worden sein. In den Skandal sind außerdem auch Mitarbeiter der sowjetischen Ozean-Geschäfte sowie Manager von Restaurants in Moskau, im Badeort Sotschi am Schwarzen Meer und aus anderen Städten verwickelt sowie Hunderte von Personen, die in der Verarbeitung, Verpackung und im Vertrieb von schwarzem Kaviar arbeiten.

Der größte Fisch jedoch, der im Licht der Öffentlichkeit zappelt, ist der ehemalige Fischereiminister Ischkow selbst. Ischkow trat im Februar vergangenen Jahres zurück — zu dem Zeitpunkt wahrscheinlich, als die Affäre aufzufliegen begann. Damals legten auch einer der stellvertretenden Fischereiminister sowie zwei Mitglieder des Sekretariats des Ministeriums ihre Ämter nieder. Ischkow ist bislang nicht verhaftet worden, obwohl die Anklagebehörde Zeitungsberichten zufolge verlangt hat, daß auch gegen den Exminister Anklage erhoben wird.

Die Tatsache, daß eine derart große Anzahl von Personen über eine längere Zeit — seit zehn Jahren soll das Kaviargeschäft schon blühen — mehr oder weniger ungestört den Betrug betreiben und sich berei-

chern konnten, zeigt, daß von den ehemals sozialistischen Normen und Vorstellungen im Alltagsleben der Sowjetunion nicht viel übrig geblieben ist. Unter Stalin, als die Arbeiterklasse die Produktion und Verteilung leitete und kontrollierte und die Schmarotzer, unnachsichtig aufspürte und verfolgte,

hatte es diesen Kaviarskandal nicht gegeben. — Der Skandal indes kam im vergangenen Jahr offenbar nur durch eine Organisationsschwäche ans Licht: Einige der falsch etikettierten Konservendosen gelangten in der Sowjetunion selbst auf den Markt...

Aufgelesen

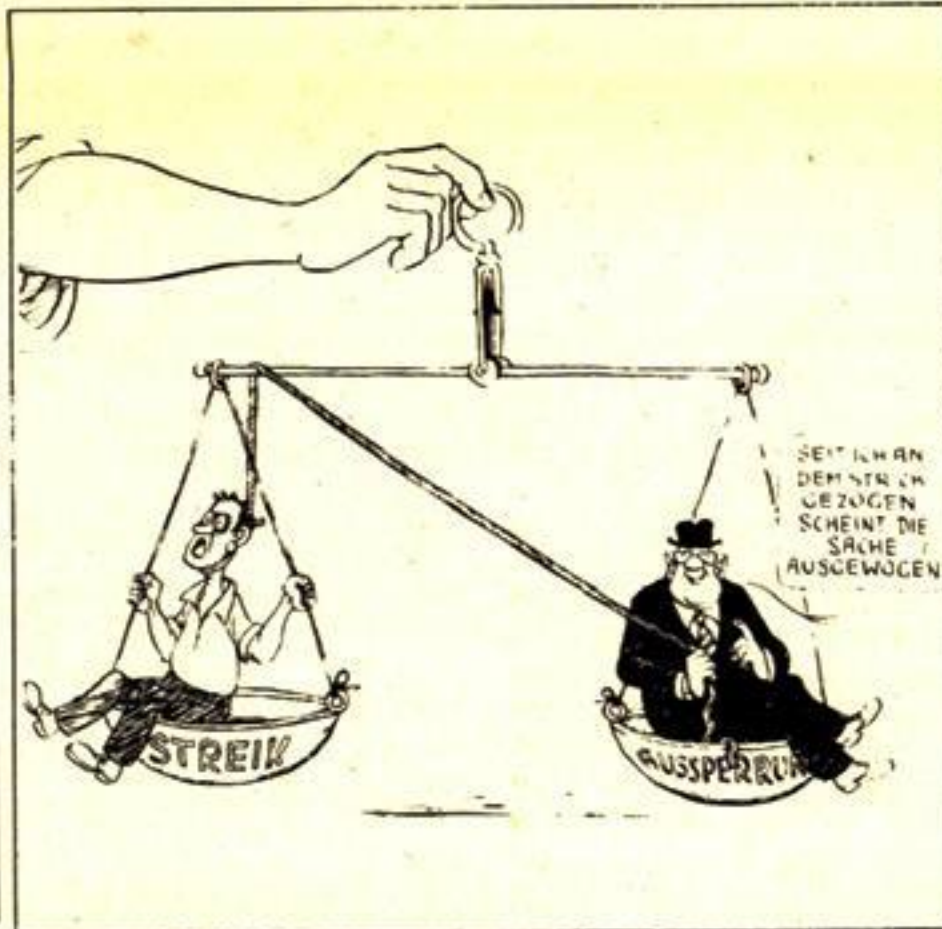
Blauer Anwalt

Mit dem ungewöhnlichen Fall, daß ein Angeklagter einen besseren Eindruck macht als sein Verteidiger, muß sich die Berliner Anwaltskammer beschäftigen. Über eine Stunde hatte ein Gericht auf den 50 Jahre alten Rechtsanwalt gewartet. „Vielleicht hat er seine Uhr noch nicht umgestellt“, dachte der geduldige Gerichtsvorsitzende. Doch der Anwalt eines 19jährigen Trickbetrügers kam und kam nicht. Die Beweisaufnahme war schon fast abgeschlossen, als sich die Saaltür öffnete und ein Mann mit

schwarzer Robe und glasigen Augen erschien. Der Anwalt setzte sich, schloß die Augen und schlief ein. Als er mit dem Plädoyer beginnen mußte, wurde er wieder wach, faltete ein paar Worte und schlief erneut ein, um bei der Urteilsverkündung schließlich vom Stuhl zu fallen. Der 19jährige Angeklagte indes machte einen besseren Eindruck und bekam Bewährung. Dem „wackligen“ Anwalt droht dagegen ein Ehrengerichtsverfahren.

Aus: „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“.

Waffengleichheit



Hamburger Polizeiskandal

Verhältnisse wie bei Scotland Yard?

Von westdeutschen Polizisten ist man ja einiges gewohnt. Es gab darunter — wobei nicht selten die Ausbildung zupaß kam — Mörder, Zuhälter, Räuber, Betrüger, Vergewaltiger, Totschläger, Rauschgiftändler und so weiter. Neu wäre dies: enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Unterwelt nach dem Beispiel von Scotland Yard oder nach Chicagoer Vorbild.

In Hamburg haben nach Aussagen der dortigen Justizsenatorin Eva Leithäuser und des Innensensors Werner Staak Polizeibeamte eng mit der Unterwelt zusammengearbeitet und dabei selbst Straftaten wie Korruption begangen. Nach Aussagen von Frau Leithäuser gibt es „verschiedene Anhaltspunkte aus mehreren Richtungen“ für Straftaten. Bis jetzt hätten sich sieben Ermittlungsverfahren herauskristallisiert. Der konkrete Nachweis für Straftaten bestimmter einzelner Personen sei aber noch nicht erbracht worden.

In Zusammenhang mit den

Vorwürfen wird der Name des Kripo-Mann Hans Zühlsdorf genannt, der bis Januar dieses Jahres für Schwere Kriminalität in Hamburg zuständig war. Zühlsdorf war schon früher in Verdacht geraten. Im vergangenen Jahr war er vom Dienst suspendiert, vom Verwaltungsgericht aber wieder an seinen Schreibtisch gelassen worden. Im Januar dieses Jahres ging er in Pension.

Im Hamburger Polizeiskandal, der noch reichlich im Dunkeln liegt, ermittelt eine Sonderkommission aus zwanzig Polizeibeamten und fünf

Staatsanwälten. Ob jedoch viel dadurch an die Öffentlichkeit gebracht wird, ist fraglich. In diesen Kreisen ist schon zu oft nach dem Prinzip „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus“ verfahren worden. In England liefert gegenwärtig Scotland Yard das Beispiel eines Polizeiskandals, in dem Polizisten schwerer Verbrechen verdächtigt und überführt sind, die Ermittlungen und Anklageerhebungen aber nicht recht vorankommen (siehe „Roter Morgen“ 12. 80).

Wir fordern: Rücksichtslose Aufdeckung des Hamburger Polizeiskandals!

Goldminen in London

Die Kaffern sind so billig

Beim Makler, der in London die Goldminen handelt, heißen sie einfach „Kaffern“.



Heute: fast dreimal so hoch. Trotz Kostenanstieg unter Tage: die Goldminen sind...

Rassismus à la „Welt am Sonntag“

Ein Ausriß aus der „Welt am Sonntag“ vom 13. April 1980. Zwar heißt es im Text dann, daß mit „Kaffern“ die Goldminen gemeint seien, doch die Illustration neben der Überschrift spricht Bände.

NATO-Vandalismus



WESTBERLIN. — Wie die Vandalen hausten amerikanische Soldaten in der Dennewitzstraße in Berlin-Schöneberg im Zuge einer Häuserkampfübung. Der DGB-Konzern Neue Heimat hatte den Altbau für das Militärmanöver zur Verfügung gestellt. Dabei störte es die Wohnungsbazzen offenbar nicht, daß drei Wohnungen in dem Häuserblock noch bewohnt waren: von einer 72jährigen Rentnerin, die schon seit 40 Jahren hier wohnt, und von zwei jugoslawischen Arbeitern. Die amerikanischen Soldaten machten jedoch auch diese Wohnungen in blinder Zerstörungswut restlos nieder. Das Foto zeigt die Wohnung der Rentnerin nach der Kampfübung. Während des Manövers waren die Mieter zufällig nicht anwesend — wer weiß, vielleicht war dies ihr Glück.

RHEINE. — Am 17. April beschossen Soldaten der Bundeswehr aus zwei Flugabwehr-Feldkanonen die Stadt Rheine in Westfalen mit Übungsmunition. Die 50 Geschosse schlugen im Stadtteil Gellendorf sowie in einer Straße im Süden der Stadt ein und trafen Fensterscheiben, Dachpfannen, Mauern und drei Kraftfahrzeuge. Menschen wurden bei dem Vorfall glücklicherweise nicht verletzt. — Nach Auskunft des Presseoffiziers des 1. Heereskorps in Münster handelte es sich um ein Versehen. Statt „Manövermunition“ wurde „Übungsmunition“ verwendet: etwa neun Zentimeter lange Zwei-Zentimeter-Stahlgeschosse von etwa 50 Gramm Gewicht, die bis sieben Kilometer weit tragen. Warum aber waren die Geschütze auf die Stadt Rheine gerichtet?

Tips

Samstag, 26. April, 19.30 Uhr, ZDF

Direkt. Thema: **Jugendvertreterwahl.** Im Mai werden in den Betrieben wieder Jugendvertreter gewählt. Das Jugendmagazin „Direkt“ widmet diesem Thema zwei Beiträge. Im ersten Film geht es um den besonderen Kündigungsschutz, dem Jugendvertreter unterliegen. Der zweite Beitrag behandelt Aufgaben und Möglichkeiten eines Jugendvertreters.

Samstag, 26. April, 19.50 Uhr, Südwest III

Die Marseillaise. — Wie in einer Wochenschaumontage läßt der französische Regisseur Jean Renoir in dem Spielfilm (1938) die Ereignisse der französischen Revolution vorüberziehen.

Samstag, 26. April, 21.10 Uhr, West III

Die Gesetzesfälle. Fernsehspiel von Anne Dessau (DDR) über das Schicksal einer jüdischen Frau im Dritten Reich.

Montag, 28. April, 20.15 Uhr, West III

Zwei Versuche über unsere jüngste Vergangenheit. Zwei Filme von Stefan Bartmann bzw. Hanno Bruhl über das Thema „Innenpolitische Entwicklung vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Höhepunkt der Ara Adenauer“.

Montag, 28. April, 22.55 Uhr, West III

Der Tod des Sebastian Arache und sein armseliges Begräbnis. Argentinischer Spielfilm (1977) Regie Nicolas Saquian.

Donnerstag, 1. Mai, 13.35 Uhr, ZDF

Kannst Du zaubern, Opa? Kinderstück vom Grips-Theater von Stefan Reisner und Rainer Hachfeld.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 BIELEFELD 1. Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr	7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr
4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel. 0234/511537, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr	7500 KARLSRUHE 1. Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiserallei), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel. 0721/848408
2800 BREMEN (Wallen), Buchladen „Roter Morgen“, Wallen-Heerstr. 70, Tel. 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr	2100 KIEL 1. Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel. 0431/57702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-12, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr
6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do, Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr	4000 DORTMUND 1. Parteibüro der KPD/ML, Stollener Str. 12, Eingang Clausenstr., Tel. 0231/832323, geöffnet: Mo-Fr 17-18.30, Sa 10-13 Uhr
4100 DUISBURG 12. Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 44, Tel. 0203/443014	8000 MÜNCHEN 5. Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 11, Tel. 089/260754, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr
6000 FRANKFURT (Bockenheimer), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel. 0611/771200, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr	8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel. 0911/43804, geöffnet: Mi-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarstr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr	7000 STUTTGART 1. Parteibüro der KPD/ML, Hauffmannstr. 107, Tel. 0711/432188, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr
2000 HAMBURG 6. Buchladen „Roter Morgen“, Schillerstr. 98, Tel. 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 17-18.30, Sa 9-12 Uhr	SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65, Wedding: Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel. 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr
3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Eisenstr. 20, Tel. 0511/445162, geöffnet: Sa 10-14 Uhr	